

NEUE ZEIT

AUGUST 1980

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

33

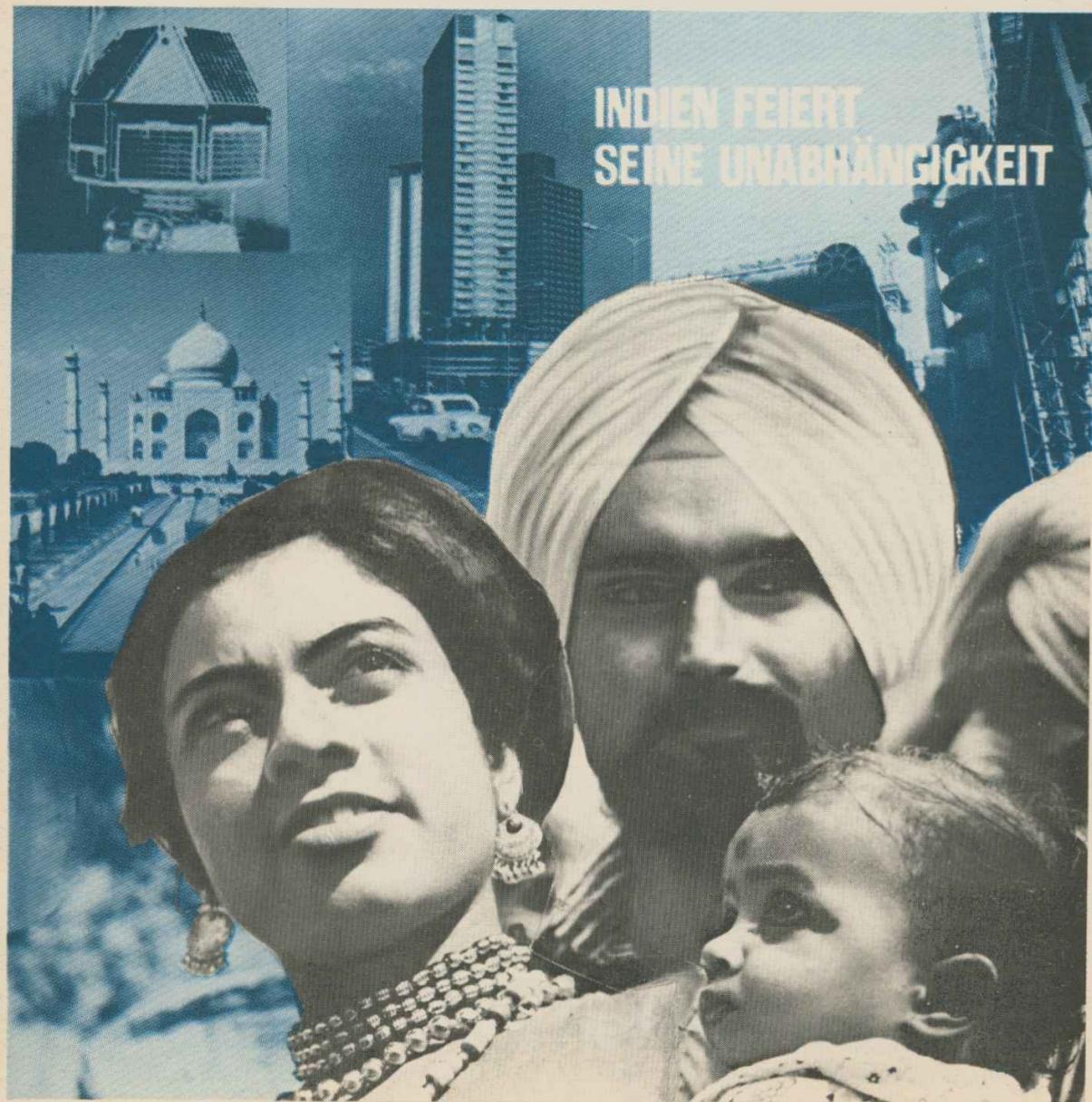
Unterschrift des Leiters

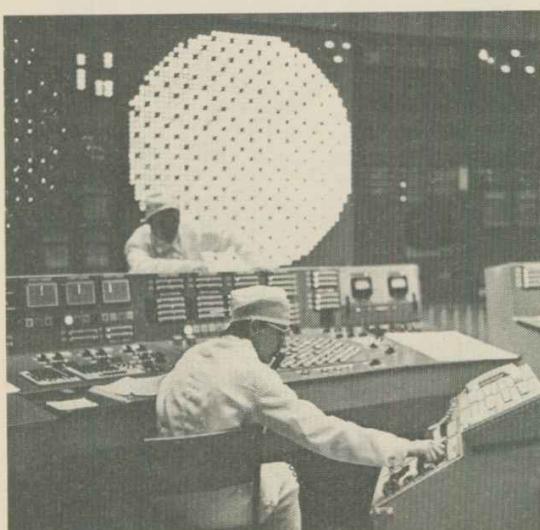
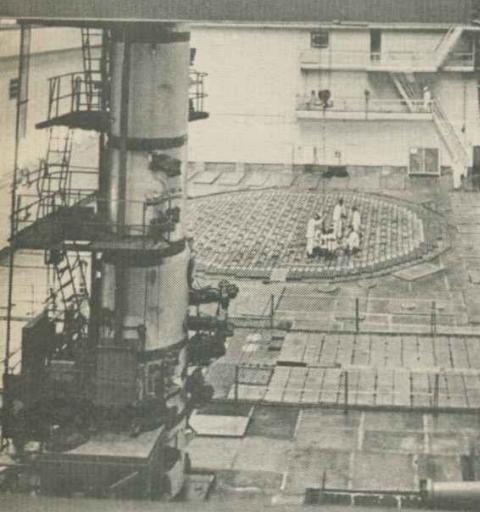
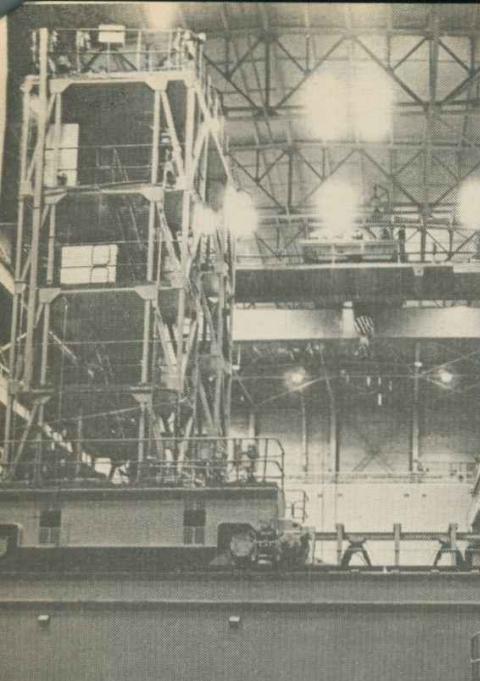
Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

INDIEN FEIERT
SEINE UNABHÄNGIGKEIT





SOWJETUNION IM BILD

Das Kernkraftwerk Leningrad ist mit den mächtigsten Turbinen der Welt ausgerüstet. Nach Inbetriebnahme des 3. Turbinensatzes hat das Werk eine Leistung von 3 Mio kW erreicht und gehört nun zu den größten in Europa. Im laufenden Jahr wird der 4. Energieblock, ebenfalls für 1 Mio kW, gebaut. Nach seiner Inbetriebnahme wird das Kernkraftwerk Leningrad die gleiche Leistung wie das Wasserkraftwerk Bratsk an der Angara haben.

Beim Bau des Kernkraftwerks werden die besten Errungenschaften der sowjetischen

Im Reaktorsaal



Teil des Reaktors

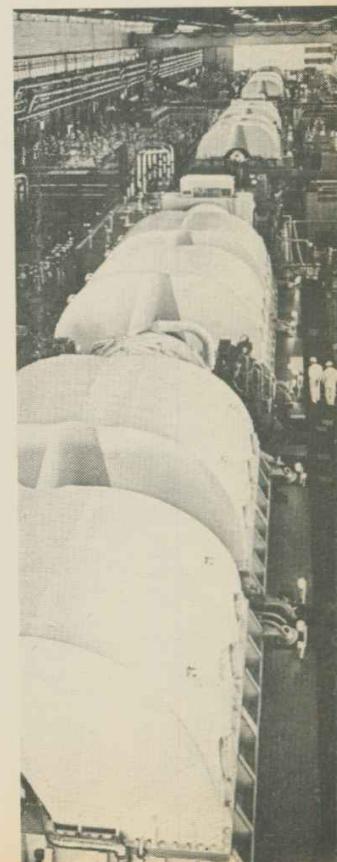
Am Steuerpult des Reaktors

Die Turbinen wandeln die Atomenergie in Strom um

schen Wissenschaft und Technik erprobt und viele solcher Neuheiten später beim Bau der Kernkraftwerke Kursk, Tschernobyl und Smolensk angewandt. Diese reichen Erfahrungen kommen auch den anderen RGW-Ländern zugute.

Das erste Kernkraftwerk auf dem Balkan, Kozlodui (VR Bulgarien), und das KKW Nord (DDR) funktionieren reibungslos. In der CSSR sind 2 leistungsstarke Turbinensätze des KKW Bohunice in Betrieb genommen. Kernkraftwerke entstehen in raschem Tempo in Ungarn, Polen und auf Kuba. Diese Ausmaße setzen auch eine mehrseitige Kooperation zur Herstellung der Ausrüstungen voraus.

Gemäß einem langfristigen Zielprogramm der Zusammenarbeit ist geplant, bis 1990 in den europäischen RGW-Ländern und auf Kuba Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 37 Mio kW zu errichten. Das wird ermöglichen, jährlich ca. 70 Mio t SKE einzusparen.



Fotos: A. Chrupow

VERTRAUEN ALS VORAUSSETZUNG

Schon vor 60 Jahren verhöhnte W. I. Lenin in einer Rede vor dem Aktiv der Moskauer Parteiorganisation die „kleinlichen Politikaster und banalen Diplomaten“, die die kleinen zufälligen Unstimmigkeiten auszunutzen suchen. Die Menschen leben in einem Staat, sagte Lenin, jeder Staat aber lebt in einem System von Staaten, zwischen denen ein bestimmtes politisches Gleichgewicht besteht. Die nachfolgende Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik zeigt, wie sie diesen wichtigen Gedanken umsetzte.

Am deutlichsten sieht man das vielleicht an der Konsequenz, mit der die UdSSR auf die Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten hinarbeitet. Schon auf der Konferenz von Genua — dem ersten internationalen Forum unter Teilnahme sowjetischer Diplomaten — wirkte der sowjetische Vorschlag über die allgemeine Rüstungseinschränkung wie die frische Luft nach einem Gewitter. Ende der 20er Jahre schlug die UdSSR als erster Staat der Geschichte den Entwurf eines Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung vor. Nach dem zweiten Weltkrieg trat sie mit mehr als 100 konkreten Initiativen hervor, von einzelnen Maßnahmen zum Verbot der Atom- und dann auch der Kernwaffen bis hin zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

Die Einstellung zu den sowjetischen Vorschlägen, wie übrigens auch zur gesamten Politik des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, wechselte im Laufe der Jahrzehnte. Bei den Werktäglichen, bei den friedliebenden Staaten fand sie immer mehr Verständnis und Unterstützung. Aber in den herrschenden Kreisen der bürgerlichen Welt säen Militarismus und Reaktion in röhrender Eintracht das Mißtrauen gegen die sowjetischen Ideen; die kleinlichen Politikaster und banalen Diplomaten versuchen, auf die Weise zu arrivieren. Zeugt es nicht von gleicher Mentalität, wenn der USA-Präsident, wie die Zeitung „Prace“ (CSSR) schreibt, „seine Rückkehr ins Weiße Haus zu den Klängen des Trauermarsches über die Entspannung durchzusetzen sucht“?

Gewiß, auch im Westen gibt es Politiker, die

die reale Lage in Betracht ziehen. Der namhafte Historiker und Diplomat George Kennan sagt, an seine Landsleute gewandt, die USA könnten keine außenpolitischen Erfolge erwarten, „wenn wir nicht aus unseren Ansichten, unserem Wortschatz und unserem Verhalten alles beseitigen, was für unsere Sicherheit nicht wirklich nötig ist, unsere Gegner zu Fehlschlüssen verleitet, unsere Alliierten verwirrt und unserer großen Nation nicht würdig ist“. Der österreichische Außenminister Dr. Pahr nennt die heutige Situation ein Tief und fordert zu gemeinsamen Bemühungen um einen Ausweg auf.

Demnach suchen die einen den Ausweg darin, daß sie in Europa die Atmosphäre von Feindschaft und Mißtrauen wiederbeleben wollen, nervös und ungeduldig die schon erreichten Abkommen zerreißen, die vor der Menschheit stehenden ohnehin komplizierten Probleme verwirren und die Militärblöcke erweitern. Die anderen sehen ihn darin, Staatsklugheit und politischen Willen zu beweisen und sich an das Prinzip der strikten Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu halten. Sie befürworten eine Festigung des Vertrauens nicht nur, sie ebnen ihm auch den Weg.

Die UdSSR schlägt vor, vertrauensbildende Maßnahmen in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und eine Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen auf dem Kontinent auf einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa zu behandeln. Die Staaten des Warschauer Vertrages nennen auch die Stadt, wo dieses Forum abgehalten werden könnte: Warschau. Unseres Erachtens muß von einfachen zu komplizierten und umfassenden Maßnahmen vorgegangen werden, zuerst vertrauensbildende Maßnahmen treffen (Benachrichtigung über große militärische Manöver, Übungen der Luft- und der Seestreitkräfte sowie über Verlegungen des Heeres, Begrenzung der Ausmaße von Militärübungen usw.). In der Folgezeit könnte man zu Abrüstungsfragen übergehen und politische und vertragsrechtliche Schritte zur Minderung der Kriegsgefahr erörtern.

Die sozialistische Diplomatie schlägt auch andere reale Maßnahmen vor, die das gegenseitige Vertrauen ebenfalls stärken würden: die bestehenden Blöcke nicht zu erweitern, die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte einzufrieren und die Militärbudgets zu kürzen. Jeder Schritt in der anderen Richtung untergräbt das Vertrauen und ist dem gegenseitigen Verständnis der Völker abträglich.

Bald beginnt in Madrid das Treffen der KSZE-Staaten. Nicht nur um des Erfolges willen, sondern auch dazu, der Lösung der wichtigsten Gegegenwartsfragen einen neuen mächtigen Impuls zu geben, muß man dieses Treffen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens vorbereiten und durchführen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 33 AUGUST 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktsionskollegium: L. BESYMEMSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Vertrauen als Voraussetzung	1
R. Simonian — USA. Selbstmord-Konzeption	5
S. Irodow — Indien. Es geht vorwärts	7
S. Wladimirow — Die prinzipielle Linie	8
B. Lyssenko — Feste Bände	9
N. Koslow — KYDR. Wie es anfing	10
I. Krymow — Italien. Nach dem blutigen Sonnabend	10
O. Wolgin — Vergewaltigtes Jerusalem	12
P. Mesenzew — Thailand. In einer übeln Rolle	14
W. Dolkow — El Salvador bedroht	15
Notizen ◆ Glossen	16
O. Bogomolow — Für gerechte internationale Wirtschaftsbeziehungen	18
D. Wolski — Indik. Verfahrens Politik	21
K. Jushin, T. Wassilew — Wer die Revolution stoppte	22
Biographisches: Dsenko Sudzuki	23
W. Turow — China im eigenen Spiegel. Chronisches Leiden	24
G. Gabrielian — Djibouti. Sorgen einer jungen Republik	24
S. Nujoma — Namibia wird frei sein! (Interview)	26
V. Andrianow, Z. Hrabica — Menschen aus seiner „Reportage“	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die 33 Jahre seit der Erringung der Unabhängigkeit haben das Bild Indiens, dieses alten asiatischen Landes, grundlegend verändert. Das Volk wurde Herr im eigenen Land. Die Republik Indien, die konsequent eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit verfolgt, genießt großes internationales Ansehen.

Titelbild: W. Koslow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 7. August fand auf der Krim das freundschaftliche Treffen Leonid Breschnew mit Todor Shiwkow, dem Ersten Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzenden des Staatsrates der VR Bulgarien, statt, der zu einem Kurzurlaub in die Sowjetunion kam. Beide Staatsmänner bekundeten ihre Genugtuung darüber, daß die allseitigen sowjetisch-bulgarischen Beziehungen von Jahr zu Jahr immer tiefer, enger und herzlicher werden. Leonid Breschnew und Todor Shiwkow widmeten weltpolitischen Fragen, insbesondere europäischen Angelegenheiten, große Aufmerksamkeit. Die UdSSR und Bulgarien sind der Meinung, daß der Weg der Festigung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa, darunter auf dem Balkan und im Mittelmeerraum, weitergegangen werden kann und muß.

Am 11. August kamen auf der Krim Leonid Breschnew und Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR, der zu einer kurzen Erholung in der Sowjetunion weilte, zu einem freundschaftlichen Treffen zusammen. Beide Staatsmänner informierten einander über die Arbeit, die die Kommunisten, die Werktautigen beider Länder am Vorabend des XXVI. Parteitages der KPdSU und des X. Parteitages der SED leisten. Leonid Breschnew und Erich Honecker hatten einen Meinungsaustausch zu aktuellen weltpolitischen Fragen. Sie konstatierten, daß die Lage weiterhin kompliziert und gespannt bleibt, obgleich der Kurs der reaktionärsten imperialistischen Kreise und der Pekinger Hegemonisten zur Schürung der internationalen Spannung nicht die von ihnen gesetzten Ziele erreicht. Zugleich ist deutlich, daß der Frieden fester und zuverlässiger wird, wenn eine reale Wende zur Abrüstung bei strikter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit herbeigeführt wird.

Am 11. August wurde im Genfer Palais des Nations die zweite Konferenz zur Überprüfung der Wirkung des Atomsperrvertrages eröffnet. Leonid Breschnew richtete an ihre Teilnehmer eine Grüßbotschaft: „Die Sowjetunion erachtet es für notwendig — besonders unter den heutigen Bedingungen —, die Artikel des Vertrages über die Annahme wirksamer Maßnahmen zur Beendigung des atomaren Wettrüstens und zur Abrüstung zu verwirklichen... Die sowjetischen Menschen erwarten, daß die Konferenz einen bedeutsamen Beitrag für eine größere Wirksamkeit des Atomsperrvertrages leisten und ihm zusätzliche Festigkeit geben wird.“



Millionen britische Friedensanhänger verurteilen die Politik der Tory-Regierung, die einen militaristischen Kurs steuert und die Rüstungsausgaben immer mehr erhöht. Unser Bild: Massendemonstration in London gegen die Atomwaffen, für den Frieden.

Foto: A. Stepanenko (TASS)

Leonid Breschnew und Alexej Kosygin richteten an Bundespräsident Karl Carstens und an Bundeskanzler Helmut Schmidt Glückwünsche zum 10. Jahrestag des sowjetisch-bundesdeutschen Vertrages vom 12. August 1970: „Die konsequente Fortführung der Politik, die ihre Verkörperung im Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD, in den Verträgen der BRD mit anderen sozialistischen Ländern und später in der Schlußakte von Helsinki gefunden hat, ist auch heute ein entscheidender Stabilitätsfaktor in Europa, die Gewähr für einen festen und langwährenden Frieden auf unserem Kontinent. Das haben die kürzlichen Gipfelgespräche in Moskau erneut überzeugend bekräftigt.“

Am 9. August wurde in Caracas der VI. Parteitag der KP Venezuelas eröffnet. An ihm nehmen mehr als 300 Delegierte und ausländische Gäste teil, darunter eine Delegation der KPdSU unter Jewgeni Tjashelnikow, Mitglied des ZK der KPdSU und Leiter der Abteilung für Propaganda des ZK der KPdSU. Das ZK der KPdSU richtete an die Parteitagsdelegierten eine Grußbotschaft. Den Rechenschaftsbericht des ZK hielt Jesus Faria, Generalsekretär der KP Venezuelas.

Am 8. August ging in Genf die diesjährige Tagung des Abrüstungsausschusses zu Ende (s. S. 8).

Vom 6. bis 13. August fand auf Initiative des Weltfriedensrates in vielen Ländern eine Aktionswoche für das Verbot der Kernwaffen und für die Solidarität mit den Opfern der Atombombenabwürfe statt.

Am 8. August wurde in New York die Tagung des UNO-Sonderausschusses für den Indischen Ozean abgeschlossen, auf der Fragen der Bildung einer Zone des Friedens in dieser Region, wo ein Drittel der Menschheit lebt, erörtert wurden. In der Diskussion wurde deutlich, daß die USA den Indik nicht zu einer Friedenszone machen wollen. Die chinesische Delegation nahm eine obstruktivistische Haltung ein. Doch die Anstrengungen der nichtpaktgebundenen Länder, die eine Friedenszone im Indik vorschlagen, und die der sozialistischen Staaten haben trotzdem eine erste Annäherung der Positionen der Diskussionsteilnehmer bewirkt.

Vom 4. bis 8. August stattete Samora Machel, Vorsitzender der FRELIMO-Partei und Präsident der VR Mosambikque, Simbabwe einen offiziellen Besuch ab. Ein Rahmenabkommen über die bilaterale Zusammenarbeit sowie Abkommen in Handel, Information, Kommunikations- und Verkehrswesen, Luftverkehr, Energiewirtschaft und Bankwesen wurden unterzeichnet.

In Hanoi wurden Angaben der Untersuchungskommission für die Verbrechen der US-Imperialisten in Vietnam veröffentlicht. Die US-Luftwaffe hat Millionen Bomben auf Südvietnam abgeworfen. Auf Vietnam gingen 200 000 t Napalm und 75 Mio Liter Giftstoffe nieder, die viele Jahre von Flugzeugen über allen Provinzen des Landes zerstört wurden. Die ganze Vegetation auf mehr als 1 300 000 ha, 43% der Nutzfläche, wurde zerstört. 2,5 Mio ha Dschungel, fast die Hälfte, wurden vernichtet. Mehr als 1 300 000 Menschen wurden Opfer von C-Angriffen.

Die am 6. August in Bologna erfolgte Beerdigung der Opfer des entsetzlichen Verbrechens der Neofaschisten gestaltete sich zu einer Manifestation von Hunderttausenden Italienern. In Italien wurde nationale Trauer ausgerufen (s. S. 10).

Die bolivianische Militärjunta verstärkt den Terror gegen alle demokratischen, progressiven Kräfte. Mehr als 1000 Juntagegner wurden umgebracht und 2500 ins Gefängnis geworfen. Doch die Patrioten setzen ihren Widerstand fort. In den Bergbauzentren in Potosí und Oruro errichten die Kumpel Barrikaden, um zu verhindern, daß Armee-Einheiten die Gruben einnehmen. Zahlreiche Juntagegner haben in ausländischen Botschaften Zuflucht gefunden. Viele Diplomaten bolivianischer Botschaften im Ausland haben mit der Junta gebrochen.

In El Salvador wird der bewaffnete Widerstand der Patrioten gegen das von den USA unterstützte reaktionäre Regime immer stärker. Truppen der Patrioten griffen Garnisonen in Potonico, Dulce Nombre de María und Quezaltepeque an (siehe S. 15).

■ Am 6. August fand im Friedenspark in Hiroshima die offizielle Gedenkfeier zum 35. Jahrestag des US-Atombombenabwurfs auf Hiroshima statt. Dabei wurde mitgeteilt, daß im letzten Jahr weitere 2279 Atombombenopfer starben. Vom 1. bis 20. August führten hiesige Friedensorganisationen Treffen, Kundgebungen und Konferenzen in Tokio, Hiroshima, Nagasaki und auf Okinawa für den Frieden, für die Vernichtung aller A- und H-Waffen durch. In London, Washington, Bonn, Prag und anderen Hauptstädten fanden am 6. August Kundgebungen und Demonstrationen anlässlich des Jahrestages der Tragödie von Hiroshima statt.



■ In Tokio fand die Internationale Konferenz für das Verbot der Kernwaffen anlässlich des 35. Jahrestages des Abwurfs der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki statt. TASS-Foto: Im Präsidium der Konferenz

■ Im Westjordanland wurde der Generalstreik gegen Willkür, Terror und Gewalt der israelischen Behörden an der arabischen Stammbevölkerung, gegen den Beschuß Tel Avivs ausgerufen, Ost-Jerusalem zu annexieren. Staatliche Einrichtungen, Banken und Geschäfte sind geschlossen.

■ Einige Tage kam es im Iran zu Massendemonstrationen gegen die Willkürakte der amerikanischen Behörden gegen in den USA lebende Iraner. An den Demonstrationen nahmen mehr als 12 Millionen Menschen teil.

■ Am 11. August billigte das iranische Parlament die Kandidatur Mohammed Ali Radja für das Amt des Premierministers.

■ Am 9. August kam es in Nordirland zu Massendemonstrationen gegen die vor einigen Jahren von der britischen Regierung eingeführten Notstandsgesetze,

die der Polizei freie Hand bei der Unterdrückung des Kampfes der Gegner des Terror- und Gewaltregimes geben. In einigen Gegenden Nordirlands ereigneten sich erbitterte Zusammenstöße von Demonstranten mit Polizei und Armee, wobei es Tote und Verletzte gab.

■ Am 11. August wurde in New York der Konvent der Demokratischen Partei der USA eröffnet. Bereits der erste Tag brachte eine Vorentscheidung in der Frage des demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Nominiert wurde James Carter, da der Vorschlag mehrheitlich abgelehnt wurde, den Konvent für „offen“ zu erklären, und Carters Hauptrival, Edward Kennedy, seine Kandidatur zurückzog.

■ Die Volksgruppengespräche auf Zypern, die im Juni 1979 unterbrochen worden waren, werden wieder aufgenommen. Am 9. August fand ein Treffen von Vertretern der griechischen und der türkischen Volksgruppe statt, bei dem eine Botschaft von UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim verlesen wurde. Die eigentlichen Gespräche sollen am 15. September in Nikosia aufgenommen werden.

■ Der amerikanischen TV-Gesellschaft ABC zufolge haben die USA das Recht erhalten, Militärstützpunkte in Somalia nach eigenem Ermessen zu nutzen. Laut Abkommen wird Somalia dafür 40 Mio Dollar jährlich bekommen (siehe S. 21).

■ Die Pekinger Behörden sagten den in diesem Jahr beabsichtigten Indienbesuch von Außenminister Huang Hua ab. Der Grund hierfür ist dem indischen „Statesman“ zufolge offenbar der kürzliche Beschuß Indiens, die Regierung der VR Kampuchea unter Heng Samrin anzuerkennen.



■ In den besetzten arabischen Gebieten errichteten die israelischen Behörden weiterhin unrechtmäßig ihre Siedlungen, wobei sie die Einheimischen vertreiben. TASS-Foto: Palästinensisches Flüchtlingslager in Jordanien

Die Organisatoren der Moskauer Olympiade und alle sowjetischen Menschen haben im Olympischen Dorf eine ausgezeichnete Atmosphäre geschaffen — trotz der Boykottthetze der USA. Die Sportstätten waren einfach vorzüglich, viel besser als bei den vorhergehenden Olympischen Spielen. Die Moskauer Olympiade wurde zu einem herausragenden Ereignis. Die große Beteiligung der Sportler zeugt davon, daß der Kampf für die Freiheit des Sports von massiver politischer Einmischung erfolgreich gewesen ist.

M. D. DORAIVELU
Madras, Indien

Die reaktionären Kräfte in den USA haben den Militärputsch in Bolivien mit Genugtuung aufgenommen. Und da spielt sich ausgerechnet die US-Administration wieder einmal als Verteidiger der Menschenrechte in aller Welt auf. Das bolivianische Volk verlangt eine Regierung, die die Interessen der Werktätigen verteidigt. Das ist das legitime Recht der Bolivianer. Washington tritt auch dieses Recht mit Füßen. Die USA stellten sich nicht vor das chileische Volk, sondern vor den Faschisten Pinochet, verteidigten nicht das Volk Kampuchea, sondern Pol. Pots Mörderbande, die Millionen Kampucheane auf dem Gewissen hat. Carter vergoß Krokodilstränen über Hafisullah Amin, den Henker des afghanischen Volkes, nicht aber über dessen Opfer. All das zeigt ein weiteres Mal die ganze Verlogenheit der amerikanischen Menschenrechtskampagne!

D. MOSKWITIN
Saporoshje, Ukrainische SSR

Einige Worte an Herrn Chris Anderson, der in seinem Brief (Heft 14) fordert, die Sowjetunion solle sich nicht mehr am Wettrüsten beteiligen. Ich bin davon überzeugt, daß sich die NATO-Länder, wenn die UdSSR in ihren Verteidigungsanstrengungen nachließ, sich sogleich absprechen würden, nicht dem sowjetischen Beispiel zu folgen, sondern, gemeinsam über die UdSSR herzufallen und die sozialistische Gesellschaftsordnung auszuradieren.

Antonio ALBALADEJO
Sotrondo, Spanien

SELBSTMORD-KONZEPTION

Rair SIMONIAN, Dr. habil. der Militärwissenschaften

Über „ernste Veränderungen“ in der Militärstrategie ihres Landes zu schreiben, gehört in letzter Zeit zur Pflichtübung der USA-Presse. Die Zeitschrift „U.S. News & World Report“ behauptet, in der Verteidigungspolitik des Landes und in der Struktur seiner Streitkräfte erfolgten die tiefsten Wandlungen der letzten Jahrzehnte. Ja, sie erfolgen in der Tat. Welcherart sind sie?

Noch vor seinem Amtsantritt als Präsident erklärte Carter, die Militärstrategie der 70er Jahre revidieren und die militärstrategischen Positionen des Landes „für die anbrechende Ära“ ausarbeiten zu wollen. Seine konkreten Weisungen enthielt ein Memorandum des Weißen Hauses vom Sommer 1977. Seitdem begann eine beharrliche Suche nach einer „neuen Strategie“ in der Militär- und der Außenpolitik.

Vor kurzem wurde das Ergebnis in der Direktive des Präsidenten Nr. 59 formuliert. Der „New York Times“ zufolge besteht ihr Sinn in der Drohung, den Erstschlag gegen die Militärobjekte der UdSSR zu richten. Die „neue nukleare USA-Strategie“ sei, so das Blatt, „die beste Methode, einen weitgehenden Konflikt mit Moskau abzuwenden“, da sie die USA befähige, „einen dauerhaften, aber doch begrenzten Kernkrieg zu führen“.

Demnach könnte man die „neue nukleare Strategie“ wie folgt umreißen: globale Verstärkung des militärischen Potentials der USA zu dem Zweck, ihre Hegemoniebestrebungen zu realisieren, anderen Ländern zu diktieren und Aggressionen und militärische Abenteuer in jedem Teil der Welt zu starten. Ebenso wie die Konzeptionen der 50er Jahre setzt sich die „neue Strategie“ das Ziel, die Konfrontation mit der sozialistischen Welt und den nationalen Befreiungsbewegungen zu verstärken und erneut die Atmosphäre der internationalen Spannungen und des kalten Krieges zu schaffen.

Der Präsident erklärt: „Ebenso wie seit drei Jahren werden wir die Militärmacht Amerikas sowie unserer Verbündeten und Freunde vergrößern. Weder die UdSSR noch ein an-

deres Land werden unseren Willen bezweifeln können, die stärksten und flexibelsten Verteidigungskräfte zu behalten.“ Die USA müssten, setzt Carter fort, „jeden erforderlichen Preis zahlen, um das mächtigste Land der Welt zu bleiben“.

Wie hoch dieser „Preis“ ist, erheilt aus den Militärausgaben für das Finanzjahr 1981: 171,5 Md. Dollar. Damit ist die Höchstgrenze bei weitem nicht erreicht. Schon wurde bekanntgegeben, daß sich diese Ausgaben der USA 1982 auf 183,4 Md., 1983 auf 205,3, 1984 auf 228,3 und 1985 auf 253,2 Md. Dollar belaufen werden.

Besonders akzentuiert ist darin der „begrenzte“ Kernkrieg, in dem die UdSSR als Gegner der USA gedacht ist. Warum haben die Urheber der „neuen Strategie“ diese alte Konzeption hervorgeholt?

Der Doktrin der „realistischen Abschreckung“ zufolge, die von den Vorgängern der heutigen Administration angenommen wurde, gilt als Hauptvariante eines militärischen Konfliktes mit der UdSSR der strategische (allgemeine) Kernkrieg. In seinem Verlauf richten die strategischen Angriffs Kräfte ihre Schläge sowohl gegen die Streitkräfte und militärischen Objekte als auch gegen die wirtschaftlichen, politischen und Verwaltungszentren des Gegners.

Das Szenario eines „begrenzten“ Kernkrieges dagegen sieht vor, daß die strategischen Angriffs Kräfte einen Überraschungsschlag „nur gegen sorgfältig ausgewählte Militärobjekte“ führen: gegen verbunkerte Startrampen für interkontinentale Raketen, gegen Flugzeuge auf Flugfeldern, Lager, Lenkpunkte, große Truppengruppierungen u. ä. Es geht also darum, die Militär-, vor allem die Nuklearmacht des Gegners zu vernichten, ihm die Möglichkeiten eines Antwortschlages gegen das USA-Territorium zu nehmen oder zumindest einen solchen Schlag maximal abzuschwächen.

Dazu muß ein entsprechendes Potential da sein, das alle genannten „Punktziele“ treffen kann. Das Arsenal der für den strategischen Krieg bestimmten Angriffs Kräfte läßt sich dazu nicht verwenden: Für

die Vernichtung einer Stadt z. B. braucht man keine Waffen von erhöhter Treffgenauigkeit.

Die USA benötigten die Konzeption des „begrenzten“ Kernkrieges, um zusätzlich zu ihrem Potential für den allgemeinen Kernkrieg noch das Potential für einen begrenzten Kernkrieg gegen die UdSSR zu schaffen.

Der Gedanke an eine Konzeption des „begrenzten“ Kernkrieges als Bestandteil der Militärstrategie entstand nicht erst gestern. USA-Verteidigungsminister Robert McNamara sagte schon 1962 zur Begründung der Counter-Force-Strategie (Strategie der Ausklammerung der Städte): „Bei Ausbruch eines Nuklearkrieges muß das Hauptziel der USA darin bestehen, die Streitkräfte des Gegners zu vernichten.“

In diesem Zusammenhang schrieb die USA-Zeitschrift „Progressive“: „Die Formeln McNamaras klingen human: „Die vornehmlichen Ziele würden letzten Endes nicht Menschen und Städte, sondern Raketenrampen und Stützpunkte sein. Somit sollte auch der Schaden, der den USA-Städten zugefügt werden könnte, eingeschränkt werden. In Wirklichkeit aber war das ungeheuerlich, weil es die Perspektive eines Krieges viel näher brachte.“ Die Zeitschrift zitierte u. a. den USA-Verteidigungsminister Rumsfeld, der 1977 vor seinem Abschied vom Pentagon zugab: „Die ehrgeizigste Variante der Strategie diktieren die Schaffung einer Ersteinsatzkraft gegen die Angriffs Kräfte des Gegners, um möglichst viel von seiner Megatonnage zu vernichten, ehe er seine Kernstreitkräfte einsetzen kann.“

Unter Vorschützen der „Interessen der nationalen Sicherheit“ strebt die heutige Pentagon-Führung danach, gerade diese Idee des Ersteinsatzes wiederzubeleben. Neben theoretischen Forschungen zur Abfassung der Konzeption eines „begrenzten“ Kernkrieges wird in den USA intensiv daran gearbeitet, die materiell-technische Basis für seine Führung zu schaffen. Hierzu gehören vor allem die interkontinentale ballistische mobile MX-Rakete mit Mehrfach-

sprengköpfen (12–14 selbständige präzisionsgelenkte Gefechtsköpfe von je 400 kt). Das Pentagon hofft, in 10 Jahren ca. 200 solche Raketen zu bauen. Wie die „New York Times“ schreibt, könne der Besitz von MX-Raketen für Washington die Versuchung steigern, einen begrenzten Kernkrieg zu beginnen.

Eine weitere strategische Erstschlagwaffe sind die „Trident“-U-Boote mit 24 interkontinentalen Raketen; jede davon hat 8–10 Kernsprengköpfe von je 150–300 kt. Bis 1985 soll dieses System mit „Trident“-1-Raketen (Reichweite: bis zu 8000 km), später mit „Trident“-2-Raketen (über 11 000 km) ausgerüstet werden. Ein Programm für den Bau von 13 „Trident“-U-Booten ist bestätigt worden.

Wie in Washington verlautet, wird ferner der neue Gefechtskopf MK-12A in die Bewaffnung eingeführt werden, dessen Stärke und Treffgenauigkeit doppelt so hoch sind wie beim heutigen MK-12-Sprengkopf. Mit dem neuen Sprengkopf sollen die vorhandenen interkontinentalen ballistischen „Minuteman“-3-Raketen ausgerüstet werden.

Die dritte Komponente der strategischen Erstschlagwaffe sind die in den USA entwickelten Luft-Boden-Flügelraketen. Sie haben einen Sprengkopf von 200 kt und ein Lenksystem, das die höchste Treffsicherheit gewährleistet. Als das Hauptbeförderungsmittel für die Flügelraketen gilt vorläufig der strategische B-52-Bomber, der über 20 solche Raketen an Bord führen kann.

Die Aufnahme der Konzeption des „begrenzten“ Kernkrieges in die „neue Strategie“ ermöglicht es nach Ansicht Washingtons, die Bevölkerung von der Annehmbarkeit eines solchen Krieges und von der Notwendigkeit der Schaffung eines entsprechenden Potentials zu überzeugen. Dieses Potential soll nach Berechnungen des Pentagon das bestehende annähernde Gleichgewicht der strategischen Kräfte zwischen der UdSSR und den USA verändern und diesen die Überlegenheit geben.

Den Urhebern der „neuen Strategie“ gehört auch die Konzeption eines „eurostrategischen Nuklearkrieges“. Auf ihrer Grundlage wurde im Dezember 1979 der Beschuß gefaßt, „eurostrategische“ USA-Raketen zu bauen und in Westeuropa zu stationieren.

USA-Verteidigungsminister Brown erklärte in seinem Bericht an den Kongreß: „Von unserem Standpunkt aus muß die NATO ihre eigene „Triade“ haben, die sich von unserer strategischen unterscheidet. Zur Gewährleistung der Sicherheit Europas

muß die NATO-„Triade“ strategische Kernstreitkräfte, Kernstreitkräfte des Kriegsschauplatzes und nichtnukleare Streitkräfte einschließen.“

Noch konkreter äußerte sich General Haig, als er noch der Oberbefehlshaber der alliierten NATO-Streitkräfte Europa war: „Da die amerikanischen Eindämmungskräfte ihre Überlegenheit über die Russen verlieren und wahrscheinlich bald durch SALT II neutralisiert sein werden, wird der europäische Kriegsschauplatz viel verwundbarer und benötigt eine eigene Eindämmungsstärke.“

In den „eurostrategischen Kernstreitkräften“ sieht man heute also das wirksamste „Abschreckungsmittel“, das das Verhältnis der Potentiale auf dem „europäischen Kriegsschauplatz“ zugunsten der NATO verändern könnte. Nach einem Plan vom Dezember 1979 sollen zu den heutigen USA-Kernstreitkräften der forward-based-Systems 1983 in die „eurostrategischen Kräfte“ 108 ballistische „Pershing“-2- und 464 Flügelraketen mittlerer Reichweite aufgenommen werden. Sie werden hauptsächlich in England, der BRD und in Italien stationiert werden. Das strategische nukleare Arsenal der westeuropäischen Länder, vor allem Großbritanniens, bildet ebenfalls einen Bestandteil des „eurostrategischen“ NATO-Arsenals. Gerade diese Kräfte sind, wie die Urheber der „neuen Konzeption“ denken, dazu bestimmt, selbständig, ohne daß strategische Angriffswaffen der USA hinzugezogen werden, einen „eurostrategischen“ Krieg gegen die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten zu führen. Vor dem Aufkommen der „neuen Konzeption“ sah die Militärdoktrin der USA (die Grundlage der NATO-Strategie) das Hauptmittel für nukleare Schläge gegen das sowjetische Territorium in strategischen USA-Raketen.

Gerade sie waren der „Atomschirm“, unter dem die NATO Kampfhandlungen gegen den „potentiellen Gegner“ unter Einsatz konventioneller wie auch taktischer nuklearer Waffen führen könnte.

Aber die strategische Balance zwischen der UdSSR und den USA mache, wie die Autoren der „neuen

Konzeption“ behaupten, den Einsatz der strategischen Offensivkräfte der USA bei einem regionalen Konflikt „recht problematisch“. Deshalb dürfe der strategische Krieg nicht als die einzige Variante eines nuklearen Überfalls auf die UdSSR betrachtet werden — da doch ihr unabewisbarer Vergeltungsschlag für die USA selbst verhängnisvoll wäre.

Und so suchte man in Washington weiter, bis die Konzeption des „eurostrategischen“ Krieges formuliert wurde. In diesem Krieg würden „Pershing“- und Flügelraketen, wie die Pentagon- und NATO-Strategen es sich ausmalen, Atomschläge gegen die im Innern der UdSSR liegenden Gebiete nicht von den USA aus, sondern aus Westeuropa verabreichen. Dann trafen die sowjetischen Angriffschläge ja auch nicht das Territorium der USA, sondern die europäischen NATO-Länder. Dazu „Der Stern“ (BRD): In Washington möchte man, daß die Kräfte der UdSSR in einem auf Europa beschränkten Kernkrieg dahinschmelzen, während die USA der lachende Dritte wären.

* * *

Washington hat seinen europäischen Alliierten die „neue Konzeption“ aufgezwungen und will diese Länder nun völlig von seinen abenteuerlichen Plänen abhängig machen, die jedoch auf Kosten Europas verwirklicht werden sollen.

In Washington und der NATO redet man viel von „Wachstum der Militärmacht“ des Warschauer Vertrages und von der Notwendigkeit, „das gestörte militärische Gleichgewicht wiederherzustellen“. Und doch dringt die Wahrheit ab und zu bis zur Öffentlichkeit. So erklärte H. Brown einmal: „Wenn alle erforderlichen Mittel für die von der NATO geplanten Programme bereitgestellt werden, muß diese Allianz bis Mitte der 80er Jahre einen offenkundigen Vorsprung auf militärischem Gebiet erreichen.“ Diese Äußerung bezeugt eindeutig: Washington strebt in Wirklichkeit nicht nach der Wiederherstellung des „gestörten militärischen Gleichgewichts“, sondern nach einem „offenkundigen Vorsprung auf militärischem Gebiet“, d. h. nach militärischer Überlegenheit.

ES GEHT VORWÄRTS

Als Indien am 15. August 1947 nach 200jähriger Kolonialherrschaft seine nationale Unabhängigkeit errang, sagte Jawaharlal Nehru, es habe endlich „seinen eigenen Weg gefunden“.

In den 33 Jahren seither ist es weit vorangekommen. Die Erfolge des unabhängigen Indiens können sich sehen lassen. Vor noch nicht langer Zeit ein weit zurückgebliebenes Land, zählt es heute mit dem Gesamtvolumen seiner Industrieproduktion zu den ersten zehn Ländern der Welt. Es erzeugt Stahl, Elektroloks, Schwermaschinen, komplizierte elektronische Apparate und startet künstliche Erdkrabben in den Kosmos. Hundertausende Dörfer Indiens haben heute elektrischen Anschluß. Die Zahl der Lesens und Schreibens Kundigen hat sich verdoppelt, die Leistungen der indischen Wissenschaft und Technik sind allgemein anerkannt.

Es ist aber kein Geheimnis, daß noch nicht jeder Inder in den Genuss des historischen Fortschritts seines Landes kommt. Die steigenden Preise, die nicht abnehmende Arbeitslosigkeit, die noch immer nicht ausgemerzte Armut vieler Millionen Städter und besonders Dörfler sind nach wie vor brennende Probleme, deren Behebung sich die von Indira Gandhi geführte jetzige Regierung und die Fortschrittskräfte des Landes besonders angelegen sein lassen.

In Indien spricht man dankbar davon, wieviel die rechtsgleiche Zusammenarbeit mit der UdSSR, die im Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit verbrieft ist, für das rasche Vorwärtskommen des Landes zu bedeuten hat. Dank dieser Zusammenarbeit sind zahlreiche moderne Industriebetriebe entstanden, die den Kern des staat-

Im Laufe von 250 Jahren bauten die Briten mit den Händen der einheimischen Bevölkerung Kalkutta als vorgeschobenen Posten erst zur Eroberung und dann zur Ausplünderung Indiens aus. Sie selbst lebten in Palästen und Luxusvillen inmitten von Parks und anderen Grünanlagen. Das Los der Inder waren Elendsquartiere, Not, Hunger und Krankheiten.

Jetzt hat Kalkutta mehr Einwohner als jede andere Stadt Indiens, es ist die Hauptstadt des Bundesstaates Westbengalen. Seine Arbeiterklasse hat zum Kampf der indischen Werkstätigen für ihre Rechte und für die nationale Befreiung viel Rühmliches beigetragen.

„Westbengalen gilt in Indien als politisch linksstehend“, sagt der Arbeitsminister des Staates, Herr Krishnapada Ghosh, der mich in dem altägyptischen dunkelroten Bau der Regierung des Staates empfangen hat. „Bei den Wahlen zur Legislative im Jahre 1969 siegte hier eine Einheitsfront, zu der die Kom-

munisten gehörten. Nach einer Unterbrechung errang bei den jüngsten Wahlen von 1977 die Linksfront wieder das Recht, die Regierung zu bilden.“

Unsere Hauptaufgabe sehen wir in einer Besserstellung der Werkstätigen, darin, die Arbeitslosigkeit zu beheben und Industrie und Landwirtschaft zu fördern. Dafür haben wir schon ziemlich viel getan. Wir haben z. B. als erste in Indien Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Auch haben wir in den letzten Jahren viele Betriebe gebaut. Auf dem Lande kommt das sogenannte Unternehmen Barga gut voran, mit dem den Dorfarmen das gesetzliche Recht auf den Boden garantiert werden soll, den sie bestellen. Wir haben aber auch noch viel Probleme, sogar in Kalkutta. Die berüchtigten Slums müssen abgefragt, es muß Trinkwasser und Strom für alle beschafft und das Verkehrsproblem gelöst werden, das mit jedem Jahr akuter wird.“

lichen Wirtschaftssektors bilden. In einem Telegramm von Anfang August an Leonid Breschnew anlässlich des Starts des indischen Erdkrabben Rohini hob die Ministerpräsidentin Indira Gandhi hervor, daß die ursprüngliche Zusammenarbeit zwischen Indien und der UdSSR bei der Raumforschung und auf anderen Gebieten zeigt, wie eng und freundschaftlich die Beziehungen der beiden Länder zueinander sind.

Die konstruktive Rolle, die die friedliche Außenpolitik des unabhängigen Indiens spielt, wobei es sich an die Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit hält, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Zu den afghanischen Geschehnissen nimmt es einen rationalen Standpunkt ein. Die kürzliche offizielle Anerkennung der VR Kampuchea ist von Seiten Delhis lediglich die neueste Bekundung dessen, daß es für die Freiheit und Unabhängigkeit der Länder Asiens eintritt. Wenn dieser Kurs Indiens die Menschen guten Willens, die Verfechter einer Politik des Friedens und der Zusammenarbeit nur freuen kann, so ist er den imperialistischen und hegemonistischen Kreisen ein Dorn im Auge. Deshalb suchen sie Indiens Einheit zu untergraben und die Lage in diesem Land zu destabilisieren.

Die Arbeitsliebe des indischen Volkes, die Entschlossenheit seiner Regierung, den Frieden und die Entspannung zu behaupten, die recht verstandenen nationalen Interessen des Landes und seine Orientierung auf eine umfangreiche, für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit allen Friedens- und Fortschrittskräften — sie sind die Gewähr für das weitere Vorwärtskommen dieses großen Landes Asiens in seiner unabhängigen Entwicklung.

In Nachschlagebüchern steht, daß die Straßen Kalkuttas eine Gesamtlänge von rund 1000 km haben. Sie nehmen aber nur 6% der Fläche dieser Stadt ein, obwohl es nach den Normen des modernen Städtebaus mindestens 33% sein müßten. Jeder Fahrer z. B. aus New York oder Tokio wäre entsetzt, sähe er das Chaos in den Straßen Kalkuttas während der Spitzenzeiten, wenn da ca. 300 Straßenbahnen, über 1200 Doppelstockbusse, ein großer Teil der eingefragten 150 000 Autos und Hunderttausende von Motor- und Fahrrädern unterwegs sind. Hinzu kommen die Ochsengespanne, die Schubkarren der Kulis und die Rikschas, deren Zahl niemand angeben kann. Abdallah, unser Schöpfer, bringt es fertig, jede schmale Öffnung in der Wagenschlange zu benutzen, wie durch ein Wunder Zusammenstoßen mit Radfahrern zu entgehen und zwischendurch noch ein paar Worte mit den Verkehrspolizisten zu wechseln, die sich vergeblich ab-

mühen, an den schwierigsten Straßenkreuzungen halbwegs für Ordnung zu sorgen.

Aber selbst bei Abdallahs Geschicklichkeit konnte er es nicht verhindern, daß sein alter „Ambassador“, in eine sich weit hinziehende Verkehrsstockung geriet. Bis zur Bauleitung der U-Bahn mußten wir zu Fuß weiter. Der Generaldirektor der Bauleitung, Herr Sukumaran, sagte uns folgendes:

„Großkalkutta ist eine Riesenstadt mit fast 9 Millionen Einwohnern und zieht sich als fast 100 km langer und zwis-

wjetische Fachkräfte haben an den Projekten, an der Festlegung der optimalen Baufasse und an einigen technischen Lösungen mitgearbeitet. Die UdSSR liefert auch teilweise die Ausrüstungen und Material.

Der Chefingenieur, Herr Gupta, führt uns zum Baugelände im Bezirk Chitpur Yard. Auf einer engen Wendeltreppe steigen wir 18 m in den Schacht hinunter. Hier werden zwei Vortriebkomplexe aus dem Moskauer Werk von Glattonnelmetrostroi (U-Bahn-Tunnelbauverwaltung) aufgestellt. Es ist gar nicht leicht, bei 40° Hitze und fast 100prozentiger Luftfeuchtigkeit unter Tage zu arbeiten, und solcher Schwierigkeiten gibt es noch viele.

„Hier war früher einmal das Hooghly-Delta“, sagt Herr Gupta. „Wir bauen in jahrhundertealten Ablagerungen von Flussschlamm, der viel Methan, Schwefelwasserstoff und andere Gase ausströmt. Französische Ingenieure z. B., die Kalkuttas geologische Charakteristika einsahen, haben einen U-Bahn-Bau hier überhaupt als unmöglich bezeichnet. Sowjetische Gutfachter haben das widerlegt, und wie Sie sehen, bauen wir mit Volldampf. Mit den sowjetischen Kollegen

bauen wir sehr gut, wir arbeiten Hand in Hand an der Ausführung dieses für Kalkutta so wichtigen Projekts.“

Die sowjetischen Ausrüstungen sind in explosionssicherer Ausführung geliefert worden. Durch die ungünstigen Bodenverhältnisse werden die Arbeiten allerdings verlangsamt. Auch fehlt es noch an Facharbeitern, besonders zum Bedienen der Maschinen. Deshalb bilden die sowjetischen Fachkräfte neben der allgemeinen technischen Hilfe, die sie beim Bau leisten, Arbeitskräfte aus.

Auf dem Baugelände lernen wir einen jungen schwarzäugigen Montageschlosser kennen. Murak ist mit seiner Arbeit sehr zufrieden, und nicht nur, weil er zum erstenmal in seinen 30 Lebensjahren ein festes Einkommen hat, obwohl das für die große Familie, deren einziger Ernährer er ist, auch eine große Rolle spielt. Vor allem aber hofft er auf einen guten Beruf und eine bessere Zukunft.

Ganz Kalkutta sieht voll Ungeduld der Eröffnung der U-Bahn entgegen.

Ich reise an einem regnerischen Abend ab. Obwohl es in Strömen gießt, rattern an der Kreuzung der Lenin- und der Jawaharlal Nehru Road die Baumaschinen. Dort wird der Eingang zu einer U-Bahn-Station fertiggestellt.

S. IRODOW
NZ-Eigenbericht

Kalkutta—Delhi

In Genf wurde die zweimonatige Sommertagung des Abrüstungsausschusses abgeschlossen.

Sie fand in einer komplizierten internationalen Atmosphäre statt. Die NATO-Staaten, vor allem die USA, verstärken weiterhin zusammen mit Peking ihre militaristischen Anstrengungen, heben die Rüstungsausgaben immer mehr an und forcieren langfristige Aufrüstungsprogramme.

Die UdSSR-Delegation setzte ebenso wie die Delegationen der anderen sozialistischen Staaten des Ausschusses dem militaristischen Kurs der NATO und der obstruktivistischen Position Chinas die eigene prinzipielle Linie entgegen, daß der Ausschuß auch in der zugesetzten Weltlage konstruktive, sachliche Verhandlungen führt und bemüht ist, die ihm gestellte Hauptaufgabe zu erfüllen — konkrete Vereinbarungen zur Zügelung des Wettrüstens und zur Abrüstung zu erreichen.

Von überaus großer Bedeutung waren in diesem Zusammenhang die Reden Leonid Breshnews, der Beschuß des Juni-Plenums (1980) des ZK der KPdSU, die Mai-Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten, der Brief Andrej Gromykos an Kurt Waldheim anlässlich der Proklamierung der 80er Jahre zum zweiten Jahrzehnt der Abrüstung. Einige dieser Materialien wurden als offizielle Ausschußdokumente in Umlauf gebracht und von den Ausschußmitgliedern insgesamt positiv eingeschätzt. Besonders beeindruckt waren sie von Leonid Breshnews Appell, den er am 30. Juni in seiner Rede bei einem Essen für Bundeskanzler Helmut Schmidt an die westlichen Länder richtete: „Angesichts der immer neuen Versuche, das Wettrüsten zu forcieren, rufen wir den Westen eindringlich auf, einzuhalten, die verschiedenen „Nachrüstungs“programme zur Seite zu legen sowie auf die Entwicklung neuer Arten und Systeme von Waffen, ob nun Raketen-, Neutronen-, chemische oder beliebige andere Waffen, zu verzichten.“

Dank der konstruktiven Haltung der sozialistischen Länder, die von den meisten anderen Delegationen

Sowjetische und indische Spezialisten bauen gemeinsam die Metro von Kalkutta

Foto: A. Bereshnoi

schen 3 und 20 km breiter Streifen am Hooghlyfluß hin. Viele im Süden der Stadt wohnende Leute kommen jahrelang nicht in ihren Norden, und nicht etwa, weil sie es nicht wollen. Der Stadtverkehr kann jetzt 2,8 Mio Fahrgäste am Tag befördern, es müßten aber zehnmal soviel sein. Mehr Verkehrsmittel einsetzen kann man nicht, die Verkehrsadern der Stadt sind ohnehin überfordert.

Der einzige Ausweg ist die U-Bahn, deren Bau jetzt in vollem Gange ist. Probefahrten auf einem etwa 17 km langen Abschnitt der ersten Baufolge planen wir für nächstes Jahr, und die ganze Linie soll in fünf Jahren in Betrieb genommen werden. Die Fahrt wird nur 33 Minuten dauern. Jetzt braucht man für die Strecke mindestens 2 Stunden. Die erste Baufolge wird den Flugplatz Dum Dum mit dem Stadtsüden verbinden, dann werden unsere Verkehrsmißstände weitgehend, wenn auch nicht ganz behoben sein. Wir denken also schon an eine zweite und an eine dritte Baufolge. Dann werden wir sagen können, daß die Stadt von einer chronischen Krankheit geheilt ist.“

Beim U-Bahn-Bau in Kalkutta hilft die UdSSR laut Abkommen von 1973. So-

DIE PRINZIPIELLE LINIE

Semjon WLADIMIROW

unterstützt wurden, konnten die Gespräche in der Sommertagung des Ausschusses insgesamt in eine sachliche Richtung gelenkt und ein nützlicher Meinungsaustausch zu einigen wichtigen Abrüstungsaspekten durchgeführt werden.

Erstmals nahmen im Rahmen des Ausschusses vier Arbeitsgruppen zu Fragen des Verbots der radiologischen und der chemischen Waffen, zur Bekräftigung der Sicherheitsgarantien für die Nichtnuklearstaaten und zur Konzipierung eines umfassenden Abrüstungsprogramms ihre Arbeit auf.

Die Delegationen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder taten alles, um die Aufmerksamkeit der Ausschußmitglieder auf die Hauptfrage zu lenken — die Einstellung des atomaren Wettrüstens und die nukleare Abrüstung. Diese Frage wurde vorrangig auf der Sommertagung erörtert.

Die sowjetische Delegation trat aktiv für die schnellstmögliche Beendigung des atomaren Wettrüstens, für die nukleare Abrüstung ein. Diese Haltung fand bei allen Staaten Unterstützung, die aufrichtig daran interessiert sind. Die Delegationen der sozialistischen Länder haben nicht nur zur nuklearen Abrüstung aufgerufen, sondern sich auch immer wieder für die unverzügliche Aufnahme sachlicher und konkreter Verhandlungen über einen Produktionsstopp für alle nuklearen Waffen und über den allmählichen Abbau ihrer Arsenale bis zu ihrer vollständigen Vernichtung ausgesprochen. Sie schlugen vor, im Rahmen des Ausschusses eine Arbeitsgruppe zur Beendigung des atomaren Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung zu bilden, und unterstützten die Vorschläge der Nichtpaktgebundenen für die Einstellung einer Arbeitsgruppe, die sich mit einem umfassenden Verbot der Kernwaffentests befassen soll.

Bedauerlicherweise demonstrierten die Delegationen westlicher Länder

und Chinas eine negative Haltung gegenüber diesen wichtigen Initiativen, die zur Aufnahme nuklearer Abrüstungsverhandlungen führen könnten. Doch diese Vorschläge bleiben auf dem Tisch. Die Staaten, die solchen Verhandlungen entgegenwirken wollen, laden sich eine schwere Verantwortung vor allen Völkern auf.

Bei den Genfer Verhandlungen wurde auch über eine so wichtige Frage der Begrenzung des qualitativen Wettrüstens gesprochen wie das Verbot neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen. Die Initiative hierfür geht von der UdSSR aus. Seit 1975 steht der sowjetische Vorschlag auf der Tagesordnung verschiedener internationaler Foren, darunter des Abrüstungsausschusses.

Diesmal hat die sowjetische Delegation dem Ausschuß den eindeutigen Vorschlag unterbreitet, eine Gruppe qualifizierter Experten verschiedener Länder zu bilden, um den Entwurf eines umfassenden Abkommens vorzubereiten und die Frage eines Abschlusses von Sonderabkommen über einzelne neue Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen zu prüfen. Einige Delegationen waren offenbar daran interessiert, eine solche Expertengruppe, die zweifelsohne von großem Nutzen sein könnte, zu bilden. Doch die Vertreter westlicher Länder, einschließlich der USA, Großbritanniens und der BRD, bemühten sich unter allerlei Vorwänden, einer sachlichen Erörterung dieses Vorschlags auszuweichen. Doch diese Frage muß gelöst werden, und das ohne Verzögerungen und Vorbehalte.

Insgesamt haben Verlauf und Ergebnisse der Sommertagung des Abrüstungsausschusses gezeigt, daß es neben den Kreisen, die die Abrüstung verhindern und der Menschheit eine neue gefährliche Runde des Wettrüstens aufzwingen wollen, einflußreiche, angesehene Kräfte gibt — allen voran die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft —, die beharrlich für ein Ende des Wettrüstens, für die Abrüstung und die Abwendung der Gefahr eines thermonuklearen Krieges kämpfen. Und die Zukunft wird zweifelsohne den Kräften des Friedens gehören.

NZ KOMMENTAR

FESTE BANDE

Die festen Bruderbande zwischen dem bulgarischen und dem russischen Volk haben eine lange Tradition. Die UdSSR und die VR Bulgarien nahmen am 14. August 1945 diplomatische Beziehungen auf. Heute, am 35. Jahrestag, unterhalten beide sozialistischen Staaten umfassende enge und herzliche Beziehungen. Eine enge Zusammenarbeit in allen Bereichen der Wirtschaft, der Politik und des gesellschaftlichen Lebens hat sich entwickelt.

In den letzten Jahrzehnten wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit stark intensiviert. So werden allein in diesem Jahr in Bulgarien zahlreiche mit sowjetischer Unterstützung errichtete Großbetriebe ihrer Bestimmung übergeben. Die VR Bulgarien wirkt aktiv bei der Schaffung von Produktionskapazitäten in der UdSSR mit.

Einen starken Impuls erhielt die allseitige sowjetisch-bulgarische Annäherung durch das kürzliche Krim-Treffen zwischen Leonid Breschnew und Todor Shiwkow. Dabei wurde erneut die Bedeutung gemeinsamer Anstrengungen der sozialistischen Länder im Kampf für Frieden und Entspannung konstatiert: „Die Sowjetunion und Bulgarien meinen, daß man den Weg der Festigung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa, darunter auf dem Balkan und im Mittelmeerraum, weitergehen muß.“ Die führenden Politiker der kommunistischen Parteien der VR Bulgarien und der UdSSR betonten ferner, daß das Treffen in Madrid ein Meilenstein hierbei werden soll. Sie verwiesen insbesondere darauf, daß Maßnahmen zur militärischen Entspannung verwirklicht werden müssen. Mit ihrer Ausarbeitung könnte sich, wie Leonid Breschnew und Todor Shiwkow meinen, eine gesamt-europäische Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung befassen, deren Einberufung von den Warschauer Vertragsstaaten vorgeschlagen wurde.

Die vergangenen 35 Jahre haben die dynamische Entwicklung der brüderlichen Zusammenarbeit und der allseitigen Annäherung zwischen der VR Bulgarien und der UdSSR deutlich gezeigt, die ihren Beitrag zur Festigung der Einheit und Stärke der sozialistischen Gemeinschaft, zur Vertiefung von Entspannung, Frieden und Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt leisten.

B. LYSSENKO

WIE ES ANFING

Am 15. August feiert Korea den 35. Jahrestag seiner Befreiung. Nachdem die Sowjetarmee 1945 die Kwantungarmee — die Elite der Truppen des imperialistischen Japans — aufs Haupt geschlagen hatte, verhalf sie dem Volk Koreas, das heroisch gegen die Okkupanten gekämpft hatte, zu Freiheit und Unabhängigkeit. Die japanische Kolonialherrschaft, die ihm über 40 Jahre lang unsagbare Leiden zugefügt hatte, war zu Ende.

Die Befreiung war möglich dank der Tapferkeit der sowjetischen Truppen, die sich in Korea als aufrichtige Internationalisten erwiesen hatten, denen das Geschick anderer Völker am Herzen liegt. In den vielen Jahren seiner Geschichte fielen wiederholt fremde Truppen in Korea ein und brachten Tod und Verderben mit sich. Nur die sowjetischen Truppen kamen nicht als Eroberer, sondern als Befreier in dieses Land. An ihr Heldenmut erinnern zahllose, von den koreanischen Werktagen gesetzte Denkmäler, auf denen die Namen der für die Befreiung Koreas gefallenen sowjetischen Menschen eingemeißelt sind.

Ein Ausdruck der allgemeinen Dankbarkeit für die Befreier war ein Schreiben an die Sowjetregierung anlässlich des Abschieds von den heimfahrenden sowjetischen Soldaten Ende 1948. Es trägt 17 Millionen Unterschriften von Koreanern, und darin heißt es: „... Wir ehren und rühmen die Sowjetarmee für ihre Verdienste um unser Heimatland. Die Heldenaten, die diese Armee für die Befreiung und Wiedergeburt unseres Landes vollbracht hat, werden nie verbllassen... Niemals wird das koreanische Volk die Heldenaten der sowjetischen Soldaten vergessen, es wird die Kunde von ihnen von Generation zu Generation wie eine schöne Sage vererben, die beim Volk stets Liebe und Dankbarkeit zur Sowjetarmee wecken wird.“

Beim Gestalten seines neuen Lebens halfen dem koreanischen Volke immer die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder.

Das Sowjetvolk schätzt seine Beziehungen zum koreanischen Volk und bemüht sich, sie weiter auszubauen und nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus sowie des sozialistischen Internationalismus zu konsolidieren. Die Grundlagen unserer internationalen Verbindungen wurden in dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und ge-

genseitige Hilfe von 1961 verbrieft. Über die sowjetisch-koreanische Freundschaft sagte Kim Ir Sen, der Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas: „Die Sowjetunion ist die Befreierin und der beste Freund unseres Volkes. Jedesmal, wenn unser Volk bei der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat und bei der Gestaltung seines neuen Lebens auf Schwierigkeiten stieß, hat uns das Sowjetvolk hilfsbereit die Hand gereicht und uns im Kampf neuen Mut eingeblößt... Die Freundschaft und Einheit der Völker Koreas und der Sowjetunion, die im Kampf für die Befreiung unseres Landes entstanden und auf dem von dem großen Lenin gewiesenen gemeinsamen Weg gefestigt und fortentwickelt wurden, sind unerschütterlich, unvergänglich.“

Nicht alle Erwartungen des koreanischen Volkes haben sich erfüllt. Trotz der Bemühungen der Partei der Arbeit und der Regierung der KVDR, einen Weg zur Vereinigung des Landes zu bahnen, ist es noch immer gespalten. Vor kurzem hat die Oberste Volksversammlung der KVDR ein Schreiben an die Parlamente aller Länder der Welt gerichtet und darin tiefe Besorgnis über die auf der Halbinsel Korea entstandene Situation geäußert.

Die UdSSR stimmt rückhaltlos der Politik zu, die darauf ausgerichtet ist, die Spannungen zu mildern, den Abzug der fremden Truppen aus Südkorea sowie eine friedliche Vereinigung in demokratischem Sinne zu erwirken. Wie es im Antwortschreiben Alexej Schitikows und Vitalij Rubens, der Vorsitzenden beider Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR, an Hwang Jang Yop, den Vorsitzenden des Ständigen Rats der Obersten Volksversammlung der KVDR, heißt, stimmt die UdSSR der Feststellung zu, daß die größte Verantwortung für die Spannung auf der Halbinsel Korea das Seouler Regime und den US-Imperialismus trifft, der aus Südkorea einen militärischen Bereitstellungsraum gemacht hat, durch den der Frieden und die Sicherheit im Fernen Osten gefährdet sind. Und weiter: „Die sowjetischen Menschen sind der Meinung, daß das koreanische Volk selbst, ohne Einmischung von außen, über die Angelegenheiten Koreas zu bestimmen hat.“

N. KOSLOW

Mühevoll, auf bleischweren Beinen nähert sich ein grauhaariger Mann dem verzinkten Tisch, auf dem ein Holzsarg steht. Gleich wird der Sanitäter das Laken zurückschlagen und der Vater seinen Sohn, seinen Mirko, tot sehen. Alle, die sich im Leichenhaus befinden, sehen, wie es den Mann noch stärker schüttelt. Einige stützen ihn, andere erinnern ihn an etwas. Ach ja, richtig, er muß noch das offizielle Identifizierungsprotokoll unterzeichnen. Schwankend vor Schmerz und Müdigkeit, geht er auf den Tisch in der Ecke zu und setzt abwesend seine Unterschrift unter das Protokoll, das ein Polizist ihm hinlegt. Nun kann er hier raus und sich seinem Schmerz hingeben.

Auf dem Tisch stehen noch zwei Särge nebeneinander. Darin liegen die Eheleute Paolo Zecchi und Viviana Bumagelli. Zu Weihnachten sollte Viviana ein Kind bekommen.

Am Eingang zum Leichenhaus sitzt eine ältere Frau auf der Bank, ihr Gesicht ist schwarz vor Gram. Daneben eine ganz junge Frau, jetzt schon Witwe, und ein alter Mann. Alle drei sind aus Apulien nach Bologna gekommen. Hinter der Tür liegt ihr Sohn und Mann Vito aufgebahrt.

Am Sonnabendmorgen waren Mirko, Vito, Paolo und Viviana auf dem Bahnhof von Bologna. Sie warteten auf ihre Züge, dachten an den baldigen Urlaub an der Küste oder an das Wiedersehen mit Verwandten. Jemand sah die Morgenzeitung durch, andere unterhielten sich. Der 20jährige I Wao Sekiguchi aus Tokio fragte, wie er am besten nach Florenz fahre. Dort sollte er ein Studium an der Universität aufnehmen. Der 6jährige Marco Bolognesi trieb seine beiden Omas und den Opa an: Bald sollte der Zug aus der Schweiz eintreffen, mit dem seine Eltern nach einer Kur zurückkamen. Die 2jährige Simona und die 4jährige Alessandra fuhren nirgendswo hin und holten niemanden ab. Sie waren in der Nähe gewesen und bat den Mutter, ihnen und ihrer 7jährigen Cousine Sonia Bonbons in einem kleinen Laden am Bahnhofplatz zu kaufen.

Leoluca Marino und seine Braut Antonella winkten freudig den aus Palermo angekommenen Schwestern Leolucas zu.

Keiner von den Menschen auf dem Bahnhof wußte, daß ihm nur noch wenige Minuten beschieden waren.

Der Uhrzeiger rückte auf 10.25 Uhr. In diesem Augenblick ertönte im linken Bahnhofsvorflügel eine ohrenbetäubende Explosion. Ein Wirbel von Trümmern, Feuerausbruch, eine Hausmauer stürzte auf die Waggons auf dem ersten Bahnsteig. Die Menschen stürmten ausein-

NACH DEM BLUTIGEN SONNABEND

Iwan KRYMOW

ander. Diejenigen unter ihnen, die noch laufen konnten.

Mehr als 80 Tote, davon 30 Kinder. Fast 200 wurden verwundet, die meisten schwer. Sie alle sind die Opfer eines ungeheuerlichen Verbrechens der Neofaschisten am blutigen Sonnabend, dem 2. August.



Der Bahnhof von Bologna nach der Explosion
Aus: „International Herald Tribune“ (USA)

Jetzt, da Arbeiter und Soldaten den Ort entrückt haben, weiß man, daß die Reparaturarbeiten fast 2 Md. Lire kosten werden. Die Berechnung war bestimmt nicht schwer. Viel schwerer ist es, auf die Fragen zu antworten, die heute von Millionen Italienern gestellt werden: Wie weiter? Auf welche Dramen muß sich das Land noch gefaßt machen?

Seit fast 11 Jahren, seit der von den Neofaschisten im Dezember 1969 ausgelösten Explosion in der Landwirtschaftsbank auf der Piazza Fontana in Mailand, ist ganz Italien Schauplatz blutiger Verbrechen von „schwarzen“ und „roten“ Brigaden, von „Zellen“ und „Fronten“. Politische Morde und Anschläge auf Parteifunktionäre, Gewerkschafter, Gerichtsbeamte, Polizisten und Journalisten gehören zum Alltag. Das Ziel ist, die Bevölkerung zu Massenunruhen zu provozieren. Wie die Drahtzieher dieser Spannungen glauben, wird es ihnen helfen, das Land nach rechts abzudrängen. Das Verbrechen der Terroristen ist also Bestandteil eines umfassenderen Plans der Reaktion, die die Lage in Italien destabilisieren, die Erskarkung und den

Zusammenschluß der Arbeiterbewegung um jeden Preis verhindern und sozial-ökonomische Umgestaltungen im Interesse der Werkstätigen nicht zulassen will.

Solche Umgestaltungen sind längst herangereift. Seit Jahren kann Italien die akute Krise nicht überwinden, die praktisch alle Aspekte des Lebens erfaßt hat.

Die brennenden sozial-ökonomischen Probleme und die Krise der Moral begünstigen das Erstarken der Terroristengruppen, und das macht Verbrechen wie in Bologna möglich. Selbst die herrschenden Kreise und bürgerlichen Parteien geben diese Tatsache zu. Allerdings streiten ihre Führer ab, daß der Terrorismus deshalb überhandnimmt, weil, wie die Kommunisten betonen, der Staat nicht mehr zu steuern ist und „die politische Leitung fehlt, die neue Entscheidungen gemäß den akuten und komplizierten, unaufzubiebaren Problemen des Landes treffen könnte“.

Nach dem grauenhaften Verbrechen der Neofaschisten in Bologna behaupteten einige Exponenten der Demochristen, die schon seit mehr als 30 Jahren an der Macht sind, man könne dem Terrorismus nichts anhaben und im Lande kaum etwas verändern. Amintore Fanfani, Präsident des Senats und Führer des rechten Flügels der Democrazia Cristiana, hatte sogar die Stirn, den einheitlichen Gewerkschaftsverband CGIL—CISL—UIL anzugreifen, weil er am 4. August als Antwort auf das Verbrechen in Bologna einen Landesstreik durchführte: Die Gewerkschaften hätten dadurch „der Wirtschaft einen Schaden zugefügt“.

Solche Erklärungen von Vertretern der herrschenden Parteien sollen beweisen, daß Italien ohne die Italienische KP regiert werden könne und müsse. Diese Position ist für diejenigen günstig, die den Terrorismus zu politischen Zwecken benutzen, um mit seiner Hilfe die Dialektik der politischen und sozialen Entwicklung zu stören, um die Volksmassen und die IKP aus der Leitung dieser Entwicklung auszuklammern.

Der kommende Herbst wird scharfe

ökonomische Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe mit sich bringen. Von ihrem Ausgang wird es abhängen, wie sich Italien weiter entwickelt. Gewisse Kräfte spekulieren auf eine Stockung im Dialog der demokratischen Kräfte über die Wege zu einer politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Erneuerung des Landes, um den Boden für einen Rechtsruck vorzubereiten. Welche neuen Schritte können die Feinde der Demokratie noch unternehmen?

Heute erinnert man sich in Italien an das „Heft der Neofaschisten“, das der Polizei noch 1970 in die Hände kam. Der Autor, C. Graziani, Leiter einer faschistischen Untergrundorganisation, hielt sich jahrelang im Ausland versteckt. Mit einer Unverfrorenheit, die das Blut in den Adern stocken läßt, wird darin die Strategie des Duce-Nachtrabs geschildert:

„Um zu siegen, muß man bei den breiten Massen ein Gefühl der Ohnmacht, Verzweiflung und absoluten Unterordnung hervorrufen. Das Hauptmittel auf dem Wege dazu ist Terror, und zwar der grausamste Terror. Wir müssen alle moralischen und humanen Prinzipien aufgeben und töten. Alte Leute, Frauen, Kinder töten.“

Das war grade zur Zeit der Explosion auf der Piazza Fontana geschrieben, durch die 16 Personen getötet und viele andere verwundet waren. Man könnte sagen, das obige Zitat stamme von einem Irrsinnigen. Doch diese Worte werden auch von den heutigen Führern illegaler und legaler neofaschistischer Gruppen wiederholt. Sie sagen es offen: Heute haben sie weit mehr Möglichkeiten als 1972—1977.

Vor etwa einem Jahr stießen die Untersuchungsorgane auf Weisungen für die Mitglieder extremrechter illegaler Organisationen. Darin wird geschildert, wie sich die Mitglieder zu benehmen und wie sie zur Hilfe aus dem Ausland zu kommen haben. Empfohlen wird, bei jedem einzelnen Anschlag verschiedene Bezeichnungen der Urheber anzugeben, Zusammenstöße mit den „roten“ Terroristen zu meiden und bei Gelegenheit bei allgemeinen „Aktionen“ mitzuwirken, die sich gegen die republikanischen Einrichtungen und demokratischen Organisationen richten.

Nach der italienischen Verfassung ist die Wiederherstellung einer faschistischen Partei, in welcher Form auch immer, verboten. Wie aber das Verbrechen in Bologna zeigt, dürfen die Schwarzhemden das Grundgesetz der Republik nach wie vor straflos mit Füßen treten. Die Mächtigen dieser Welt sind noch immer auf ihre „Dienste“ angewiesen.

VERGEWALTIGTES JERUSALEM

Oleg WOLGIN

„El-Quds“, die „Heilige“ — so nennen die Araber Jerusalem, die heilige Stadt dreier Religionen. Hier befinden sich die berühmte Omar-Moschee, die Grabeskirche und die Klagemauer.

In unserem Jahrhundert zieht sich durch die Geschichte Jerusalems eine Blutspur. Schuld daran waren und sind von Anfang an Imperialismus und Zionismus. Als die Stadt 1918 unter britischen Mandat kam, stellten die Araber drei Viertel und die Juden ein Viertel ihrer Bewohner.

Die zionistische Expansionspolitik, die angeblich eine „jüdische Heimstatt“ schaffen wollte, bedeutete für Hunderttausende Palästinenser eine Tragödie. Kaum war 1947 Jerusalem von der UNO internationalisiert worden, da machten sich die Zionisten entgegen dem Beschuß der Vereinten Nationen daran, die arabischen Einwohner aus der Stadt zu vertreiben. Nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg wurde Jerusalem zwischen Israel und dem Königreich Jordanien aufgeteilt — in den israelischen Westteil und den arabischen Ostteil. 1967 wurde Ost-Jerusalem vollständig von den israelischen Aggressoren besetzt.

Chaim Weizman, ein bekannter Ideologe des Zionismus, hatte bereits vor drei Jahrzehnten offen ein Palästina gefordert, das ebenso jüdisch sein sollte wie England englisch. In der geplanten „Entarabisierung“ Palästinas, die bis heute andauert, hat die „Entarabisierung“ Jerusalems, die Tilgung all seiner arabisch-islamischen Züge, einen ganz besonderen Stellenwert.

Die religiösen Gefühle, das Leid von 800 Millionen Mohammedanern und einer Milliarde Christen sind den Zionisten gleichgültig. In der heiligen Stadt wurden solche Verbrechen möglich wie der Brandanschlag auf die Al-Aqsa-Moschee, Anschläge gegen die Mission der russisch-orthodoxen Kirche, die Schändung islamischer und christlicher Heiligtümer.

Die Annexion Ost-Jerusalems erfolgt im Rahmen des israelischen Gesamtplans für die Kolonisierung der besetzten arabischen Gebiete. Die Palästinenser werden brutal ver-

trieben. Dabei machen die Zionisten nicht vor Mord, Verhaftungen, Beschlagnahmung, „Entlaubungsaktionen“, vor der Verbannung und Vertreibung von Palästinensern halt.

Ein christlicher Palästinenser aus der Jerusalemer Altstadt sagte zu einem Korrespondenten des französischen „Matin“: „Vor allem erschrecken uns die neuen (israelischen) Siedlungen, die Viertel um Jerusalem. Aus unseren Fenstern ist keine freie Fläche mehr zu sehen, nur endlose Mauern. Wir haben Angst, daß sie uns einfach erdrücken.“

Heute leben mehr als 2 Millionen Palästinenser im Exil. Für eine „Entarabisierung“ ganz Palästinas wollen die Zionisten zusätzlich 500 000 Palästinenser aus Israel selbst sowie 1 200 000 aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen vertreiben. Offenbar sollen vor allem Palästinenser aus Ost-Jerusalem deportiert werden. Ist ja für die israelische Führung ein „araberfreies“ Jerusalem nicht nur von wirtschaftlicher und politischer, sondern auch von moralisch-psychologischer Bedeutung. Jerusalem als „ewige und unteilbare Hauptstadt Israels, als Zentrum des Weltjudentums“ — das ist die Parole der heutigen israelischen Führung. Für die Zionisten bedeutet das, einen „rein jüdischen“ Charakter der Stadt zu gewährleisten — und das durch die ethnische Zusammensetzung ihrer Einwohner. Doch für die Palästinenser heißt das, ihre Heimat zu verlieren, wo sie nicht weniger Rechte haben als die Juden.

Wann endlich wird der Leidensweg des palästinensischen Volkes durch die langen Jahre der Herrschaft des britischen Imperialismus, der israelischen Okkupation und Expansion zu Ende sein?

Das koloniale Weltsystem ist untergegangen. Doch das Schicksal des palästinensischen Volkes, das ihm die Kräfte der Reaktion und Aggression aufgezwungen haben, behält seine Tragik. Das ist ein politischer Anachronismus. Andrej Gromyko sagte vor der 34. UNO-Vollversammlung: „Alle UNO-Mitgliedstaaten sollten endlich die ganze Tragik des arabischen Volkes von Palästina verste-



Die Al-Aqsa-Moschee

hen. Was sind die Erklärungen von der Verteidigung der Humanität, der Menschenrechte der Flüchtlinge oder Nichtflüchtlinge wert, wenn vor der ganzen Welt die unveräußerlichen Rechte eines ganzen Volkes, das aus seiner Heimat vertrieben wurde und dem die Existenzgrundlage genommen wurde, mit Füßen getreten werden.“

Der mutige Kampf des palästinensischen Volkes für seine legitimen Rechte hat ihm hohes Ansehen auf allen Kontinenten eingebracht. Heute gibt es mehr Länder, die die PLO als einzigen rechtmäßigen Vertreter des palästinensischen Volkes anerkennen, als Staaten, die mit Israel zusammenarbeiten. 1974 erhielt die PLO auf Beschuß der 29. UNO-Vollversammlung den Beobachterstatus, wurde dann Mitglied der UNESCO und anderer internationaler Organisationen. Doch während der gerechte Kampf der Palästinenser immer größere Anerkennung findet, haben die Folgen der israelischen Aggression noch immer nicht überwunden werden können, hat das palästinensische Volk seine ihm genommenen Rechte immer noch nicht zurück erhalten.

Washington und die westeuropäischen Verbündeten, die, wenn auch widerwillig, weiter im Fahrwasser der amerikanischen Politik kreuzen, machen alle Versuche der Vereinten Nationen zunichte, einen dauerhaften und gerechten Frieden in der Region herzustellen. Das Komplott von Camp David, an das Carter und Begin Sadat anschließen konnten, hat der Expansionspolitik Israels neuen Auftrieb gegeben. Der algeri-

sche Außenminister Benjahia sagte kürzlich vor der UNO-Vollversammlung zum Camp-David-Vertrag, er führe zu „Friedhofsruhe auf den Gebeinen des palästinensischen Volkes“. Bezeichnenderweise sang der israelische Premierminister bei der feierlichen Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen „Friedens“vertrages einen Psalm, der das „vereinigte Jerusalem“ preist.

Um die von der israelischen Knesset geplante Verabschiedung des Gesetzes, das die heilige Stadt zur „ewigen und unteilbaren Hauptstadt“ Israels proklamiert, zu verhindern, legten 22 islamische Länder bereits im Juni 1980 dem UNO-Sicherheitsrat eine Resolution zur Jerusalemfrage vor. Für die Resolution, die Israel eindringlich aufforderte, alle Maßnahmen zur Veränderung des Status von Jerusalem aufzuheben, stimmten 14 Ratsmitglieder — nur der US-Delegierte enthielt sich der Stimme. Israel reagierte wie üblich auf die Resolution des Sicherheitsrates, die gemäß UNO-Charta verbindlich ist. Am gleichen Tag, am 30. Juni, als im Sicherheitsrat abgestimmt wurde, billigte der Legislativausschuß der Knesset mit sehr großer Mehrheit die Gesetzesvorlage, der zufolge Jerusalem zur „ewigen und unteilbaren Hauptstadt“ Israels proklamiert wurde.

Am 29. Juli nahm die 7. Sondertagung der UNO-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit eine Resolution für die legitimen nationalen Rechte der Palästinenser an. Dagegen wandten sich nur sieben Staaten unter Führung der USA. Die EG-Länder, schwankend zwischen ihrer Verbündetenpflicht gegenüber Washington und der Angst, sich endgültig vor den arabischen und islamischen Staaten zu kompromittieren, enthielten sich der Stimme. Die Resolution appellierte an Israel, sich vollständig und vorbehaltlos aus allen seit Juni 1967 besetzten palästinensischen und den anderen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, zurückzuziehen, und verlangte, daß Israel „die UNO-Resolutionen zum historischen Charakter der heiligen Stadt Jerusalem voll einhält, insbesondere die Sicherheitsratsresolution

476/1910 vom 30. Juni 1980“. Zwei Tage später reagierte Israel auf diese Resolution mit der Annahme des „Jerusalem-Gesetzes“.

Ein weiteres Mal wurde deutlich, daß der Schutz Washingtons für den Aggressor diesen zu immer neuen Verbrechen ermuntert. Auf einen Regierungswechsel in Israel zu hoffen, weil dann vielleicht ein „weicherer“ politischer Kurs eingeschlagen werde, wäre Illusion. Die Opposition hat bereits wiederholt ihre Unterstützung für die drei Hauptthesen der Begin-Regierung erklärt: „Nein zur Bildung eines palästinensischen Staates, nein zu einem Dialog mit der PLO, nein zu einer Rückkehr zu den Grenzen vor dem 5. Juni 1967 im Westjordanland und auf den Golanhöhen.“

Die legislativ vollzogene Annexion Jerusalems, die die auch ohnehin explosive Nahostlage noch weiter verschärft, wird offensichtlich viele Staaten veranlassen, eine eindeutigere, festere Haltung gegenüber Tel Aviv wie gegenüber seinen Beschützern jenseits des Atlantiks einzunehmen. Es dürfte insbesondere im Interesse der westeuropäischen Länder liegen, eine bestimmtere Position zu einer Nahostregelung zu beziehen. Die von ihnen mit Rücksicht auf die USA angenommenen verschwommenen politischen Erklärungen befriedigen die Palästinenser und alle Araber nicht. Auch Israel pfeift auf diese Erklärungen.

Anfang August sprachen sich 40 islamische Staaten in der UNO dafür aus, gegenüber Israel Artikel 41 der UNO-Charta anzuwenden. Dieser Artikel gibt dem Sicherheitsrat das Recht, den Abbruch aller Beziehungen zu einem Staat zu beschließen, der den Willen der Völkergemeinschaft ignoriert. Das endgültige Schicksal Jerusalems wird weitgehend von der Geschlossenheit der arabischen und islamischen Länder abhängen, von der Festigung ihrer antiimperialistischen und antizionistischen Solidarität, von der verstärkten Zusammenarbeit mit den nichtpaktgebundenen und den sozialistischen Ländern. Die volle Unterstützung der UdSSR für den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes um einen eigenen unabhängigen

Staat ist wohlbekannt. Konkreten Ausdruck findet sie in der umfassenden Hilfe für die Palästinenser und die anderen Araber, die gegen die israelische Aggression und Expansion kämpfen. Die Sowjetunion tritt stets zusammen mit den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten ein. Leonid Breshnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sozialwetts der UdSSR, und Edward Gierek, Erster Sekretär des ZK der PVAP, konstatierten bei ihrem kürzlichen Treffen auf der Krim befriedigt, daß die Vollversammlung die Resolution vom Juli angenommen hat, in der der Forderung nach einer gerechten Nahostregelung Nachdruck verliehen wird. „Ohne die moralische und materielle Hilfe der UdSSR für die arabischen Länder, für die PLO hätten die USA uns die Hoffnungen auf die Wiedererlangung unserer unveräußerlichen Rechte seit langem zerstört“, erklärte kürzlich Shaikh Abdulhamid as-Sayeh, der frühere Obermufti von Jerusalem, der jetzt das Komitee zur Rettung der heiligen Stadt leitet.

Natürlich wird das palästinensische Volk, gehärtet in den Schlachten für seine nationale Eigenart und Selbständigkeit, nie auf sein Heimatrecht verzichten, wird nie die Waffen strecken, wie lang und schwer der Kampf auch sein mag. Es ist fest entschlossen, bis zum siegreichen Ende zu kämpfen, trotz schwerer Verluste und zeitweiliger Rückschläge. Tagtäglich werden die Palästinenser durch ihre Geschlossenheit um die PLO, durch die Unterstützung seitens erprobter alter und neuer Freunde immer stärker. Auch immer mehr Israelis werden sich bewußt, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes sowie dem Kurs der herrschenden Kreise besteht, die den Interessen des Weltzionismus und des US-Imperialismus dienen. Die zunehmende Isolierung des Aggressors und seiner Beschützer ist die Gewähr für den Sieg der Palästinenser.

IN EINER ÜBLEN ROLLE

Pawel MESENZEW

An der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand ist es noch immer nicht ruhig. Die Propaganda der USA und der VR China und auch die Behörden Thailands behaupten, daß die VR Kampuchea die Sicherheit Thailands gefährde, ja in Bangkok beteuert man allen Ernstes, Thailand sei an den Spannungen ganz unschuldig, es verhalte sich neutral.

Das ist pure Heuchelei. In einem am 31. Juli vom Außenministerium der VRK herausgegebenen Memorandum über die jetzigen Spannungen an dieser Grenze sind unumstößliche Tatsachen angeführt, die zeigen, daß Thailand gleich nach dem Sieg des Volks von Kampuchea über das auf Peking orientierte blutige Regime von Pol Pot und Ieng Sary bei der Ausführung des aus Washington und Peking stammenden Plans mitgemacht hat, die Überbleibsel der Pol-Pot-Banden umzograppieren und sie mit dem Sturz der Volksmacht in Kampuchea zu beauftragen.

In der Tat hat es sich in Thailand besonders anschaulich gezeigt, daß die US-Imperialisten und die chinesischen Hegemonisten in Südostasien „parallele Interessen“ haben, anders gesagt, gemeinsam vorgehen, um die Entwicklungsländer dieser Region ihren eigenen geopolitischen Absichten dienstbar zu machen. Peking und Washington haben alles getan, um sich aus Thailand ein Werkzeug und einen Stützpunkt für die militärische Ausbildung und Bewaffnung der Pol-Pot-Banden und der anderen bewaffneten reaktionären Khmer-Gruppen zu schaffen, die in Kampuchea eingeschleutet werden.

Es handelt sich nicht nur um eine bewaffnete Aggression des Pol-Pot-Nachtrabs von Thailand aus. Mit dem Segen der USA und Chinas schicken die herrschenden Kreise Thailands auch eigene Truppen gegen Volkskampuchea vor. Wie Anfang August ein Sprecher des Außenministeriums der VRK erklärt hat, haben thailändische Kampfflugzeuge in der letzten Juliwoche allein 17 mal Kampuchea überflogen und thailändische Landtruppen Grenzgebiete Kampuchea wiederholt beschossen.

Thailand beteiligt sich an der Ausführung des von Washington und Peking inspirierten Programms für

die „freiwillige Rückführung“ kampucheanischer Flüchtlinge aus Thailand. Mit diesem Divisionsakt will man Pol-Pot-Banden, als Flüchtlinge getarnt, in der VRK einschleusen.

Von den zwischen Washington, Peking und Bangkok vereinbarten Aktionen ist auch die militärische Aktion Thailands an der Grenze zu Kampuchea vom 23. Juli zu nennen. Dabei wurde gezettelt, es handle sich um eine vietnamesische Aggression gegen Thailand, was als Vorwand benutzt wurde, die amerikanischen Waffenlieferungen an dieses zu steigern. Auf dem Eilweg schicken ihm die USA große Partien Panzer, Geschütze, Granatwerfer und anderes Kriegsgerät für etwa 35 Mio Dollar. Inzwischen heizt Peking die Spannungen an der Grenze zwischen China und Vietnam auf und beschließt Grenzprovinzen der SRV, was unter der Zivilbevölkerung zahlreiche Opfer fordert.

Was bezwecken Washington und Peking damit, daß sie die Lage in Südostasien verschlechtern? Ihr Plan ist folgender: Die Spannung an der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand soll ihnen helfen, eine „Einheitsfront“ gegen Volkskampuchea zu zimmern. Außerdem wollen sie diese Spannung benutzen, um in der im September beginnenden 35. UNO-Vollversammlung wieder mit der von ihnen erfundenen „Kampucheafrage“ anzukommen. Wie der Londoner „Guardian“ schrieb, reiste kürzlich ein vorher in den USA gewesener Rädelshörer der Khmeremigranten, Son Sann (früher Ministerpräsident der königlichen Regierung), dazu nach Peking, um gemeinsam mit den Pol-Pot-Leuten Wühlakte gegen die VRK von Thailand aus zu vereinbaren.

Es ist also klar, warum man das von den ASEAN-Ländern vorgebrachte Projekt in Hanoi, Vientiane und Phnom Penh für inakzeptabel gehalten hat. Ihm zufolge sollte auf der thailändischen Seite der Grenze zur VRK eine „Friedens- und Sicherheitszone“ geschaffen werden (unter Beibehaltung der dortigen Präsenz thailändischer Truppen sowie der Lager der bunt zusammengewürfelten, aber durchweg reaktionären, volksfeindlichen Emigranten aus Kampuchea) und auf kampucheani-

scher Seite eine „demilitarisierte Zone“, aus der die Truppen zurückgenommen werden sollten, die die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Kampuchea verteidigen. Es ist doch klar, daß durch eine solche einseitige Zurücknahme der Truppen die Sicherheit der VRK ernstlich gefährdet wäre und daß die „Friedens- und Sicherheitszone“ als Dekoration für die Wühlakte der reaktionären Kräfte gegen Volkskampuchea dienen würde.

Indes haben Vietnam, Laos und Kampuchea gemeinsam und einzeln viele konstruktive Schritte zu einer Normalisierung der Lage in Südostasien sowie zur Festigung des Friedens und der Stabilität in diesem Raum unternommen. Es genügt, nur die neuesten ausführbaren Vorschläge dieser Länder zu erwähnen, damit man sieht, daß sie aufrichtig nach Freundschaft und Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn streben, wobei jeder Partner die Unabhängigkeit, Souveränität und territo-



riale Integrität des anderen respektieren soll und sämtliche Streitfragen friedlich, am Verhandlungstisch, bereinigt werden sollen.

Schon Anfang Juni erklärte sich der Revolutionäre Volksrat (die Regierung) Kampuchea zu Verhandlungen mit der Regierung Thailands auf beliebiger Ebene und zu beliebiger Zeit über Sofortmaßnahmen gegen die Spannungen an der Grenze bereit. Bangkok lehnte mit der Begründung ab, die Verhandlungen könnten als Anerkennung der VRK durch Thailand aufgefaßt werden, die dieses nicht wolle. Das ist natürlich eine Ausrede. In der weltpolitischen Praxis finden sich viele Beispiele dafür, daß Länder über eine Beilegung ihrer Differenzen verhandeln, ohne diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Im selben Monat gab das Außenministerium der VDR Laos ein Memorandum mit der Aufforderung an Thailand heraus, Sofortmaßnahmen zur Normalisierung der Grenzlage zu treffen. Darauf wurden die Überfälle auf Grenzgebiete von Laos verstärkt und Provokationen gegen laotische Grenzer verübt.

Was Vietnam betrifft, so hat es — am Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen zwischen allen Staaten Südostasiens interessiert — wiederholt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den ASEAN-Ländern an der Schaffung einer Friedens- und Sicherheitszone in diesem Raum ausgesprochen.

Und schließlich sei nochmals an die neueste konstruktive Initiative der am 17. und 18. Juli in Vientiane abgehaltenen Außenministerkonferenz von Vietnam, Laos und Kampuchea erinnert. Diese drei Länder Indochinas boten den fünf ASEAN-Staaten bilaterale Verträge über Nichtangriff und friedliche Koexistenz an, deren Abschluß zu gutnachbarlichen Beziehungen beitragen und die Souveränität und Sicherheit der Länder dieses Raums garantieren würde. An Thailand wurden noch besondere Vorschläge gerichtet, u. a. zur Bildung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand, zur Be reinigung der Flüchtlingsfrage usw. Aber auch diese Friedensinitiative wurde von Bangkok zurückgewiesen.

Man fragt sich, warum die USA und China gerade Thailand zu ihrem Hauptkomplizen bei der Verschlechterung der Lage in Südostasien gemacht haben. Man muß vor allem im Auge haben, daß die schlimmsten Feinde des Volks von Kampuchea in Thailand Unterschlupf gefunden haben: die bewaffneten Banden Pol Pots und Ieng Sarys, die in Kampuchea auf Pekinger Geheiß dem Volk gegenüber eine Ausrottungspolitik betrieben. Die USA, die jetzt, nach dem Schock in Vietnam, ihre militärische Präsenz in Südostasien wiederherstellen wollen, sehen in Thailand einen alten Aggressionskomplizen und legen es darauf an, dieses Land wieder zu ihrem Brückenkopf zu machen, in dem sie bis 1976 Truppen und Militärstützpunkte hatten.

Wichtig ist auch, daß sich Bangkok schon lange mit Gebietsansprüchen an Kampuchea trägt.

Während die Strategen der USA und Chinas in Südostasien die Spannung aufheizen und die Atmosphäre einer Konfrontation zwischen den dortigen Staaten aufrechterhalten, hoffen sie immer noch, die politischen Kadaver lebendig machen zu können, die aus Kampuchea hinweggefegt wurden, und mit ihrer Hilfe ihre eigennützigen militärischen und politischen Großmachtgelüste zu befriedigen.

In Thailand selbst aber werden sich verschiedene Kreise immer mehr darüber klar, welch gefährliche Folgen der Kurs auf größere Spannungen in dieser Region nach sich ziehen kann. So hat der stellvertretende Ministerpräsident Thailands Thanat Khoman geäußert, Bangkok sollte den Vorschlag der drei Staaten Indochinas, beiderseits der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea eine entmilitarisierte Zone zu schaffen, dazu benutzen, dort UNO-Beobachter zu stationieren. In Peking war man, der Auslands presse zufolge, über diese Äußerung des thailändischen Staatsmannes „bestürzt“. Als der thailändische Außenminister Sawetsila im Juli in Peking war, hatten die Chinesen ihm gegenüber ja darauf bestanden, daß seine Regierung auf keinen Fall in Verhandlungen mit den drei Ländern Indochinas einwilligt. Peking fordert jetzt von Bangkok wie von einem Vasallen sogar, es soll sein Kabinett reorganisieren und alle „unsicheren Elemente“ daraus entfernen. Andernfalls — so droht Peking — könnte sich „die innerpolitische Lage in Thailand verschlechtern“.

Als UNO-Generalsekretär Waldheim Anfang August in Hanoi und Bangkok war, bekräftigte die SRV nochmals, daß sie getreulich an der Politik des Friedens und der Sicherheit in Südostasien festhält und für eine friedliche Bereinigung aller Streitfragen in Verhandlungen ist.

Wenn man dagegen die Krisensituation dort auf die Spitze treibt, so kann das den Frieden in Asien und in der ganzen Welt ernsthaft gefährden.

EL SALVADOR BEDROHT

Die USA schmieden dem „Christian Science Monitor“ (USA) zufolge neue Aggressionspläne gegen die nationale Befreiungsbewegung der Völker Mittelamerikas und der Karibik. Sie gingen daran, diese unheilvollen Pläne vor allem in El Salvador zu verwirklichen, wo der Kampf der Patrioten für Freiheit, Demokratie, gegen den Imperialismus immer neue Dimensionen annimmt.

Durch die Unterdrückung der revolutionären Bewegung in El Salvador hofft Washington die Aktionen der Volksmassen in der gesamten Region abzuwürgen. Die Junta von El Salvador hat mit Hilfe ihrer nordamerikanischen Beschützer einen regeleichten Krieg gegen das eigene Volk entfesselt. Ihre Truppen plündern, zünden Dörfer an, ermorden friedliche Einwohner. Tagtäglich kommen viele Menschen um, und allein in den letzten sechs Monaten sind mehr als 3000 Menschen Opfer der Exzesse geworden.

Die Carter-Administration begünstigt nicht nur politisch die Junta bei deren Untaten, sondern unterstützt sie auch unmittelbar, u. a. militärisch. Der lateinamerikanischen Presse zufolge gelangen US-Waffen an die salvadorianische Armee, und zahlreiche amerikanische Berater wirken bei den Repressalien mit. In Washington geizt man auch mit Finanzspritzen nicht.

Überdies bereiten die USA offenbar eine direkte bewaffnete Intervention in El Salvador vor. In einer Erklärung der Revolutionär-Demokratischen Front von El Salvador heißt es, daß die invasionspläne von den Vereinten Stabschefs und vom Stab des vereinigten US-Oberkommandos in der Zone Mittel- und Südamerikas erarbeitet wurden. Das Pentagon zieht jetzt auf seinen Stützpunkten in der Panamakanalzone Marineinfanterie-Einheiten für den späteren Transport nach El Salvador zusammen. Die US-Kriegsmarine plant eine Blockade der salvadorianischen Küste. Beobachtern zufolge ist das derzeitige Navy-Manöver vor der kolumbianischen Küste eine weitere Etappe zur Vorbereitung der geplanten Invasion in El Salvador. Zugleich sollen so jene lateinamerikanischen Länder eingeschüchtert werden, die die Handlungen des Weißen Hauses nicht billigen.

Über El Salvador schwebt das Damoklesschwert einer US-Intervention. Doch das mutige Volk dieses kleinen Landes läßt sich nicht in die Knie zwingen.

W. DOLGOW

NICHT INS SCHWARZE

Die pakistanische Zeitung „Nawai-i-Waqat“ übernahm kürzlich eine verleumderische Notiz des britischen „Daily Telegraph“ über die sowjetische Botschaft in Islamabad. Warum hat sie die ausländische Hetze gegen die pakistanisch-sowjetischen Beziehungen placiert? Ist ja die Zeit des Kolonialismus vorbei, da die Presse in den Kolonien nur das schreiben durfte, was den Gentlemen in London genehm war. Zudem hielt es das Blatt für möglich, selbst die regierungsmäßig wiederholt geäußerte positive Einschätzung der Beziehungen zu unserem Land in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Kultur zu ignorieren.

Oder gibt es vielleicht in Isla-

mabad Leute, die sogar sich selbst bloßstellen, nur um es den ehemaligen Kolonialherren und deren Verbündeten genehm zu machen?

Wenn das Blatt tatsächlich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes hätte entlarven wollen, dann ließen sich leicht Beispiele dafür finden — von Verbrechen reaktionärer afghanischer Emigranten in der Nordwest-Grenzprovinz und in Belutschistan bis zu Umtrieben der US-Geheimdienste. Standen ja westlichen Meldungen zufolge gerade „Experten“ aus den USA hinter dem Putschversuch vor einigen Monaten.

N. MISCHIN

SANDKASTENSPIELE



Die Männer von Saint-Cyr sind ins Manöver gezogen... Die künftigen Marschälle, bislang noch Kadetten dieser bekannten Militär-

TREUER FREUND

In Peking hätte man noch unlängst nicht gedacht, was für einen zuverlässigen Freund man eigentlich in Canberra besitzt — und nicht irgend jemand, sondern den australischen Premier Fraser höchstpersönlich.

Nur wenige Regierungen wollen die Weltöffentlichkeit durch Beziehungen zum Terrorregime Pol Pot provozieren — Mr. Fraser aber kümmert das wenig.

Kürzlich schlug der australische Außenminister Peacock auf einer Kabinettssitzung vor, jegliche

Beziehungen zu den Henkern des kampuchänschen Volkes abzubrechen, da die meisten Australier dagegen sind. Viele namhafte Parlamentarier wollen gegen die Regierungspolitik in der Kampuchea-Frage scharf protestieren.

Die Zeitung „Age“ zitierte einen Parlamentsabgeordneten der regierenden Liberalen Partei: „Ich habe nie gehört, daß jemand die heutige Position der Regierung in der Kampuchea-Frage unterstützt...“ Fraser aber bleibt da ganz hartnäckig.

Der australische Premier steht also in Nibelungen-

treue zu seinem Hua Guofeng gegebenen Versprechen, Pol Pot zu unterstützen.

Die australische Presse konstatiert, daß sich Fraser nicht zum ersten Mal für Peking entscheidet. So war es, als er (ohne Konsultation mit dem eigenen Außenministerium) die Einstellung der Wirtschaftshilfe für Vietnam anordnete und später die Tests der chinesischen Interkontinentalraketen billigte. Offenbar liegt die Freundschaft mit Peking Fraser mehr am Herzen als sein eigenes Volk.

L. MLETSCHIN

BLAUE NOSTALGIE

„Das iranische Volk wird die Rückkehr des Kronprinzen und die Wiederherstellung der Monarchie begrüßen. Und ich meine, daß der Aufstand von Menschen im Lande durchgeführt werden wird, die eine Generation jünger sind“, ließ sich die Nichte des Schahs, Prinzessin Azadeh, in einem Interview vernehmen. Der „Thronfolger“ Prinz Resa, der in diesem Jahr volljährig wird, wolle „als Schah in den Iran zurückkehren — je schneller, desto besser.“

Das war selbst für abgebrühte westliche Journalisten eine Überraschung. Hat ja nach dem Tod des Schahs seine zahlreiche Sippschaft mit der Aufstellung diverser Gruppierungen begonnen, wobei sie ihren Anhängern in der Hoff-

nung auf Rückkehr nach Teheran das große Geld versprach. Der britischen „Sunday Times“ zufolge stellt Schahgeneral Oveisi (genannt der „Henker von Teheran“ wegen seiner brutalen Repressalien) eine Truppe von „Hiwis“ auf. Sie soll von einigen Staaten des Persischen Golfs aus Invasionsversuche gegen den Iran unternehmen. Die Verschwörer wollen einen „Volksaufstand“ im Land anzetteln, um der Monarchie wieder in den Sattel zu helfen.

Mit Hilfe der CIA hatten die Reaktionäre bereits einen militärischen Putschversuch im Iran unternommen. Die Idee ist also nicht neu. Doch ein „Volksaufstand“ zur Restaurierung des Schahregimes? Das iranische Volk, das den verhaßten Diktator verjagt hat, wird dessen Epigonen nicht dulden.

D. SGERSKI

DIE DRAHTZIEHE

Politische Morde, Sprengstoffanschläge, Raubüberfälle, Kidnapping, blutige Zusammenstöße, Armee-Patrouillen mit aufgepflanztem Bajonett, Schützenpanzerwagen auf den Straßen der Städte — so sieht es heute in der Türkei aus. Pressemeldungen zufolge wurden allein in den letzten sieben Monaten d. J. 1850 Personen, fast 800 Menschen mehr als im ganzen Vorjahr von Terroristen ermordet. 20 Provinzen des Landes stehen schon viele Monate unter Kriegsrecht. Doch der Terror aber nimmt zu. Wer steht hinter dieser Gewaltorgie?

Terroristen der profaschistischen „Grauen Wölfe“. Ungeniert demonstrieren sie ihre Ansichten und ihre Bereitschaft, jeden Augenblick loszuballern.

Foto: „Stern“ (BRD)



schule Frankreichs, exzerzieren in einem Manöver bei Coëtquidan diverse Sandkastenreihen durch. Das Foto aus „L'Humanité“ zeigt eine Gruppe von Kadetten, denen hierbei die Rolle des „Gegners“ zugewiesen wurde. Auf dem Helm findet sich ein Sowjetstern mit den russischen Buchstaben UdSSR.

Einigerzeit war die von General de Gaulle gegründete Militärdoktrin Frankreichs nicht in einen bestimmten Staat gerichtet, sondern sah eine „Verteidigung nach allen Aziens“ vor.

Nach de Gaulle wollten gewisse Kreise wiederholt diese Doktrin „modernisieren“ — dann traten immer wieder die alten proatlantischen Konzeptionen zutage, denen zufolge die „Bedrohung“ nur vom Osten ausgeht.

Jetzt möchten einige Politiker erneut die antizösischen Kanonen gen Osten richten, was der Pariser Presse eine erbitterte Polemik gelöst hat. Streit hin, Streit her — in Coëtquidan aber zog man ins Manöver.

L. NIKOLAJEW

Mord an fünf Personen zum Tode verurteilt wurden waren, aus dem streng bewachten Militärgefängnis von Ankara fliehen.

Eine derartige „Sorglosigkeit“ der Sicherheitsorgane nimmt sich als Teil eines Gesamtplans zur Unterdrückung der demokratischen Freiheiten im Lande aus, auf den die einheimische und die ausländische Reaktion setzt.

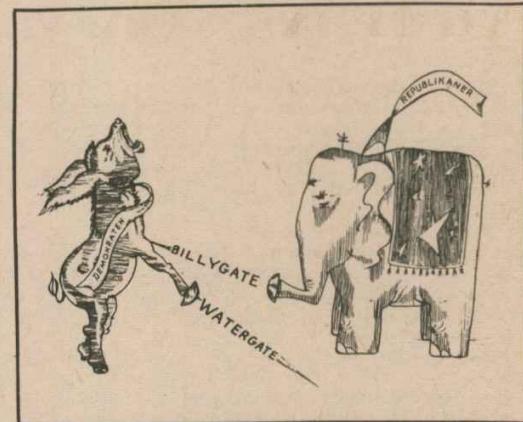
J. MILOWANOW



DIE ANGST DER FLORA LEWIS

Die amerikanische „Journalistin“ Flora Lewis traf in Moskau eine Landsmännin, die als Touristin zur Olympiade gekommen war. Die alte Dame aus Phoenix (Bundesstaat Arizona) sagte, „nach ihrer Rückkehr werde sie ihren Freunden viel zu erzählen haben“. Sie sagte, in der Sowjetunion sei es „großartig“ gewesen und „ganz anders, als sie es sich vorgestellt hatte“. Dort herrschte „viel Freiheit. Die Russen sind Menschen, nicht die Monster, von denen wir hören.“

Die Äußerungen brachten Flora Lewis auf die Palme. „Die Lady aus Phoenix war ein Beispiel dafür, wie leicht Amerikaner überlebende Schlüsse ziehen und wie vertrauensselig sie gegenüber anderen sind, indem sie alles für bare Münze nehmen“, empörte sich Mrs. Lewis in der „New York Times“. Um ihrer Gesprächspartnerin aus Arizona die Augen zu öffnen, schrieb die „Journalistin“: „Die sowjetischen Behörden haben tatsächlich enorme Anstrengungen unternommen, um den Olympiadegästen ein gutes Image zu zeigen.“ Doch um welchen Preis?



Schlag auf Schlag

Zeichnung: I. Gapotschka

Sie „haben nicht nur die ‚Anderdenken‘, sondern auch die Kinder, die ja schwer zu kontrollieren sind, aus Moskau fortgeschafft.“

Natürlich wäre es völlig sinnlos, sich mit Mrs. Lewis auf eine Polemik einzulassen. Ja, die Angst läßt der Phantasie Flügel wachsen... Und Flora Lewis zittert vor Angst. Stürzt ja vor ihren Augen der so mühsam errichtete Informationsdamm gegen die UdSSR zusammen. Hunderttausende aus aller Welt haben selbst gese-

hen, wie die sowjetischen Menschen leben, haben sich von deren Friedensliebe und Gastfreundschaft überzeugen können. Von nun an dürfte es schwerer sein, die Sowjetunion zu verleumden und das Märchen von der „sowjetischen Bedrohung“ zu verbreiten, ohne das viele militärisch-strategische Konzeptionen Washingtons völlig hilflos werden. Mrs. Lewis und ihre gesuchten wird der Brotkorb etwas höher gehängt.

G. SERGEJEW

DER BOCK ALS GÄRTNER

Man sollte den Bock nicht zum Gärtner machen. Auch sollte man dem Wolf in Großmutter's Haube nicht vertrauen. Und man sollte auch Herrn Strauß nicht die Erfüllung des Moskauer Vertrages von 1970 anvertrauen.

Dieser Tage ließ Strauß anlässlich des 10. Jahrestages des Moskauer Vertrages verlauten, die CDU/CSU werde nach einem Wahlsieg versuchen, aus schlechten Verträgen gute zu machen.

Das ist etwas Neues in der Wahlkampf demagogie der Unionschristen. Früher hieß es noch, man wolle sich strikt an die mit den sozialistischen Staaten geschlossenen Verträge halten. Jetzt aber meint der Kandidat allen Ernstes, er könne Verträge „aufbessern“, die allgemein Anerkennung gefunden haben und ein festes Element des Friedens in Europa geworden sind.

Ein kühnes, doch aussichtsloses Unterfangen — ist ja das, was für Strauß gut ist, schlecht für Europa.

A. KOSSENKO

SOZIOLOGISCHE UMFRAU



„Ich hätte gern Ihre Meinung über die Pläne unserer Regierung zur Reform der steuerbegünstigten Vermögensbildung gehör!“

Aus der „Frankfurter Rundschau“

FÜR GERECHTE INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Oleg BOGOMOLOW, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR,
Direktor des Wirtschaftsinstituts des sozialistischen Weltsystems

Wie kompliziert und widerspruchsvoll die internationale Entwicklung auch sein mag, gewinnt der soziale Fortschritt der Menschheit unablässig an Breite und Tiefe. Der Sozialismus festigt und erweitert seine Positionen weiter. Die Siege der nationalen Befreiungsbewegung eröffnen Ländern, die die Unabhängigkeit erkämpft haben, neue Horizonte. Die Werktäglichen führen immer breitere Klassenkämpfe gegen die Monopole und die Ausbeutung.

Zu den bemerkenswertesten Formen dieses Prozesses gehört heute der Kampf für die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Sie ist seit langem fällig und objektiv herangereift. Im Rechenschaftsbericht auf dem XXV. Parteitag der KPdSU sagte Leonid Breschnew: „Heute steht bereits fest, daß die freigewordenen Länder angesichts des gegenwärtigen Verhältnisses der Klassenkräfte in der Welt durchaus imstande sind, dem imperialistischen Diktat die Stirn zu bieten und gerechte, d. h. rechtsgleiche Wirtschaftsbeziehungen zu erkämpfen.“

Den Prinzipien des Internationalismus und der Solidarität der Werktäglichen getreu, unterstützen die sozialistischen Länder die gerechten Forderungen der Entwicklungstaaten nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Diese Unterstützung ergibt sich aus der eigentlichen Natur des Sozialismus, dem ungleichen Beziehungen und die Unterdrückung der einen Länder durch andere wesenfremd sind.

Die KPdSU betrachtet eine solche Unterstützung als einen Bestandteil des Friedensprogramms, das auf dem XXIV. Parteitag unterbreitet und auf dem XXV. Parteitag weiterentwickelt wurde. Ein Punkt dieses Programms lautet: „Für die Abschaffung der Diskriminierung und jeglicher künstlicher Hindernisse im internationalen Handel, für die Liquidierung aller Erscheinungsformen der Nichtgleichberechtigung, des Diktats und der Ausbeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen eintreten.“

Der prinzipielle Standpunkt der RGW-Länder zur Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage ist in ihrer Gemeinsamen Erklärung dargelegt, die 1976 der IV.

UNCTAD-Konferenz vorgelegt wurde. Im selben Jahr gab die Sowjetregierung eine Erklärung zu diesen Fragen ab. Sie wurden auf der XXX. RGW-Tagung (Berlin 1976) erörtert. In einem Beschuß der Tagung heißt es, daß die RGW-Länder das rechtmäßige Streben der Entwicklungsländer nach Erreichung und Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit restlos unterstützen und entschlossen zur Realisierung der Ziele beitragen werden, die die UNO-Vollversammlung gesetzt hat und die in der Deklaration über die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, im Aktionsprogramm und in anderen UNO-Dokumenten umrissen sind. Diese Prinzipien wurden auf der XXXIV. RGW-Tagung bekräftigt, die erneut zeigte, daß sich die sozialistischen Länder voll über die große Verantwortung klar sind, die die Geschichte der neuen Gesellschaftsordnung bei der Lösung der globalen Probleme der Gegenwart auferlegt hat.

Die Weltwirtschaft und ihre Widersprüche

Die weltweite Arbeitskooperation und -teilung sind Ergebnis eines kolossalen Produktionswachstums und des stürmischen technischen Fortschritts von heute. Gegenwärtig sind jeder Staat, seine wirtschaftlichen Potenzen und Perspektiven in höherem oder geringerem Maße vom Funktionieren der gesamten Weltwirtschaft abhängig. Einzelne Staaten können ohne Bindungen mit ihr praktisch nicht existieren. Deshalb bewegen diese Probleme ebenso wie der Umweltschutz die ganze Menschheit.

Je mehr sich der Austausch von Waren und Technologien zwischen den Ländern erweitert, die internationale Kapitalwanderung intensiviert und die Industrie internationalisiert, desto bemerkbarer machen sich die Anzeichen einer gefährlichen Krankheit, die an der kapitalistischen Wirtschaft zehrt. Deren Mechanismus kann akute Probleme nicht mehr bewältigen: die Kluft zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, den wertungleichen internationalen Austausch, die Inflation und Währungsentwertung, den Mangel an Rohstoffen,

Energieträgern und Nahrungsmit- teln. Nicht alle Länder haben die gleichen Möglichkeiten, von den jüngsten Erkenntnissen des wissen- schaftlich-technischen Fortschritts Gebrauch zu machen. Die Ursache all dessen sind die in der Weltwirtschaft noch vorherrschenden Aus- beutungszustände sowie die verant- wortungslose, egoistische Politik der führenden imperialistischen Mächte und der internationalen Monopole.

Die positive Wirkung des Weltsozialismus auf die Weltwirtschaft wird stärker. Aber die Anstrengungen der sozialistischen Länder allein reichen noch nicht aus: Ihr Anteil am gesamten Austausch der Welt macht vorläufig etwa 10% aus.

Ein chronisches Leiden der Weltwirtschaft ist der sich zuspitzende Konflikt zwischen den westlichen Industrieländern und der Entwicklungswelt. Er röhrt daher, daß sich die kapitalistischen Industriestaaten die Vorteile des modernen technischen Fortschritts zunutze machen, während die Völker der Entwicklungsländer die Kosten dafür tragen müssen.

Die zu niedrig festgesetzten Preise für Treib- und Rohstoffe sicherten den westlichen Mächten jahrzehntelang ein relativ hohes wirtschaftliches Wachstumstempo und senkten ihre Aufwendungen für die Reproduktion. Berechnungen liegen vor, denen zufolge von den 200 Md. Dollar, welche die Verbraucher in den Industrieländern Anfang der 70er Jahre für die importierten Treib- und Rohstoffe im Jahr zahlten, deren Produzenten und Exporteure, d. h. die Entwicklungsländer, nur 30 Md. bekamen. Der Löwenanteil wanderte in die Tresore internationaler Monopole.

Die weltweite Energiekrise von Mitte der 70er Jahre veranschaulichte, daß das heutige System der Lieferungen von Energie und Rohstoffen aus den Entwicklungstaaten in die kapitalistischen Länder äußerst ungerecht ist. Deren Wirtschaftswachstum ist unmöglich, wenn ihnen nicht die mangelnden Ressourcen von außen zufließen (sie besitzen nur 10% der Weltvorräte an Erdöl, 2% der an Gas und relativ kleine Vorräte an den wichtigsten Bodenschätzten). Trotzdem sind sie nicht gewillt, ihre Beziehungen zur dritten Welt als eine für beide Seiten

gleich nützliche Zusammenarbeit zu gestalten. Der ausbeuterische Charakter dieser Beziehungen wird auch infolge einer protektionistischen Politik des Großkapitals aufrechterhalten. Das ungünstige Verhältnis zwischen Export- und Importpreisen hat ein kolossales Defizit in den Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer, die nicht zur OPEC gehören, bewirkt. Zwischen 1974 und 1978 stieg es von 24 auf 38 Md. und hat sich bis 1980 Schätzungen zufolge verdoppelt. Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer haben die schwindelerregende Höhe von 350 Md. Dollar erreicht. In einigen Fällen verschlingen die Profite ausländischer Investoren und die Tilgung von Schulden und Kreditzinsen ein Drittel der Exporteingänge eines Staates.

Eine wichtige Form der Ausbeutung der Entwicklungstaaten ist ihre Unterwanderung durch Auslandskapital. Allein die direkten Investitionen des Westens in diesen Ländern erreichen heute ca. 100 Md. Dollar. Nur die größten Kapitalexporteure — die USA, Großbritannien, die BRD, Frankreich und Japan — investierten 1960—1976 in den Entwicklungsländern 54 Md. Dollar. Diese Mittel wurden verwendet, um erstens die Wirtschaftsstruktur dort wenigstens etwas zu modernisieren und den heutigen Bedürfnissen der kapitalistischen Weltwirtschaft anzupassen und zweitens einige Produktionen, die in den Industrieländern große Kosten verursachen, in diese Region zu verlegen.

Eine solche Wirtschaftsexpansion des Imperialismus ist sehr gefährlich für die jungen Staaten. Die Zunahme der Produktionskapazitäten der westlichen Monopole in den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern schränkt die nationale Kontrolle über die Wirtschaft ein. Typisch für die dort angelegten Betriebe des Monopolkapitals ist ein unvollständiger Produktionszyklus. Im Ergebnis werden die Entwicklungsländer zu einem Anhänger der kapitalistischen Produktion, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit nimmt noch zu, wenn auch auf anderer technologischer Grundlage als früher.

Die wachsende Besorgnis über die bestehende Weltwirtschaftsordnung, die den Lebensinteressen vieler Länder und Völker zuwiderläuft, war denn auch der Grund für die Vorschläge zu ihrer Umgestaltung.

Gerechte Forderungen

Das von den Entwicklungsländern vorgeschlagene Programm für die neue Weltwirtschaftsordnung läuft auf zwei Hauptforderungen hinaus: 1. die volle Souveränität über die eigenen Naturreichtümer und die Wirtschaftstätigkeit zu errichten und diese Reichtümer zur Überwindung der Rückständigkeit zu benutzen und 2. einen internationalen Mechanismus zu schaffen, der die

Gewinne aus dem internationalen Austausch zugunsten der wirtschaftlich rückständigen Staaten umverteilen würde. Die Bewegung für eine solche Umgestaltung trägt antiimperialistischen, allgemeindemokratischen Charakter. Sie setzt sich keine radikalen Ziele, die den Rahmen des Kapitalismus als System sprengen würden; in erster Linie geht es ihr darum, die schlimmsten Formen der ökonomischen Ausbeutung zu beseitigen und zu erreichen, daß eine internationale demokratische Kontrolle über die wichtigsten Warenpreise, das Währungssystem und die Tätigkeit der transnationalen Monopole eingeführt sowie die finanzielle und technische Hilfe für die jungen Nationalstaaten erhöht wird. Die Befriedigung dieser Forderungen wäre ein wesentlicher Fortschritt im Vergleich zum heutigen System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung fügt auch den sozialistischen Ländern einen beträchtlichen Schaden zu. Jährlich verlieren sie bei ihren Beziehungen zur nichtsozialistischen Welt bis zu Hunderten Millionen Dollars, weil sich die kapitalistischen Währungen entwerten, eine diskriminierende Handels- und Kreditpolitik betrieben wird, kapitalistische Partner Bankrott machen und die Zahlungen einstellen, Beschränkungen für den Erwerb neuester Technik und Technologie eingeführt, periodisch Embargos und Verbote praktiziert werden und sich das Verhältnis von Export- und Importpreisen ungünstig gestaltet.

Deshalb kann sich die Umgestaltung der Weltwirtschaft nicht mit den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Staaten, die sich von der Kolonialunterdrückung befreit haben, erschöpfen. Ein lebensfähiges Weltwirtschaftssystem ist undenkbar, wenn die Interessen der sozialistischen Länder nicht berücksichtigt werden.

Die Demokratisierung des Weltwirtschaftssystems erfordert, daß die Ost-West-Beziehungen restlos normalisiert und folgende Erscheinungen beseitigt werden: künstliche Einschränkung der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, Handelsdiskriminierung aus politischen und ideologischen Gründen, Deformation der internationalen Arbeitsteilung infolge der Politik der Westmächte und ihrer Wirtschaftsgruppierungen. Nach Ansicht der sozialistischen Länder muß die Konzeption der neuen Weltwirtschaftsordnung auch diese Forderungen beinhalten.

Die internationale Arbeitsteilung und Zusammenarbeit im RGW zeigen, wie die Probleme, um die es der Bewegung für eine neue Weltwirtschaftsordnung geht, planmäßig und gerecht gelöst werden können. So sind im Rahmen des Rates Maßnahmen für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Förderung jener Mitgliedsländer (Vietnam,

Mongolei, Kuba) vorgesehen, die ähnliche wirtschaftliche Aufgaben zu lösen haben wie auch viele Entwicklungsstaaten. Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit verfolgt aufmerksam diese realen Erfahrungen der Wirtschaftsbeziehungen, die auf der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe beruhen.

Die Länder des Sozialismus unterstützen die Entwicklungstaaten in der Frage der neuen Weltwirtschaftsordnung und betonen, daß die genannten Ziele nicht erreicht werden können, wenn nicht zugleich für fortschrittliche soziale Umgestaltungen und die Aufbietung der inneren wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten gekämpft wird. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder sind entschiedene Gegner diverser Projekte für eine weltweite Umverteilung der Reichtümer, denn solche Utopien lenken die Völker der Entwicklungstaaten von den aktuellen Aufgaben im Kampf für ihre nationale und soziale Befreiung, für eine maximale Nutzung der inneren Möglichkeiten des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts ab. Die übermäßige Akzentuierung der äußeren Entwicklungsfaktoren kann so wichtig sie auch sind, die Illusion hervorrufen, daß die Rückständigkeit überwunden und eine moderne selbständige Wirtschaft geschaffen werden könne, wenn nur mehr Ressourcen aus anderen Staaten kämen und ein freierer Zugang zu ihren Märkten möglich wäre. Die wichtigsten Entwicklungsimpulse müssen nicht von äußeren Faktoren, sondern von den inneren Erfordernissen eines Landes ausgehen. Aber günstige äußere Bedingungen können die Überwindung der Rückständigkeit und die Schaffung einer modernen Volkswirtschaft natürlich bedeutend erleichtern und beschleunigen. In der Herbeiführung solcher Bedingungen sehen die sozialistischen Länder die Hauptaufgabe der Bewegung für die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die imperialistischen Mächte können diese Bewegung selbstverständlich nicht ignorieren. Aber sie lavieren und ergehen sich in Spekulationen, um nicht wirklich zur Lösung der brennenden Probleme beizutragen. Ab und zu erklären sich diese Mächte sogar bereit, den Entwicklungstaaten gewisse Zugeständnisse zu machen, nur dürfen diese die Grundlagen der bestehenden Ordnung nicht antasten.

Um eine Sackgassensituation herbeizuführen, versuchen die größten kapitalistischen Länder, die Entwicklungstaaten und die sozialistische Welt gegeneinander auszuspielen. Demagogisch reden sie von der allgemeinen Solidarität und gleichen Verantwortung aller Staaten für die schwere Lage in der dritten Welt. Dabei ist wohlbekannt, daß die Schuld dafür den Imperialismus und sein System der Ausbeutung und Kolonialunterdrückung trifft.

Der Westen versucht, die Verantwortung von sich zu weisen, mehr

noch, die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen andere Länder bezahlen zu lassen. So wird in dem Bericht an den Club of Rome „Umgestaltung der internationalen Ordnung“ und in einigen anderen ähnlichen Dokumenten, z. B. in der unter Leitung des USA-Ökonomen W. Leontief vorbereiteten Studie „Zukunft der Weltwirtschaft“ oder einem Bericht der Kommission Willy Brandts, der Gedanke vertreten, daß der Fortschritt der Entwicklungsländer in entscheidendem Maße von der Lage in den Hauptzentren der kapitalistischen Welt abhängt, weshalb eine Schwächung dieser Zentren nicht zugelassen werden dürfe. In einigen Studien wird zwar die Hoffnung ausgesprochen, daß die kapitalistischen Länder ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern durch gewisse Zugeständnisse stufenweise normalisieren könnten. Aber in ihrer Praxis halten sich die imperialistischen Staaten nach wie vor an einen expansionistischen Kurs.

Noch W. I. Lenin stellte treffend fest: Die bürgerlichen Politiker „reden von der nationalen Befreiung... und lassen die ökonomische Befreiung im Hintergrund. In Wirklichkeit aber ist ebendiese die Hauptsache.“

Konstruktive Position des Sozialismus

Wie die Analyse der Hauptthesen im Programm der Entwicklungsländer für die Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung zeigt, gleichen sie mit wenigen Ausnahmen der Position der sozialistischen Länder, auf jeden Fall widersprechen sie nicht ihrer Sicht auf den Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Das gilt für folgende Punkte des Programms: das uneingeschränkte Recht auf Verfügung über die nationalen Reichtümer bis zur Verstaatlichung des Eigentums von Auslandsmonopolen; Festsetzung stabiler Preise für die exportierten Roh- und Treibstoffe, darunter das Prinzip der automatischen Erhöhung dieser Preise proportional zum Preisanstieg bei Fertigerzeugnissen; Anlegung eines Pufferstocks zum Ausgleichen von Schwankungen bei Nachfrage und Angebot; Erweiterung des Zutritts traditioneller Waren und neuer Industrieerzeugnisse aus der dritten Welt zu den Märkten der Industrieländer; Schaffung neuer Kanäle für die Übermittlung von Technologien und Regulierung der Tätigkeit der transnationalen Konzerne; Reform des internationalen Handels- sowie Währungs- und Finanzsystems.

Die Realisierung dieser Forderungen stößt jedoch auf den Widerstand der imperialistischen Mächte. Sobald die kardinalen Probleme der Regulierung der Weltwirtschaftsbeziehungen aufs Tapet kommen, beziehen sie Rundumverteidigung. Das war der Fall auch auf der vor kurzem abgehaltenen III. UNIDO-Generalkonfe-

renz, die über die Industrialisierung der Entwicklungsländer und die internationale industrielle Zusammenarbeit beriet. Im Unterschied zur negativen Position der westlichen Delegierten brachten die Vertreter der sozialistischen Länder den Erfordernissen der Entwicklungsländer Verständnis entgegen und unterstützten deren Programm.

Zugleich sehen die sozialistischen Länder, daß die Einstellung der Entwicklungsländer zur neuen Weltwirtschaftsordnung gewissermaßen widersprüchlich und eng ist. So sind die sozialistischen Länder nicht damit einverstanden, daß an alle Industriestaaten, welcher Gesellschaftsordnung auch immer, gleiche Ansprüche gestellt werden. Eine solche Haltung verwischt den grundsätzlichen Unterschied zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten und enthebt die letzteren der Verantwortung für die koloniale Vergangenheit und die heutigen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer. Das betrifft u. a. die Forderung, den Entwicklungsländern ihre Schulden zu erlassen und ihnen an Hilfe einen festen Anteil des Bruttosozialproduktes der Industrieländer zu gewähren.

Nicht unbeachtet bleiben darf auch, daß die zunehmende Differenzierung der Entwicklungsländer in der Politik einiger von ihnen Elemente des Pragmatismus, Tendenzen zum Paktieren mit dem Imperialismus verstärkt und zu Versuchen führt, auf die sozialistischen Länder Druck auszuüben, vor allem in bezug auf den Umfang der Hilfe.

Die kapitalistischen Mächte pumpen aus den Entwicklungsländern viel mehr Mittel heraus, als sie ihnen in Form von Hilfe gewähren. Die Hilfe des Westens, der übrigens die Forderung, für diese Zwecke 0,7% des gesamten Bruttosozialproduktes bereitzustellen, ablehnt, kann und muß vergrößert werden. Dazu verpflichten ihn die historische Verantwortung und die Ausmaße, in denen die Ressourcen der Entwicklungswelt durch die imperialistischen Staaten ausgebeutet werden. Die sozialistischen Länder haben nie andere Völker geplündert und ziehen heute keine einseitigen Vorteile aus ihren Beziehungen zu ihnen. Deshalb können sie es nicht als ihre „moralische Pflicht“ erachten, den Entwicklungsländern als Hilfe einen festgesetzten Teil ihres Nationalproduktes zuzuführen.

Selbstverständlich bleibt das Bündnis mit der nationalen Befreiungsbewegung, die größtmögliche Unterstützung der jungen Nationalstaaten bei der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der Sicherung des sozialen Fortschritts ein wichtiges Anliegen der Außenpolitik der sozialistischen Länder. Im Rahmen dieser Politik erweisen sie 90 jungen Nationalstaaten wirtschaftliche und technische Hilfe, übergeben ihnen modernes Know-how, gewähren ihnen Kredite und helfen bei der Ausbildung nationaler Experten und

Fachleute. Allein 1979 schlossen die RGW-Länder mehr als 100 langfristige Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit 39 Entwicklungsländern. Gegenwärtig werden dort unter Beteiligung von RGW-Ländern ca. 1400 Industriebetriebe und sonstige volkswirtschaftliche Objekte gebaut, über 3000 weitere sind schon in Betrieb. Vielfach werden solche Objekte zum Kernstück einer modernen nationalen Wirtschaft. Wiederholt erklärten sich die sozialistischen Länder bereit, die Entwicklungshilfe zu vergrößern, besonders wenn es gelingt, einen Fortschritt bei der Abrüstung zu erzielen und die Militärbudgets zu kürzen.

In Realisierung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration bauen die RGW-Länder ihre Zusammenarbeit mit Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aus. Die langfristigen Zielprogramme der Zusammenarbeit bei der Befriedigung des begründeten Bedarfs der RGW-Länder an Treibstoffen, Energie, Rohstoffen, Nahrungsmitteln und den wichtigsten Industrieausstattungen sehen eine Beteiligung von Entwicklungsländern an Integrationsmaßnahmen vor, wenn diese Staaten es für vorteilhaft erachten. Solche Programme eröffnen umfassende Perspektiven für beständige Geschäftsbeziehungen auf der Basis der Arbeitsteilung, der gegenseitigen Ergänzung von Produktionsstrukturen, der Anwendung vollkommener Formen des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenwirkens.

Wie die Praxis der letzten Jahre zeigt, wird der wirtschaftliche Beitrag der sozialistischen Länder für die Entwicklungsländer effektiver, wenn er nicht nur zur Anlegung einzelner Industrie-, Transport- und anderer Objekte, sondern hauptsächlich für die Entwicklung territorialer Industrie- und Agrar-Industrie-Komplexe mit vielen Produktionszweigen erwiesen wird. Solche Komplexe bilden die Grundlage der nationalen Wirtschaft in den Entwicklungsländern und modernisieren die Struktur ihrer Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern.

Die auf Gleichberechtigung und Gerechtigkeit beruhenden Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern widerspiegeln die Gemeinsamkeit ihrer Interessen im Kampf gegen den Imperialismus und Neokolonialismus. Diese Beziehungen werden sich auch künftig erweitern und vertiefen und den schon beginnenden Übergang zu einer neuen Organisation der Weltwirtschaft veranschaulichen. Zweifellos wird der im Februar 1981 bevorstehende XXVI. Parteitag der KPdSU die Probleme der Beziehungen der UdSSR zu den jungen Staaten tief und allseitig behandeln und neue Phasen in der gleichberechtigten und für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit mit ihnen vormerken.

VERFAHRENE POLITIK

Dmitri WOLSKI

Die Meldungen der westlichen Presse, daß die USA mit Somalia die Benutzung von Militärstützpunkten in diesem Land vereinbart haben, ist kaum sensationell. Davon ist schon lange die Rede, und der Kuhhandel zwischen dem Pentagon und der Führung Somalias war nicht so sehr politisch wie kommerziell. Der Presse zufolge, verlangte das Regime Barres noch im Frühjahr viel mehr dafür, als die amerikanischen Sammler von Militärstützpunkten zu zahlen einwilligten. Es heißt, sie haben sich auf 40 Mio Dollar im Jahr geeinigt, nicht viel, wenn man bedenkt, daß der Hafen Berbera und die anderen Militärobjekte in Somalia eine potentielle Stütze des strategischen Dreiecks sind, das das Pentagon im Vorgelände der Ölgebiete auf der Arabischen Halbinsel und am Persischen Golf zusammenbastelt.

Eine Ecke, auf der das ganze System ruht, ist die Insel Diego Garcia im Indik, die zweite das arabische Sultanat Oman, das den US-Militaristen bereits die Insel Masira zur Verfügung gestellt hat, und die dritte bilden die Objekte in Somalia, die deshalb so wichtig sind, weil sie in der Nähe der Bab-el-Mandeb-Straße zwischen dem Roten Meer und dem Indik liegen. Außerdem gedenkt das Pentagon, wenn es erst Stützpunkte in Somalia hat, eine Kette seiner Positionen über Kenia nach der rassistischen RSA zu spannen.

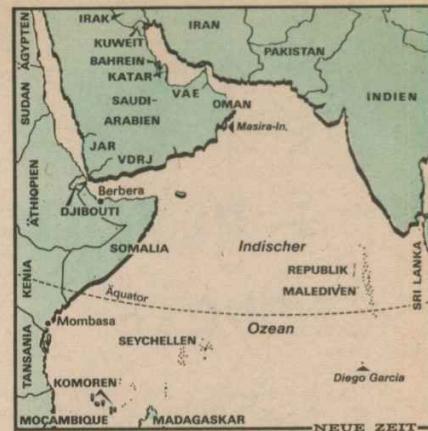
Dann wäre der Indik im Westen abgesperrt, während im Osten schon lange versucht wird, ihn strategisch durch die 7. Pazifikflotte, den ANZUS-Block und die US-Stützpunkte auf den Philippinen und in Australien abzusperren. Es sei daran erinnert, daß die USA sich jetzt beeilen, ihre Stellungen in dieser Zone auszubauen, wobei sie sich vor allem auf die Hilfe Pekings orientieren.

Da ist es nicht weiter verwunderlich, daß in der Anfang August abgehaltenen Sondertagung des UNO-Komitees für den Indik, auf der über eine Umwandlung dieses Raums in eine Friedenszone debattiert wurde, der US-Vertreter eine ablehnende und sogar herausfordernde

Haltung annahm. Er erklärte rundheraus, die USA würden immer Flugzeugträger und andere strategische Stoßkräfte im Indik halten. Mit dieser ostentativen Offenheit wollte er anscheinend Eindruck auf die Entwicklungsländer im Indik machen: Sollten sie nur sehen, wie fest und sicher man nach der Gesundung vom „Vietnam-Syndrom“ sei...

Gewiß, man kann versuchen, über das Syndrom hinwegzukommen, indem man eine der wichtigsten Lehren aus der Nachkriegsgeschichte vergißt. Die Geschichte läßt aber ihre Lehren rekapitulieren, wenn sie nicht beherzigt worden sind. Das haben eindeutig die Geschehnisse im Iran gezeigt, wo Washington, wie viele finden, eine ebenso bittere Lehre wie in Vietnam hat einstecken müssen. Da und dort zeigte sich die Unhaltbarkeit der imperialistischen Politik der USA, die den tiefgreifenden sozialen Wandlungen in den Entwicklungsländern nichts als Panzer und Flugzeugträger entgegenzusetzen haben. Davon zeugen auch die jetzigen militärischen Aktivitäten der USA im Indik.

Es fragt sich, gegen wen sie gerichtet sind. Gegen eine „sowjetische Expansion“, heißt es immer. Aber halbwegs ernstzunehmende Leute selbst am rechten Flügel im Westen wissen sehr wohl, daß diese „Expansion“ nur in der überhitzen Phantasie professioneller Antisowjetschiks existiert. Nichts kann mehr über die wahren Ursachen der politischen Stürme hinwegtäuschen, die über das Indikbecken hinwegbrausen, wo jetzt über eine Milliarde Menschen leben und es schnell mehr werden. Die Stürme werden ausgelöst von inneren sozialen, psychologischen und demographischen Prozessen. Die Kinder und Enkel derer, die das Elendsdasein entrechteter Sklaven fristeten, sind fest entschlossen, ihr Los zu ändern. Sie wissen keineswegs immer, wie und was dazu nötig ist. Aber sie wissen sehr wohl, was sie daran hindert. Die Schattenrisse der amerikanischen Kriegsschiffe am Horizont können die Empfindungen nur noch verstärken, die sich jetzt z. B. bei Demonstrationen



in Teheran Luft machen und die morgen...

Gewiß, manche Sultane und Präsidenten hoffen, mit Hilfe der amerikanischen „militärischen Präsenz“ ihre Macht abzusichern. Doch solche durch die Politik Washingtons geweckten Hoffnungen sind gefährlich, nicht zuletzt für dieses selbst: Den USA droht, in Konflikte innerhalb der Entwicklungsländer hineingezogen zu werden, und auf Seiten jener sozialen und politischen Kräfte, über die die Geschichte schon den Stab gebrochen hat.

Und noch eine Gefahr ist erkennbar. Die militärische Präsenz der USA kann direkt bewaffnete Konflikte zwischen Entwicklungsländern auslösen, weil sie die „Klienten“ Washingtons zur Aggressivität aufreizt. Es ist doch bestimmt kein Zufall, daß sich die Spannungen an der Grenze zwischen Somalia und Äthiopien Ende Juli gesteigert haben. Die „Washington Post“ hatte lange vorher, im April schon, gewarnt, der für seine Inkonsistenz bekannte Präsident Somalias könne die USA in einen afrikanischen Krieg verstricken.

Wir fügen hinzu: Das ist auch anderwärts nicht ausgeschlossen, besonders dort, woher der Westen Erdöl bezieht. Wenn etwas die Lieferungen an Öl und anderen Mangelrohstoffen aus den Indikländern an die westlichen Industriestaaten zu gefährden vermag, so die strategischen Drei- und sonstigen Ecken, die das Pentagon konstruiert, um das System der neokolonialistischen Ausbeutung der Entwicklungsländer aufrechtzuerhalten. Folglich hat sich dieses System längst überlebt, wenn sogar die Politik, die diesem System dienen soll, endgültig verfahren ist.

WER DIE REVOLUTION STOPpte

Bücher über eine wenn auch nicht sehr ferne Vergangenheit ergänzen oft nur die Bibliotheken von Fachwissenschaftlern und bleiben einem weiten Leserkreis unbekannt. Anders ist es einem Buch des bekannten amerikanischen Journalisten Lawrence Lifschultz ergangen. Es heißt „Bangladesh: Die unvollendete Revolution“* und ist im Londoner Verlag Zed Press erschienen. Vor allem in Südasien hat es allgemeines Aufsehen erregt. Der Verfasser, der jahrelang in diesem Raum als Berichterstatter der „Far Eastern Economic Review“ tätig war, berichtet über die tragischen Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Mord an Mujibur Rahman, dem ersten Präsidenten von Bangladesh, und über die verdammenswerte Rolle, die die amerikanische CIA dabei gespielt hat.

Lifschultz weist auf die frappanten Übereinstimmungen zwischen den amerikanischen Regieanweisungen für den Umsturz vom August 1975 in Bangladesh, bei dem Rahman und seine Familie bestialisch getötet und seine nächsten Anhänger eingekerkert wurden, und dem Komplott Robert Clives hin, das 1757 zur Abhängigkeit des Volks Bengalens von Britannien führte. Der Nawab von Bengal wurde von dem Oberbefehlshaber seines Heeres, Mir Jafar, den die Briten bestochen hatten, ausgeliefert. Clive schlug an der Spitze eines 800 Mann zählenden britischen Expeditionskorps in der Schlacht von Plessey das 50 000 Mann zählende Heer des Nawabs. Clive war nicht etwa ein genialer Feldherr, er verstand sich aber auf die Kunst der Bestechung. Durch eine Geheimabmachung zwischen ihm und Jafar war der Ausgang der Schlacht schon zwei Wochen vorher entschieden.

Im August 1975 wiederholte sich die Geschichte. Lifschultz schreibt: „Die Behauptung, sechs niedere Offiziere von Bangladesh hätten mit 300 Soldaten, die gegen Rahmans Po-

litik gewesen seien, allein den Präsidenten gestürzt, ist unwahr.“ Das widerlegte als erster ein englischer Journalist. Bei einem Gespräch mit zwei am Komplott beteiligt gewesenen Majoren Bangladeshs stellte er fest, daß sie „in direktem Kontakt“ mit dem als proamerikanisch bekannten Politiker Khondakar Mustaque Ahmed gestanden hatten, der nach dem ersten Putsch Präsident wurde.

Die Schilderung des Mordanschlags auf Rahman führt uns in das Jahr 1971 zurück. Lifschultz war damals in Kalkutta und sah, wie fiebrhaft US-Agenten Leute suchten, die sich wie Mir Jafar zu Verräterdiensten hergäben. In Ostpakistan führten die Patrioten den Befreiungskampf. Der Volksführer Mujibur Rahman war in einem Kerker Pakistans. Der provisorischen Exilregierung, die von der Partei Awami League (Volksliga) in Kalkutta gebildet worden war, stand Tajuddin Ahmed vor. Da er unbedingt für ein unabhängiges Bangladesh war, konnten ihn die Amerikaner nicht brauchen. Streng geheim nahmen CIA-Leute in Kalkutta Kontakt zur Clique Mustaques, dem rechten Flügel der Awami League, auf.

Ausgehend von Dokumenten der Carnegie-Stiftung, die eng mit den außenpolitischen Spitzen der USA verbunden ist, konnte Lifschultz unumstößlich nachweisen, daß 1971 acht Geheimzusammenkünfte zwischen einem Vertreter des amerikanischen Geheimdienstes in Kalkutta und Mustaques Clique (mit Mabub Alam Chashi und Taheruddin Thakur) stattfanden. Ihr einziges Thema war, wie man die Bewegung für die Unabhängigkeit von Bangladesh spalten und eine Regelung erzielen könnte, bei der eine wirkliche Unabhängigkeit ausgeschlossen und die für den Präsidenten von Pakistan, Yahya Khan, akzeptabel wäre. An diesem waren die USA interessiert, weil er bei Kissingers Versuchen, Kontakt zu China anzuknüpfen, den Mittelsmann machte.

Lifschultz schreibt: „Der Coup von 1971 gegen die Mujibisten sollte

**Bangladesh:
The Unfinished
Revolution**

Lawrence
Lifschultz



schon im Oktober steigen, wenn Mustaque als Außenminister der provisorischen Regierung in New York eintreffen ... würde. Hier sollte er auf eigene Faust und ohne vorherige Ankündigung vorbringen, daß seine Regierung auf eine Teilautonomie Ostpakistans eingehe, und dadurch einen Coup gegen die fortschrittliche Awami-League-Führung in Kalkutta vollbringen. Der Putschversuch schlug fehl, nachdem Tajuddin von den geheimen Zusammenkünften Mustaques mit den Amerikanern erfahren und über ihn Hausarrest verhängt hatte.“

Im Dezember 1971 siegte das Volk von Bengalen. Damals forderten viele, daß Mustaques Gruppe wegen Landesverrats vor Gericht gestellt wird. Davor blieb sie nur durch das energische Eingreifen von CIA-Agenten bewahrt, die in der Liga und in der Regierung hohe Posten bekleideten und tief in den Geheimdienst Bangladeshs eingedrungen waren.

„Den Sieg der nationalen Freiheitsbewegung in Bangladesh sah Kissinger als seine persönliche Niederlage an“, sagte Roger Morris, früher Assistent des Personalchefs des Nationalen Sicherheitsrats. „Die Rückkehr des exilierten und verfolgten Führers Mujibur Rahman war wohl das blamabelste Geschehen in der amerikanischen Außenpolitik.“

Es ist durchaus anzunehmen, daß Kissinger seine Zustimmung zu Mujibur Rahmans Sturz gegeben hat, denn dieser habe ja zu den drei ihm am meisten verhaßten Gegnern der amerikanischen Außenpolitik gehört (die anderen waren Allende und Nguyen Van Thieu). In ihnen sah Kissinger das größte Hindernis für seine geopolitische Diplomatie, und er wäre ohne Zaudern mit dem Sturz der schon schwankenden Regierungen und damit einverstanden gewesen, daß an ihrer Stelle ein Vasallensegime errichtet wird.

Die herrschenden Kreise der USA wollten sich mit der Unabhängigkeit Bangladeshs nicht abfinden und betrieben den Sturz des Regimes von Mujibur Rahman.

„Auf Mujiburs Regime wurde von außen und innen eingewirkt“, heißt es in der indischen Wochenschrift „New Wave“. „Auf ihn drückten die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationale Währungsfonds und die US-Hilfsmission... Die Verschwörer im Inneren taten alles, um das Regime zu unterminieren und den Präsidenten von seinen linken Verbündeten und treuen Kampfgefährten abzuschneiden. Sie schufen Voraussetzungen dafür, daß sein Ansehen beim Volk sinken mußte, ehe sie ihn umbrachten.“

* L. Lifschultz. *Bangladesh: The Unfinished Revolution*. Zed Press. London. 1979.

Beim Erschüttern seines Regimes haben promaoistische Scheinrevolutionäre wie Mohammed Toaha eine große Rolle gespielt. Laut Lifschultz waren sie ihm gefährlichere Feinde als die pakistanische Armee. In den USA war man mit den Leuten von der CIA und mit den ultralinken Gruppierungen zufrieden, die von Peking angespornt wurden. Um Mujibur Rahman nach rechts zu drängen, suchte die CIA im Lande ein Chaos anzustiften und es wirtschaftlich in eine ausweglose Lage zu bringen. Man sorgte für eine stokkende Belieferung der Bevölkerung mit wichtigsten Gebrauchsgütern und suchte das Regime durch Gerüchte zu diffamieren. Das war der erste Akt des Komplotts und des Umsturzes nach CIA-Drehbuch.

Inzwischen rüstete die US-Botschaft in Dakka fleißig zum zweiten Akt. Schleunigst wurde Philip Cherry, der neue CIA-Chef für Bangladesh, aus Indien nach Dakka versetzt. Er trat in Kontakt mit dem Präsidentschaftskandidaten Mustaque und mit Safdar, dem künftigen Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes (NCI) von Bangladesh. Regsamer wurden die CIA-Leute Donald Sheehan, der sich unter Deckung des zweiten amerikanischen Legationssekretärs betätigte und in Dakka das amerikanische Kulturzentrum leitete, und James Meyer, amerikanischer Legationsrat, der von der Internationalen Kommunikations-Agentur (ICA) „abgeschirmt“ wurde und sich ständig mit reaktionären Offizieren, darunter dem ehemaligen Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Vizemarschall Mahmood, traf. Damals gingen der CIA folgende Personen ins Spionagenetz: Vize-Ministerpräsident Maudud Ahmed, der später als US-Agent den Staatsdienst quittieren mußte; Vize-Ministerpräsident Jamaluddin Ahmed; Informationsminister Habibullah Khan; R. Chowdhury aus Mujibur Rahmans Sekretariat, der aus diesem wegen Verbindung mit dem US-Spion D. Young entfernt wurde.

Wesentliche Zugänge hatte die CIA auch zu den Parteien von Bangladesh. Eifige Helfer waren ihr A. Rahim, der Führer der Demokratischen Islamliga, A. Zahid, Leiter der Nationalen Volkspartei, Rashid Bhuya, ein Führer der Nationalen Sozialistischen Partei, Mizanur Rahman Chowdhury vom rechten Flügel der Awami League u. a. Für die Amerikaner arbeiteten auch der Innenminister Mustafizur Rahman, der Chef der Sonderpolizei A. K. M. Musleuddin und der Chef der Außenspionage und Spionageababwehr M. N. Huda.

Am Beispiel Bangladeshs ist deutlich zu sehen, wie sich die CIA an-

strengt, die Geheimdienste der Entwicklungsländer einzuspannen, um dort den Einfluß der USA zu verstärken, Geheiminformationen einzuholen, Umstürze vorzubereiten und Wühlakte auszuführen, zu denen auch politische Morde gehören. Wo das gelingt, werden die dortigen Geheimdienste für die bestehenden Regimes zu einer Gefahr.

Lifschultz weist in seinem Buch stichhaltig nach, daß Beamte der Geheimdienste mancher Entwicklungsländer zu einem Praktikum nach den USA, z. B. an die Internationale Schule für Polizeidienst, an die Nationalakademie des FBI und an Lehrgänge, gehen. Da werden sie von den heutigen Clives intensiv bearbeitet, zur Zusammenarbeit mit der CIA herangezogen und zu heutigen Jafars gemacht. Nicht wenige von diesen dort gedrillten Leuten haben in Bangladesh am Umsturz vom 15. August 1975 teilgenommen.

Nehmen wir beispielsweise zwei von ihnen, die bei der Agentur für internationale Entwicklungshilfe so ein Praktikum gemacht haben: A. B. S. Safdar und Abdur Rahim. Als in Bangladesh der Befreiungskrieg begann, lernte Safdar gerade in Washington. Er und sein Kommilitone Abdur Rahim, ein Bengale, kehrten mitten im Krieg nach Ostbengalen zurück und schalteten sich in den Kampf der Patrioten von Bangladesh ein. Safdar war bei der Abwehr und Rahim befehligte „Razakars“, die Angst und Schrecken

verbreitenden paramilitärischen Trupps, die friedliche Bengalen zu Hundertausenden niedermetzten. Die beiden Unholde hatten sich in die Regierung Mujibur Rahmans eingeschleust.

Am 15. August 1975 kam durch einen blutigen Umsturz Khondakar Mustaque Ahmed, eine Kreatur der USA, in Bangladesh zur Macht, aber nicht für lange. In den 83 Tagen seiner Präsidentschaft tat der auf den Westen orientierte Politiker alles, um das Land möglichst weit nach rechts zu drängen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit im November 1975 zum Rücktritt gezwungen, wurde er ein Führer der Reaktion und gründete die proamerikanische Partei Demokratische Liga von Bangladesh. Anfang 1977 wurde er wegen staatsfeindlicher Umtriebe festgenommen und bekam für Amtsmißbrauch und Korruption fünf Jahre Haft.

Die gesunden Kräfte der Nation verhinderten, daß Bangladesh ein abhängiger Marionettenstaat wurde. Werden diese Kräfte fähig sein, den gefährlichen Plänen der inneren Reaktion und der Einmischung von außen Widerstand zu leisten? Werden sie imstande sein, die vor neun Jahren begonnene Revolution zu Ende zu führen? Das vorliegende Buch enthält keine Antworten auf diese Fragen. Das entsprechende Kapitel wird das Volk des mit uns befreundeten Bangladesh selbst schreiben.

K. JUSHIN, T. WASSILEW

BIOGRAPHISCHES



Geboren am 11. Januar 1911 in Yamada (Präfektur Iwate) in der Familie eines Fischereiunternehmers. Nach dem College der Fischereiindustrie des Ministeriums für Ackerbau und Forstwirtschaft tätig in der Japanischen Vereinigung der Fischereiunternehmer und in anderen Organisationen der Fischereiwirtschaft.

MINISTERPRÄSIDENT JAPANS DSENKO SUDZUKI

1947 wurde Sudzuki erstmals von der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) ins Parlament gewählt, der er bis 1948 angehörte. Dann trat er zur regierenden Liberalen Partei über (seit 1955 Liberal-Demokratische Partei, LDP), für die er ständig ins Parlament gewählt wurde.

Gehörte einigen Regierungen an, war Minister für Post und Fernmeldewesen, Generalsekretär des Kabinetts, Bildungsminister, Minister für Ackerbau, Forstwirtschaft und Fischerei.

War stellvertretender Generalsekretär und zugleich Vorsitzender des LDP-Leitungsrates. Leitete eine der größten Fraktionen (die des verstorbenen Ministerpräsidenten Ohira).

Am 17. Juli wurde D. Sudzuki auf einer außerordentlichen Parlamentstagung zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Äußerungen D. Sudzukis nach seiner Wahl zum Regierungschef machen deutlich, daß die weitere Festigung der Beziehungen zu den USA Grundlage seiner Außenpolitik bleibt.

Auf seiner ersten Pressekonferenz sprach er davon, Japan müsse die Beziehungen zur Sowjetunion weiterentwickeln, doch verband er diese mit einer Lösung der „Afghanistan-Frage“.

1977 besuchte er als Minister für Ackerbau, Forstwirtschaft und Fischerei zweimal die UdSSR, um Verhandlungen über Fischereifragen zu führen.

CHRONISCHES LEIDEN

Auf einer Beratung der chinesischen Führung sagte Deng Xiaoping, in der Partei hätten sich „sehr schlechte Gewohnheiten eingebürgert“; sie bildeten „eine schlimme eitrige Geschwulst, die jeden Augenblick aufbrechen kann; man muß sie operieren, und sei die Operation noch so schmerhaft“. Unter der Geschwulst meinte Deng Xiaoping das Überhandnehmen von Fraktionen, das charakteristisch ist sowohl für das innerparteiliche Leben als auch für die Tätigkeit des Staatsapparates, angefangen mit dem Staatsrat bis hinunter zu den Kreisbehörden. Kollisionen und Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen politischen Gruppierungen wurden von Mao Zedong vorsätzlich kultiviert und zur Stärkung der eigenen Positionen benutzt. Heute, fast vier Jahre nach seinem Tod, ist der Fraktionskampf die Hauptkrankheit des Pekinger Regimes. Wie gefährlich sie ist, zeigen nicht nur die obigen Worte Dongs, sondern auch zahlreiche Äußerungen der chinesischen Zeitungen, Zeitschriften und Sender. Hier einige davon:

„Am schädlichsten ist, daß der Fraktionskampf die leitenden Kader infiziert hat. Der Kampf der letzten Jahre gegen das Fraktionsunwesen konnte es nicht ausmerzen. Die Fraktionen müssen sich jetzt tarnen, zersetzen die Partei aber nach wie vor. In verschiedenen Orten und Organisationen ist es schon eine chronische Krankheit. Bisweilen unterstützen einzelne Leiter heimlich jene Fraktionen, die ihnen während der Kulturrevolution halfen.“ (Aus der theoretischen Zeitschrift „Hungqi“, Mai 1980)

„Der verderbliche Einfluß der Fraktionen zerstört noch immer den Organismus unserer Partei. So haben einige Genossen früher, den ultralinken Kurs Lin Biaos und der Vierer-Bande befolgend, Fehler begangen. Diese Genossen verharren bis heute auf ihrem Fraktionsstandpunkt und fahren fort, Linie, Kurs und Politik der KPCh, wie sie vom 3. ZK-Plenum“ (Dezember 1978) festgelegt und ausgearbeitet wurden, zu bezweifeln und zu boykottieren. Was auch passiert, werfen sie uns sofort eine Abweichung oder sogar einen Rechtsruck vor. Einige leitende Funktionäre suchen nach einer Stütze in der Führung und nach Gesinnungsgenossen in den Massen und gründen nach wie vor Geheimgruppen. Die Mitglieder einiger Leitungsguppen haben Angst voreinander und intrigieren gegeneinander. Niemand will dem anderen nachgeben,

alle schmieden Ränke gegen alle. Das Fraktionsunwesen zeigt sich besonders deutlich in Fragen der dienstlichen Förderung, der Arbeitsverteilung, der Lohnregulierung, der Dienstränge usw.“ (Aus einem Artikel mehrerer Autoren aus der militärpolitischen Akademie, der von Radio Peking im Juni 1980 gesendet wurde.)

„Trotz der Beseitigung Lin Biaos und der Vier bestehen noch ihre ‚Überreste‘ im organisatorischen und ideologischen Bereich. Einige betätigen sich noch weiter und widerersetzen sich auf jeder Etappe der Linie, dem Kurs und den Direktiven der Partei. Entweder leisten sie offenen Widerstand und fletschen die Zähne, oder sie heucheln Unterordnung und greifen zu Methoden passiven Widerstands... Einige Mitglieder der KP sagen außerhalb ihrer Parteiorganisationen, daß sie mit den Beschlüssen und dem Kurs der Partei nicht einverstanden sind, und bringen überall ihre ablehnende oder unglaubliche Haltung zum Ausdruck. Einige benehmen sich sogar wie Parlamentarier von Oppositionsparteien, die gegen die Regierungspartei auftreten.“ (Aus der „Renmin ribao“, Mai 1980)

„Gewisse Parteimitglieder genügen nicht den gestellten Anforderungen. Es gibt sogar einzelne, die zu Linie, Kurs und Politik der Partei einsagen, aber etwas ganz anderes tun. Andere handeln den Hauptprinzipien wider, wieder andere ordnen sich dem Organisationsprinzip der Partei nicht unter, halten es nicht für nötig, die Dokumente und Weisungen der zentralen leitenden Organe und der Provinzparteikomitees in die Tat umzusetzen, und treiben Separatismus.“ (Aus einem Artikel, der vom Sender der Provinz Heilongjiang im April 1980 ausgestrahlt wurde.)

„Unter den Parteimitgliedern und -funktionären gibt es solche, die erklären, in China bestünden keine demokratischen Rechte, China sei in Wirklichkeit eine Gesellschaft der feudalen Zentralisation und des Kapitalismus, die alten Funktionäre seien ‚alte Bürokraten‘ und die neuen Funktionäre ‚neue Bürokraten‘.“ (Aus der Schanghaier Zeitung „Jiefang ribao“, April 1980)

In den letzten Wochen wird merklich häufiger über den Fraktionsgeist geklagt. Der Grund ist klar: Bald findet die fällige Tagung des Nationalen Volkskongresses statt, auf der man mit Umbesetzungen in der chinesischen Führung rechnet.

W. TUROW

Sie liegt an der ^{W.} Horns von Afrika, an der Meerenge Bab-el-Mandeb, die das Rote Meer mit dem Indik verbindet. Hier kreuzen sich Seewege Afrikas und des Nahen Ostens.

Als Afrika in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgeteilt wurde, machte Frankreich das strategisch wichtige Gebiet zu seiner Kolonie. Es war sein einziger Stützpunkt in Ostafrika. Um ihn zu erhalten, schob man es unter allerlei Vorwänden immer wieder auf, ihm die Unabhängigkeit zu gewähren.

In den 70er Jahren dieses Jahrhunderts kam die Entkolonialisierung Afrikas zum Abschluß. Djibouti blieb aber unter Fremdherrschaft. Erst 1977 mußte Frankreich nach einer Volksbefragung, bei der über 98% der Stimmen für die Unabhängigkeit abgegeben wurden, dieser berechtigte Forderung genügen, und am 27. Juni 1977 wurde Djibouti eine unabhängige Republik. Sie misst nur 22 000 km² und hat 350 000 Einwohner, die zum größten Teil den Völkerschaften der Issa und Afar angehören.

Die Kolonialisten hinterließen Djibouti ein drückendes Erbe, vor allem die Zwietracht zwischen den Bevölkerungsgruppen. Deshalb sieht die Führung der Republik eine ihrer Hauptaufgaben in der Aussöhnung der Issa und der Afar.

Bis zum Städtchen Dikkil (der Name bedeutet Treffpunkt) sind es etwa zwei Stunden Autofahrt durch die Wüste Grand-Bara. Es ist eine belebte Handelsstadt auf dem Weg aus Djibouti nach Äthiopien. Wahrscheinlich wird es in die Geschichte des Landes eingehen, denn dort fand im März 1979 der Gründungskongress der Partei Volksunion für Fortschritt statt, der beschlossen hat, Vertreter aller Völkerschaften des Landes zu erfassen. Während die früheren politischen Gruppierungen eine ethnische Grundlage hatten, was nicht dazu angetan war, das Volk zu vereinen, hat diese die nationale Einheit als unerlässliche Voraussetzung für eine Konsolidierung der Unabhängigkeit des Landes auf ihre Fahne geschrieben. Das hat sich als durchaus richtig erwiesen. Ich habe viele gefragt, zu welcher Bevölkerungsgruppe sie gehören, und von den meisten die Antwort bekommen: „Ich bin Djiboutier.“ Das will sehr viel heißen.

Moumin Bahdon Farah, den Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit, bat ich, mir zu sagen, was die Republik in den drei Jahren ihres Bestehens erreicht hat. „Der Schwerpunkt unserer Sozialpolitik ist die Sorge für den einzelnen Bürger“, antwortete er. „Für Arbeitsbeschaffung, Gesundheits- und Bildungswesen sowie Sport ver-

SORGEN EINER JUNGEN REPUBLIK

ausgaben wir fast ein Drittel des Staatsetats. Trotz unserer sehr bescheidenen Finanzen sind die ärztliche Betreuung und der Schulbesuch in der ganzen Republik jetzt kostenlos. Einrichtungen für den Mutterschutz entstehen. Die Zahl der Plätze in den Schulen steigt."

Weiter ging der Minister auf die wirtschaftliche Entwicklung ein:

„Eine Zeitlang beruhte die Wirtschaft auf dem Seehafen und der Bahnstrecke, die die Verbindung zu Äthiopien unterhielten. Deshalb bemühen wir uns, unsere Wirtschaft vielseitiger zu machen und Industrie, Landwirtschaft, Energetik und Fremdenverkehr zu fördern.“

Als nächstes sprach ich mit dem Bürgermeister der Hauptstadt, Idriss Ahmed Doudoub, u. zw. über die Maßnahmen der Regierung zur sozialen Besserstellung der Einwohner



Straße in Djibouti

Foto: TASS

der Hauptstadt, in der etwa die Hälfte der Landesbevölkerung wohnt.

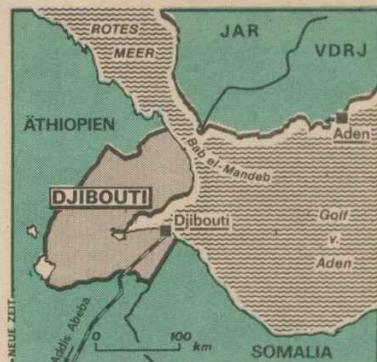
„Wir bemühen uns besonders um den Bau von Wohnhäusern, Lehranstalten, Krankenhäusern und Sanitätsstellen“, sagte er. „Sorge macht uns auch das Verkehrswesen. Der Verwaltungsapparat wird verbessert. Die Stadt ist jetzt in vier Bezirke eingeteilt, von denen jeder seinen eigenen Entwicklungsplan hat. Natürlich sind die Pläne aber auf ein gemeinsames Ziel gerichtet. Was unsere Probleme betrifft, so ist eins die Arbeitslosigkeit. Wir planen den Bau mehrerer Industriebetriebe in der Hauptstadt, auch solcher für die Verarbeitung von Produkten des Ackerbaus und der Viehzucht. Dann werden wir neue Arbeitsstellen bekommen.“

Als alten Bekannten traf ich den Leiter des wissenschaftlich-technischen Forschungsinstituts, Anis Abdallah. Wir hatten uns schon vor einem Jahr in seinem Arbeitszimmer unterhalten, als der junge Geophysiker gerade die Leitung dieses ersten Forschungsinstituts in Djibouti angetreten hatte. Er sagte:

„Die ersten Schritte unserer nationalen Wissenschaft sollen Forschungen mit praktischem Einschlag sein, damit unsere Wirtschaft vielseitiger wird. Mit Erfolg erforschen wir z. B. die Möglichkeiten zur Gewinnung von Energie aus geologischen Wärmequellen, die wir in unserem Land entdeckt haben. Dann untersuchen wir die Salz- und Gipsvorkommen beim Assal-See und stellen fest, ob sie industriell verwertbar sind. In den vulkanischen Gebieten, die einen großen Teil des Landes einnehmen, sind Mineralien wie Perlit und Diatomit gefunden worden. Sie eignen sich für die Wärmeisolierung und können exportiert werden.“

Eine Biologengruppe hat den ersten Bericht über den Stand unserer Landwirtschaft abgefaßt. Offen gestanden, läßt sie noch zu wünschen übrig. Aus Wassermangel kommen wir mit der Berieselung nicht recht voran. Hoffentlich finden die Geologen gerade dort Wasser, wo sich der Boden am besten für den Gartenbau eignet. Biologen untersuchen auch, ob die in unseren Küstengewässern so reichlich vorkommenden Wasserpflanzen in der Nahrungsmittelindustrie verwendbar sind. Darin haben uns sowjetische Wissenschaftler beraten, als die Forschungsschiffe „Akademik Wernadski“ und „Prof. Wodjanizki“ Djibouti anliefen. Im Februar hat bei uns das erste wissenschaftliche Symposium über die geologische Struktur des Landes getagt. Daran nahmen fast 200 Experten aus vielen Ländern, auch ein sowjetischer Wissenschaftler, teil. Das war unser Eintritt in die große Welt. Wir möchten noch andere derartige Treffen zu Themen abhalten, die uns interessieren, z. B. über die Entwicklungsaussichten der Landwirtschaft in niederschlagsarmen Gebieten.“

Am Institut, das Abdallah leitet, befaßt man sich auch mit geisteswissenschaftlichen Themen. Bemerkenswertes haben seine Archäologen bei Ausgrabungen bei dem Flecken Handoga zutage gefördert. Er liegt an der äthiopischen Grenze. Dort haben sie Überbleibsel einer uralten Siedlung gefunden. Die dortigen Forschungen werden Aufschluß über die Vorgeschichte des Gebietes der jetzigen Republik Djibouti geben. Ihre wichtigste Aufgabe sehen die



Wissenschaftler am Institut darin, für das Land wissenschaftliche, technische und andere Fachkräfte heranzuschulen, an denen es empfindlichen Mangel leidet. Djibouti hat z. B. noch wenig eigene Schullehrer, so daß unter diesen viele Franzosen sind.

Die Regierung fördert nach Kräften die Forschungsanstalten und Organisationen, die dazu beitragen sollen, die Wirtschaft vorwärts zu bringen, und das ist begreiflich. Die eigene Industrie ist erst im Werden. Die Landwirtschaft deckt noch nicht den Bedarf an Nahrungsmitteln, man muß welche einführen, was auf der Zahlungsbilanz lastet.

Die Republik ist darangegangen, ihre wirtschaftliche Rückständigkeit zu überwinden, und dazu reichen ihr weder die Fachkräfte noch die Mittel. Ihr Hauptfinanzier ist Frankreich, aber der größte Teil seiner Zuwendungen wird für den Unterhalt der dort stehenden französischen Soldaten verbraucht.

Augenblicklich wird der erste Dreijahrplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Djiboutis aufgestellt. Ein Landesverbundnetz soll gebaut und mit geothermaler Energie gespeist werden. Ferner in Ali-Sabieh eine Zementfabrik (Rohstoff dafür ist dort vorhanden) und in Tadjoura eine Mineralwasserfabrik. Die Schlachthäuser und die Gärberien sollen ausgebaut werden. Zügig entwickeln soll sich der Ackerbau mit Bewässerung auf der Grundlage genossenschaftlicher experimenteller Musterwirtschaften. Die Zeitung „Réveil de Djibouti“ schrieb, die erste in Mouloud unweit der Hauptstadt habe eindeutig gezeigt, daß sich die Landwirtschaft trotz des ungünstigen dortigen Klimas gut entwickeln kann.

Um seine akuten Probleme lösen zu können, braucht Djibouti Frieden und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Es steht in diplomatischen Beziehungen zu fast 40 Staaten.

„Wir betreiben eine Neutralitätspolitik“, sagte mir Moumin Bahdon Farah, „das bedeutet aber nicht, daß wir passiv sind. Wir fordern unsere Nachbarn und andere Länder Afrikas auf, ihre Differenzen auf dem Verhandlungswege und unter der Ägide der OAU beizulegen.“

Über die Beziehungen zur UdSSR sagte der Minister, seitdem die sowjetische Botschaft eröffnet worden ist, herrsche zwischen ihr und der Führung Djiboutis gutes Einvernehmen und ein geschäftlicher Kontakt, was den Verbindungen zwischen den beiden Ländern ohne jeden Zweifel förderlich sei.

In den letzten Monaten haben sich Djiboutis Verbindungen innerhalb seiner Region ausgedehnt. Es hat Abkommen über Zusammenarbeit in Verkehr, Handel und Fremdenverkehr mit Äthiopien geschlossen. Auch hat es diplomatische Beziehungen zu Ungarn und Polen aufgenommen. Die Zahl der Länder steigt, in denen über Botschaften die blau-weißgrüne Fahne mit dem kleinen roten Stern weht. Wie Präsident Hassan Couled Aptidon erklärt hat, will Djibouti nichts anderes als mit den anderen Ländern in Eintracht leben.

Am Horn von Afrika geht es aber keineswegs idyllisch zu. Die Expansionsgelüste der Führung Somalias, hinter der die Imperialisten stecken, haben dort eine explosive Situation herbeigeführt. Somalia stellt unverblümt Gebietsansprüche an Nachbarländer. Nachdem Kenia den USA die Benutzung von Militärstützpunkten gestattet hat, feilschen sie jetzt über weitere mit Somalia. Die Lage Djiboutis an der Ausfahrt aus dem Roten Meer in den Indik läßt dem Pentagon keine Ruhe. Wie die „New York Times“ im Juni d. J. schrieb, messen die Westmächte dem Hafen Djibouti immer größere strategische Bedeutung bei. Über das alles macht sich die Bevölkerung der Republik natürlich Sorgen. Deshalb behauptet sie so energisch ihr Recht auf die Neutralität.

Im Stadtzentrum von Djibouti, auf dem Platz des 27. Juni, herrscht tagsüber und abends reges Leben und Treiben. Still wird es da nur während der kurzen Siesta, wenn die Sonne schonungslos brennt. Die größtenteils in arabischem Stil gehaltene Hauptstadt hat im Zentrum Häuser mit allem Komfort, in den Außenbezirken aber stehen noch eng aneinandergedrängt Elendshütten.

Die noch vorhandenen sozialen Kontraste zeigen sich aber nicht nur darin. Das Volk strebt danach, die Ketten der kolonialen Vergangenheit endgültig zu brechen und die Unabhängigkeit zu konsolidieren.

G. GABRIELIAN

Djibouti

26

Sam NUJOMA: NAMIBIA WIRD FREI SEIN!

Seit zwei Jahrzehnten schon kämpfen die Patrioten des widerrechtlich von der RSA okkupierten Namibias für Freiheit und Unabhängigkeit. Über Einzelheiten dieses Kampfes berichtet auf einer vom Sowjetischen Komitee für Afro-Asiatische Ländersolidarität veranstalteten Pressekonferenz der Präsident der SWAPO [Volksorganisation Südwestafrikas], Sam Nujoma, der sich vor kurzem in der UdSSR aufhielt.

„Ich möchte der KPdSU, der sowjetischen Regierung und dem Sowjetvolk herzlich für ihre materielle Hilfe und ihren politischen und diplomatischen Beistand danken“, sagte Sam Nujoma. „Dank dieser Hilfe sind die Patrioten von der SWAPO zum Freiheitskampf gegen die südafrikanischen Okkupanten fähig. Ohne sie hätte unser Kampf sein jetziges Ausmaß nicht erreicht. Seitdem der große Lenin Ihren Staat gründete, hat er stets die Völker unterstützt, die gegen Kolonialismus, Imperialismus, Faschismus, Neokolonialismus, Rassismus und gegen alle Ausbeuter vorgegangen sind... In der UNO und in anderen internationalen Gremien haben sich die Vertreter der UdSSR immer für die Rechte der unterdrückten Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas eingesetzt.

Die politische Lage in Namibia hat ein kritisches Stadium erreicht. Schuld daran sind die Manöver und Ränke des rassistischen Regimes in Pretoria, das von den Kräften des Imperialismus energisch unterstützt wird. Unser Volk ist aber fest entschlossen, die verhafteten Ketten der kolonialen Abhängigkeit, der Knechtung durch die Multis und der Rassensunterdrückung zu sprengen. Die Streitkräfte der SWAPO tragen im Kampf mit den rassistischen Kräften Pretorias Siege davon. Patrioten kämpfen im Norden, Nordwesten und Nordosten unseres Landes. Wir stoßen auch nach dem Süden Namibias vor. Trotz der großen Verstärkungen, die die Feinde in der Luft, zu Lande und auf See bekommen, sind unsere Kräfte Herren der Situation. Sie greifen feindliche Befestigungen an. Erfolgreich war z. B. eine Operation vom 4. Mai: Die SWAPO-Kräfte griffen in vielen Gegenden des Landesnordens an und brachten den Okkupanten empfindliche Verluste bei. Auch vernichteten sie mehrere Flugzeuge und andere Kriegstechnik...

Bekanntlich verübt Pretoria Aggressionsakte gegen Volksangola. Dabei bringt es motorisierte Brigaden, unter-

stützt von Panzern, Geschützen und Bomben, zum Einsatz. Es bezweckt zweierlei damit: den Kampf der Patrioten Namibias abzuwürgen und die Volksmacht in Angola zu destabilisieren, damit es die antirassistische Bewegung im Süden Afrikas nicht unterstützen kann.

Der diplomatische Kampf, in dem uns die sozialistischen Länder, besonders die UdSSR, und die anderen Fortschrittskräfte unterstützen, hat zur weltpolitischen Isolierung des südafrikanischen Regimes geführt. Trotzdem muß das Apartheidregime noch stärker unter Druck gesetzt, vor allem müssen Wirtschaftssanktionen gegen die RSA angewandt werden.

Jedermann weiß, daß die Kräfte des Imperialismus politische Intrigen gegen Namibia schmieden, um den Zeitpunkt unserer Unabhängigkeit möglichst weit aufzuschieben. Sie weigern sich, den vom Sicherheitsrat beschlossenen UNO-Plan über Namibia (die Resolution Nr. 435) zu befolgen, und fordern damit eigentlich die Weltöffentlichkeit heraus. Den Patrioten bleibt also nichts anderes übrig, als den bewaffneten Kampf gegen die Okkupanten noch intensiver zu führen.“

Auf die Bitte des NZ-Berichterstatters, über die Lage in den befreiten Gebieten zu berichten, sagte Sam Nujoma:

„Dort sind bedeutende Veränderungen im Gange. Es gibt schon ein Gesundheitswesen und sogenannte wandernde Waldschulen, die im Falle von Kampfhandlungen schnell verlegt werden können. Ich könnte noch von anderen Reformen erzählen, will aber das Wichtigste hervorheben: In den befreiten Gebieten hat ein neues Leben angefangen. Zwar können wir den Leuten noch nicht alles geben, was sie

Menschen aus seiner „Reportage“

Viktor ANDRIJANOW und Zdeněk HRABICA

Es gibt Bücher, die zu schreiben, Heldentum war. Ein solches ist Julius Fučiks Buch „Reportage, unter dem Strang geschrieben“. Er schrieb es im Gestapokerker. Es ist in fast hundert Sprachen erschienen, und dank diesem Buch lebt und kämpft er noch heute.

Darin kommen viele Personen vor, teils namentlich genannte und teils namenlose. Alle haben wirklich gelebt, alle hatten Namen, eine Gegenwart und eine Zukunft. Der Leser kennt den Zeitabschnitt aus ihrem Leben, für den Fučik Zeugnis ablegen konnte. Er kämpfte bis zu seinem letzten Atemzug und wollte von uns nur eins: „Vergeßt nicht! Sammelt geduldig die Zeugnisse über jene, die für sich und für euch gefallen sind.“

Wie lebten Fučiks Kampfgefährten außer zu der geschilderten Zeit? Wen nannte er z. B. seinen Stellvertreter, über den er schrieb: „Er übernahm die Arbeit, als ich verhaftet wurde, und arbeitet bis heute!“ Wessen Namen hat er aus Gründen der Konspiration im Manuskript nicht genannt? Mit diesen und vielen anderen Fragen machten sich zwei Journalisten auf die Suche: der sowjetische Viktor Andrijanow, Berichterstatter der „Komsomolskaja pravda“ in der ČSSR, und der tschechoslowakische Zdeněk Hrabica, stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Mladá Fronta“.

Zwei Jahre haben sie emsig in Zentral- und Lokalarchiven und Museen der ČSSR gearbeitet, haben Verwandte und Bekannte der Helden des Buches, Teilnehmer am Widerstand, aufgesucht. Sie haben viele bisher unbekannte Dokumente zufage gefördert: Briefe aus Gefängnissen und Konzentrationslagern, Urteile faschistischer Gerichte, Tagebücher, Protokolle der Verhöre von Nazilakaien nach dem Kriege, darunter dem Untersuchungsrichter Böhm (die Gusta Fučiková teilweise in der ČSSR veröffentlichte), und erstmalig niedergeschriebene Aussagen von Augenzeugen. Das alles ergänzt die Geschichte vom Kampf der tschechoslowakischen Patrioten gegen die Naziokupanten und gibt uns ein vollständigeres Bild von den Kämpfern, die uns aus der „Reportage, unter dem Strang geschrieben“, bekannt sind.

Nachstehend werden bisher unbekannte Geschehnisse geschildert, die der Festnahme Fučiks und seiner Kampfgefährten vorausgingen.

Der Verräter Nr. 26

Am 24. April 1942 wurde bei der Prager Gestapo erhöhte Einsatzbereitschaft verfügt. Wie sich der Untersuchungsrichter Böhm rühmte, war „ein großes Jagen“ zu Ende. Um 22 Uhr sollte vor dem Kino „Na Mičánkách“ bei einem Treff mit dem Lockspitzel Dvořák ein Mann festgenommen werden, der bei der Gestapo unter dem Namen Honza bekannt war. Man nahm an, daß er ein Führer der illegalen KPČ sei. Zugleich wollte man in der Flugzeugfabrik von Junkers eine illegale kommunistische Gruppe ausheben, die ebenfalls Dvořák aufgespürte hatte. Die Verbindung zu Honza hatte er auch in dem Betrieb aufgenommen.

Die Sache hatte einige Monate vorher angefangen. Ein Denunziant fand im Umkleideraum der Montagehalle ein kommunistisches Flugblatt und lieferte es den Nazis ab. Es rief die Montagearbeiter auf, „zu bummeln“, damit die Aufträge der Wehrmacht nicht fertig würden.

Die Anzeige aus dem Junkersbetrieb war nicht die erste, und in der Gestapo-Abteilung II-A1 (Bekämpfung des Kommunismus) vermutete man dort eine illegale kommunistische Gruppe. Der Spitzel Nr. 26 wurde hingeschickt, Václav



Julius Fučík

lav Drožák, von Beruf Mechaniker.

Der Neue war füchtig, solche werden im Betrieb geachtet. Er nahm über die „Neuordnung“ kein Blatt vor den Mund und hetzte die Arbeiter zur Sabotage auf.

„Mußt du heute nicht gleich nach

brauchen, aber sie sind für uns. Immer mehr Namibier kommen zu uns, um das rassistische Regime stürzen zu helfen...

Die Okkupanten sehen, daß ihre Stellungen wanken, und verfolgen die Patrioten nur um so wütender.

So erlassen sie zahlreiche rigorose Bestimmungen, ausgehend vom Gesetz über den Terrorismus von 1969, nach dem Patrioten ohne Prozeß eingesperrt worden sind. Später kamen die Bestimmungen AG-9, AG-26 und andere hinzu. Anfang der 70er Jahre, während des Generalstreiks in Namibia, wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die rassistische Polizei hat eine „Rechtsgrundlage“ dafür bekommen, jeden, den sie verdächtigt, festzunehmen, zu foltern und zu töten. Vor kurzem wurde neben dem Ausnahmestand der Kriegszustand verhängt. Jetzt haben die Militärs, die sogenannten Sicherheitskräfte und die Polizei eigentlich unumschränkte Macht...

Um das Vertrauen der Leute zur SWAPO zu erschüttern, umzingeln Sondertrupps aus RSA-Soldaten und schwarzen Quislingen — alle in SWAPO-Uniform — mitten in der Nacht ein Haus, in dem „Verdächtige“ wohnen, erschießen die Bewohner und brennen das Haus nieder.

Morde werden so gut wie jeden Tag verübt. Hier ein neues Beispiel: Polizei drang ins Haus eines Klein-kaufmanns ein, der in der Gegend sehr geachtet und für die SWAPO war. Die Polizisten schossen ihn nieder und führten dann seine Frau mit dem Kind auf dem Arm hinaus, um auch sie zu erschießen. Sie töteten das Kind und verwundeten die Frau schwer, hielten aber auch sie für tot und zogen ab, nachdem sie das ganze Haus nach Geld durchwühlt hatten...

In der zweiten Julihälfte tagte ein Plenum des SWAPO-Zentralkomitees. Es betonte, daß der Imperialismus und die Weltreaktion der RSA zu helfen suchen, die Namibiafrage zu ihrem Nutzen zu lösen. Deshalb sieht das ZK als den einzigen Weg zur Unabhängigkeit Namibias den bewaffneten Kampf gegen das RSA-Regime an. Zugleich müssen diplomatische und politische Schritte gegen dieses unternommen werden, um es weltpolitisch noch mehr zu isolieren.

W. SHITOMIRSKI

Hause?" fragte ihn einmal der Schlosser Bartoň.

Wie es weiterging, das sagte Böhm beim Verhör 1945, nach der Befreiung der ČSSR, aus (die Protokolle liegen im Archiv des Innenministeriums der ČSSR unter Aktenzeichen 305-415-4, S. 1-21). Dort steht:

„Mit Zustimmung von Abt. II-A1 traf Dvořák der kommunistischen Untergrundorganisation bei und zahlte von da an Mitgliedsbeiträge an Bartoň. Die Flugblätter, die dieser ihm gab, brachte er mir. Wir fotografierten sie und gaben sie zurück.

Im Februar 1942 lernte Dvořák durch Bartoň andere Mitglieder seiner Betriebsgruppe kennen. Nach Schichtwechsel trafen sich die beiden und andere Personen vor dem Betrieb oder in der Nähe auf der Straße. Ich habe diese Treffen beobachtet.

Ende Februar oder Anfang März 1942 beauftragte Bartoň Dvořák, an einem bestimmten Tag zu Jelinek nach Pankrác zu gehen und Verbindung zur Ortsgruppe aufzunehmen. Er selbst habe dazu keine Zeit, Dvořák wohne sowieso in Pankrác, er solle hingehen. Ich betone: Bartoň hatte volles Vertrauen zu Dvořák.“

Die Jelineks und die Vysušils

Vor dem Krieg war Pankrác für die Prager beinahe das Ende der Welt. Selbst mit der Straßenbahn war es beschwerlich hinzukommen, die Strecke hatte viele Kurven und ging vielfach steil bergauf und bergab. In diesem Randbezirk, den eine tiefe Schlucht vom Stadtzentrum trennte, wohnten Kleinkaufleute, Handwerker und Angestellte. Landsleute oder Verwandte mieteten möglichst nahe beieinander. So kam es, daß in einem Neubau auf einer Etage zwei Josefs — Jelinek und Vysušil — mit ihren Frauen, entfernten Verwandten, beide mit Namen Marie, wohnten.

Wer die „Reportage, unter dem Strang geschrieben“, gelesen hat, erinnert sich gewiß an die Namen. Über diese Leute schreibt Fučík:

„Die Jelineks: Josef und Marie. Er Straßenbahner, sie Hausgehilfin. Man muß ihre Wohnung kennen. Eine einfache, zweckmäßige und moderne Einrichtung, ein Bücherregal, eine Gipsfigur, Bilder an den Wänden, und sauber, ja blitzsauber. Man könnte glauben, daß sich darin Maries ganze Seele offenbart und daß sie von der übrigen Welt nichts weiß, indes hat sie schon längst in der Kommunistischen Partei gearbeitet und auf ihre Art von Gerechtigkeit geträumt. Sie haben beide ergeben und still gearbeitet und haben sich nicht zurückgezogen, als die Okkupation schwere Anforderungen an sie stellte.“

Die Vysušils: Sie wohnten im selben Hause, gleich neben den Jelineks. Auch Josef und Marie. Eine niedere

Beamtenfamilie, etwas älter als die Nachbarn... Sie stammen aus keiner proletarischen Familie und stellten auch keine proletarische Familie dar. Ihr Weg zur Partei war in einem gewissen Sinne komplizierter und schwieriger — aber sie fanden ihn. Er führte — wie in vielen solchen Fällen — über die Sowjetunion. Lange schon vor der Okkupation wußten sie, was sie wollen. Sie halfen in ihrer Wohnung deutsche Genossen verborgen.“

In der schwersten Zeit, nach dem Einfall Deutschlands in die Sowjetunion und während des ersten Belagerungszustands 1941 hatte das Zentralkomitee bei ihnen seine Sitzungen.

Als Josef Jelinek öffnete und einen Unbekannten sah, versperrte er ihm unwillkürlich den Eingang.

„Ich komme von Bartoň“, sagte Dvořák. Ihm war die Bewegung Jelineks nicht entgangen, und er dachte, daß wahrscheinlich noch jemand da ist. Das schrieb er abends in seinen Bericht, und danach wurde die Wohnung beobachtet. Nr. 26 fügte hinzu, worüber sie im Korridor gesprochen hatten — weiter hatte ihn Jelinek nicht gelassen. Er war wortkarg und schlug vor, sich mit ihm am kommenden Montag um 21 Uhr an der Straßenbahnhaltstelle der 1 am Anfang der Ruská třída zu treffen. Er verlangte, daß Bartoň auch kommen soll.

Aus dem Protokoll eines Verhörs von Böhm ist bekannt, daß er das Treffen gemeinsam mit noch zwei Gestapomännern beobachtete.

„An dem betreffenden Montag warteten Dvořák und Bartoň wie verabredet. Dvořák stand an der Haltestelle der 1, Bartoň auf der anderen Seite der Straße. Nach 20 Minuten gingen sie. Um 23 Uhr sprach ich mit Dvořák. Er sagte mir, Bartoň sei sehr wütend gewesen.“

Danach schrieb Bartoň an Jelinek und schickte Dvořák mit dem Brief hin. Dieser enthielt eine Rüge, weil Jelinek nicht zum Treff gekommen war. „Vašek“ sei absolut zuverlässig, er solle ihn, d.h. Dvořák, unbedingt mit „Honza“ aus Pankrác in Verbindung bringen.

Nachdem von dem Schreiben eine Kopie gemacht worden war, brachte Dvořák es zu Jelinek. Der sagte, dieses Mal käme er zum Treff... 20 Minuten nach der verabredeten Zeit kam ein Mann, den ich nicht kannte. Er war groß und hager, und mir fiel auf, daß er die rechte Hand ständig in der Ho-

sentasche hielt. Ich war überzeugt, daß er Dvořák nicht traute und deshalb eine Pistole in der Hand hatte.

Anmerkung.

Der hier erwähnte Unbekannte Honza war, wie es sich später herausstellte, der Gebietsfunktionär der illegalen KPC Jan Vyskočil. Damals war er für die



illegalen Druckereien der Partei zuständig.

In der Nacht, um 24 Uhr, traf ich mich mit Dvořák. Er sagte, Vyskočil habe ihm die neueste Ausgabe der „Rudé Právo“ und Instruktionen für die konspirative Arbeit gegeben und habe gedroht, mit allen Verrätern abzurechnen. Dabei habe er ihm seine Pistole gezeigt. Weiter habe Vyskočil gesagt, das Treffen sei aufschlußreich gewesen, er werde Dvořák im Auge haben und ihn zu wichtiger Arbeit heranziehen.“

Das nächste Treffen mit Vyskočil war für den 24. April um 22 Uhr vor dem Kino „Na Míčánkách“ verabredet.

Am 24. April um 21 Uhr fuhren vom Gestapohaus in der Bredovská ulice (jetzt ulice Politických vězňů) nacheinander drei Opelwagen ab, am Deutschen, jetzt Smetana-Theater vorbei, dessen Portal hell erleuchtet war, und bogen in die Schwerinova ein, von den Pragern mit ihrer Liebe für alles Alte Vinohrady — Weinberge — genannt.

Die konspirative Wohnung

An jenem Abend, auch um 22 Uhr, war in Prag noch ein Treff verabredet. Mit seiner Schilderung beginnt die „Reportage, unter dem Strang ge-

schrieben". Fučík, nach seinen Papieren der Lehrer Horák, sollte um 22 Uhr am 24. April bei dem Straßenbahner Jelinek in Pankrác mit seinem Verbindungsman "Mirek" zusammenkommen. Er ging über ein Stück mit Gras bewachsenes Ödland zu dem bekannten dreistöckigen Haus. Ehe er den Hof betrat, sah er sich aus Gewohnheit um. „Anscheinend reine Luft", dachte er.

Dieses Haus am Stadtrand galt bei den Untergrundkämpfern als der sicherste Treffpunkt. Schon vier Jahre. Fučík kannte viele Treffpunkte, konspirative Wohnungen und illegale Druckereien. Sie verschwanden gleichsam in der großen Stadt, die ganz unverändert schien. Ebenso gemächlich fuhren die Straßenbahnen, auf dem Staroměstské-Platz warteten wie immer die Neugierigen, daß das Glockenspiel auf dem Rathaus erklingt und die Apostel erscheinen und sich verneigen, und die Stammgäste in den Kneipen sprachen dem Pils zu.

Fučík wurde erwartet. Auf sein Klopfzeichen wurde sofort geöffnet.

Wer die Jelineks kannte, wußte, daß sie auch so kameradschaftlich und um andere besorgt waren. Davon erzählen jetzt alte Straßenbahner, Kollegen Josefs, und Bauern in den malerischen südtschechischen Dörfern, in der engeren Heimat Josefs und Mariés, wo wir gewesen sind. Mit dem Heimatkundler Miroslav Tuma, einem unserer vielen uneigennützigen Helfer, gingen wir von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus und machten Erinnerungen lebendig.

Das Dörfchen Vojnice. Acht Höfe inmitten von Feldern, dahinter wie eine Kulisse der Wald. Mariés Heimatdorf. Jenseits der Hügel liegt Mladotice, Josefs Heimat. Wahrscheinlich weußten sie oft in Gedanken hier, erinnerten sie sich an die Bauernhochzeit mit ihren Gesängen, die sie zusammenführte. Sonst hatte Marie keine schönen Erinnerungen an Vojnice. Der Vater schufte von früh bis spät beim Großbauer, die Mutter starb, als Maruška erst zwölf war. Die Kleine mußte für vier Männer — den Vater und drei Brüder — sorgen. Später brachte der Vater eine Stiefmutter ins Haus, auch so ein armes Ding — sie war auch mit drei Söhnen allein geblieben.

Als sie Marie fragten, warum sie in die Kommunistische Partei gegangen ist, fand sie nicht gleich Worte und zeigte nur ihre rauen Hände mit den von der Seifenlauge zerfressenen Fingernägeln. Die Antwort wäre von den Augen der Hungernden abzulesen gewesen, die die Bourgeoisie brotlos gemacht hatte. Sie wäre zu hören gewesen aus dem Rauschen der roten Fahnen, die sie nachts genährt hatte für Demonstrationen am 1. Mai. Man hätte sie auf der Filmleinwand sehen können, als der Film von den heldenhaften Tscheljuskinleuten lief, der trotz der Polizeizezensur nach Prag gelangt war.

Er lief morgens in einem winzigen Saal. Danach war eine Aussprache, geleitet von Josef Vysušil, dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe des Verbandes der Freunde der UdSSR. Er erzählte von dem Land, das die Budjonne Reiter, die Stoßarbeiter und die Tscheljuskinleute hervorbrachte, davon, daß der Verband den sowjetischen Genossen zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution ein „Goldenes Buch der Freundschaft" schenken wollte, in das jeder ein paar herzliche Worte schreiben oder einfach seinen Namenszug setzen konnte.

Dann gingen die Vysušils, die Jelineks, die Lehrerin Josefa Baxová, der Lehrer Max Kozák und ihre Kollegen mit Seiten, die später das Buch bilden sollten, von Haus zu Haus. Längst nicht überall wurde ihnen aufgetan. Manche drohten, die Hunde von der Kette zu lassen. Aber die Seiten füllten sich doch. Wer die Freundschaft mit der UdSSR wählte, nahm zugleich seinen Platz auf den Barricaden des Klassenkampfes ein.

„Damals schieden sich unwiderruflich die Anschauungen, fielen die Masken wie um Mitternacht beim Karneval", sagt Tichý, ein Kollege Vysušils. „An der Grenze standen faschistische Panzer. Jeden Augenblick konnte ein Bürgerkrieg zwischen den Kapitulanten und denen ausbrechen, die die Republik verteidigen wollten. Einer von diesen war Vysušil. Wir waren beide bei derselben Abteilung der Eisenbahnverwaltung. Kommunisten durften nicht im Staatsdienst stehen, und Josef verheimlichte, daß er Mitglied der KPC war. Nicht aber seine Ansichten. Er war sicher, daß uns ein Kampf mit den Faschisten bevorstand, und war dazu bereit. Er glaubte daran, daß wir, zusammen mit der UdSSR, unbesiegbar sind.“

Viele Jahre nach dem Krieg waren wir im Revolutionsmuseum der UdSSR. Aus seinen Beständen brachte man uns das Begleitschreiben der Freunde der UdSSR zu dem „Goldenen Buch der Freundschaft", gerichtet an Michail Kalinin. Wir lesen:

„Der Verband der Freundschaft mit der UdSSR wünscht den sowjetischen Völkern zum 20. Jahrestag der UdSSR ein wirtschaftliches und kulturelles Vorauskommen;

er verspricht, mit dem Sowjetvolk treue Freundschaft zu halten und gemeinsam mit ihm für den Frieden zu kämpfen;

er widmet Michail Kalinin, dem Vorsitzenden des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR, und den Völkern der Sowjetunion das Goldene Buch mit den besten Wünschen der Millionen Bürger der Tschechoslowakischen Republik...“

Zu diesen Millionen zählten Josef und Marie Jelinek, Josef und Marie Vysušil...

Die Verhaftung

Unterwegs stritten sich die Gestapo-

leute darüber, wo sie die Wagen am besten abstellen sollten. Die einen wollten direkt vorfahren, die anderen fürchteten, Honza zu verscheuchen, und wollten sie in der Nähe abstellen und zu Fuß zum Kino zu gehen. Das taten sie. Aber der Zufall spielte ihnen einen Streich.

Die Wagen parkten sie vor einem Haus, in dem sich in der Mansarde schon ein halbes Jahr Jan Vyskočil verborgen hielt, den die Gestapo mit Recht als einen Führer der Untergrundkämpfer ansah. Bevor das erste illegale ZK der KPC aufflog, arbeitete er bei der Leitung der illegalen Prager Parteiorganisation, und nun gehörte er dem zweiten an, dem Jan Zika vorstand. Als er den Motorenlärm hörte, sah er durchs Fenster die Opelwagen halten und unsicherte seine Pistole. Die Leute, die ausstiegen, hatten aber etwas anderes vor. Er zählte acht. Sie berieten und teilten sich in zwei Gruppen. Eine verschwand in einer dunklen Gasse, die andere ging die Straße hinunter. „Sie umzingeln das Kino", dachte er.

„Wegen der Finsternis war schwer etwas zu erkennen", fuhr Böhm in seiner Aussage fort. „Der Treffpunkt war nur vom Kinoeingang aus zu überblicken. Fünf vor zehn kam Dvořák. Er ging vor dem Eingang auf und ab. Dieser war hell, denn die Vorstellung war noch im Gange. Sie endete um 22 Uhr 15. Vorher trat niemand zu Dvořák. Um 22 Uhr 40 fuhren wir ab und kamen im Petschekschloß wieder alle zusammen. Wie verabredet, kam auch Dvořák um 23 Uhr hin.“

Auf meine Frage, warum es nicht geklappt hatte, sagte er, wir hätten uns wahrscheinlich verraten, man trafe ihm nicht mehr. Ich aber glaubte, er habe es mit der Angst bekommen und uns deshalb einen falschen Treff oder eine falsche Zeit angegeben. Dvořák suchte sich zu rechtfertigen und sagte, am besten, wir verhafteten Jelinek gleich. Nach langem Streiten stimmten wir zu.

Als mir Dvořák übrigens zum erstenmal Jelineks Adresse in Pankrác nannte, sahen wir uns das Haus und die Gegend an. Ein Neubauviertel. Das Haus mit zwei Eingängen und etwa 60 Mietparteien. Auf einer Seite Ödland. Wenn wir Jelinek holen, müßten wir auch außen Wachen aufstellen.“

Kommen wir auf die „Reportage“ zurück. Fučík schildert, was weiter war.

„Aufmachen! Polizei!

„Schnell zu den Fenstern! Flieht! Ich habe eine Pistole und decke euren Rückzug.“

Zu spät! Unter den Fenstern stehen Gestapoleute und halten die Pistolen auf das Zimmer gerichtet. Vom Gang dringen durch die eingeschlagene Tür die Geheimen in die Küche und weiter ins Zimmer.“

Fučík schildert ausführlich die Verhaftung. In den Protokollen von den

Verhören Böhms, die gehalten wurden, als die „Reportage“ noch nicht erschienen war, ist alles genau wie im Buch, was nochmals beweist, daß Fučík auf dokumentarische Genaugigkeit hielt.

Und was war weiter? Böhm sagte aus, als Fučík und „Mirek“ vorgeführt wurden, habe „Mirek“ erklärt, er wolle aussagen, und seinen richtigen Namen genannt.

„Außerdem sagte er, der mit dem Bart — Fučík — sei Mitglied des ZK der illegalen KPC, er selbst habe nur dessen Befehle ausgeführt.

Fučík sah seinen früheren Verbindungsmanн traurig und verächtlich an und sagte wörtlich: „Sie wissen jetzt also, daß ich Fučík bin. Auch gut.“ Und weiter kein Wort.

Inzwischen wurden die Jelineks, ein Verwandter von ihnen und dann die Friedovs hereingebracht. Unsere andere Gruppe machte bei Jelinek Haussuchung. Sie fand viel kommunistische Druckschriften. Im Keller des Ehepaars standen Kisten mit Flugblättern zum 1. Mai 1942. Da waren viel ausgefüllte und leere Formulare, falsche Papiere, ein gefälschter Stempel des Prager Polizeipräsidiums. Die Jelineks weigerten sich auch, zu sprechen und das Gefundene als ihr Eigentum anzuerkennen.“

Ihr Verwandter, den Böhm nannte, war der 17jährige Bruder Mariés, Vojtěšek Pavlik. Wir wissen nicht, ob er den Untergrundkämpfern half oder nur die Schwester besuchte, er wurde abgeführt und nie wieder gesehen.

„Ich habe diese Gestalten mit dem Ehepaar Jelinek begonnen, mit einfachen Menschen, in denen man unter normalen Verhältnissen keine Helden gesehen hätte“, schreibt Fučík. Ich weiß nicht, was alles mit ihnen in der Zeit geschah, als ich vernehmungsunfähig in der Zelle lag. Aber ich weiß, daß sie während dieser ganzen Zeit nichts sagten..

Eines Tages führten sie beide fort. Jeden anders wohin. Vergeblich forschte ich nach ihrem Schicksal. Denn bei der Gestapo verschwinden Menschen spurlos, ausgesetzt über Tausende verschiedene Friedhöfe. Ach, was für eine Ernte wird aus dieser furchtbaren Saat aufgehen?“

Maries letzter Wunsch war:

„...richten Sie draußen aus, es soll mich niemand bedauern, und es soll sich dadurch niemand einschüchtern lassen. Ich habe gefaßt, was mir meine Arbeitserpflicht befohlen hat, und demgemäß sterbe ich auch.“

Die Vysušils arbeiteten, nachdem der Treff bei den Jelineks hochgegangen war, weiter. Bei Mariés Schwester, Anna Brožíková, die später auch den Tod fand, hieß sich Jan Černý, politischer Kommissar bei den Internationalen Brigaden in Spanien und Mitglied des zweiten illegalen ZK der KPC, verborgen. Josef Vysušil wurde nach einem

Monat verhaftet. Fučík schreibt: „...ich war entsetzt, als ich ihn da zum erstenmal sah. Was alles gefährdet wäre, wenn er spräche! Aber er schwieg. Einige Flugbäcker, die er einem Kameraden zu lesen gab, hatten ihn hergebracht — und bei den Flugblättern blieb es auch.“ Er wurde bestialisch gefoltert, aber er schwieg. Als er wieder in der „Vierhunderterzelle“ erschien, sagte er, wie Fučík bezeugt, mit der Schnurzigkeit der Prager Vorstadt: „Wenn der Kopf nicht will, dann sprechen weder Maul noch Arsch.“

Die Gestapo hat nie erfahren, daß sich bei den Vysušils Zika und Černý verbargen, daß sich bei ihnen nach dem Auffliegen des 1. illegalen ZK Fučík und Černý trafen, um mit Zika das 2. zu bilden, daß dort die illegale Zeitung „Rudé Právo“ entstand.

Mehrmals gingen wir in Pankrác zu dem Haus, aus dem in der Nacht zum 25. April Julius Fučík, die Jelineks und Vojtěšek auf Nimmerwiederkehr abgeholt wurden. Danach die Vysušils. Eintreten wollten wir nicht, da wohnen jetzt andere Leute, das Vergangene hat in ihrem Leben keinen Raum.

Wessen Vergangenheit ist das aber? Etwa nicht unsere? Wäre das Jetzige ohne das Damalige möglich? Warum haben wir manchmal so ein kurzes Gedächtnis? Wir hofften kaum noch, ein Foto von Jelinek zu finden, wandten uns aber doch an das Archiv der Prager Stadtverkehrsdirektion. Man sagte dort, seine Personalakte sei bis 1952 aufbewahrt worden.

Josef Vysušil kam bei Ausbruch des ersten Weltkriegs zur Eisenbahn, mit 16, und blieb bis zu seiner Verhaftung, fast 30 Jahre. Ob über ihn noch etwas da ist?

Aus dem Bahnarchiv bekamen wir sein Dienstregister, einen Brief seiner Eltern mit der Bitte, ihnen eine Rente für den toten Sohn auszuzahlen, weil die verwitwete Tochter sie nicht ernähren könne.

Dem Poststempel zufolge stammt der Brief aus Tuřice und ist vom 4. März 1946. Wir erwarten kaum etwas, schreiben aber doch hin. Nach einigen Tagen kommt bei der „Mladá fronta“ ein Anruf. Es ist Pavel Jarošil vom Institut für Werkstoffkunde:

„Meine Großmutter, Vysušils Stiefschwester, möchte wissen, wann Sie kommen.“

Tuřice ist eine knappe Stunde Fahrt

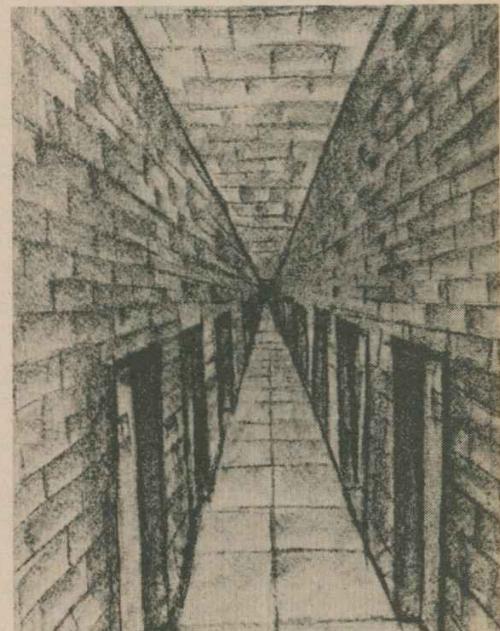
von Prag entfernt, also fast ein Vorort. Dort ist es das erste Haus an der Chaussee.

Großmutter Marie, auf einen Stock gestützt, empfängt uns an der Gartenfür. Sie hat noch ein gutes Gedächtnis, erzählt, wie die Okkupanten kamen und wie sie der Familie aus Auschwitz ein Paket mit einem einzigen Schuh schickten, das war alles von ihrem Bruder.

„Wir können kein Foto von ihm oder von Marie finden.“

Sie legt uns alles vor, was da ist, wenig, aber jedes Stück ist ihr unendlich teuer. Auf einem großen Gruppenfoto finden wir doch Josef mit seiner Marie.

„Ich kannte diese liebenswerte Fami-



Illustrationen zu Fučíks „Reportage, unter dem Strang geschrieben“, von R. Wardsiguljan

lie gut“, schreibt Fučík, „wußte um ihr inniges Verhältnis zueinander, wie sie umeinander bangten, wenn sie nur für einen oder zwei Tage voneinander getrennt waren. Jetzt verstrichen Monate... Wieviel Träume sie wohl gesponnen haben mag, wie sie ihrem Mann helfen konnte... Und sie fand wiederum nur einen einzigen Weg: die Arbeit fortzusetzen, für sich und für ihn zu arbeiten.“

Nach dem Krieg hat jemand ein Foto von dem Foto angefertigt, das Bild Vysušils vergrößert und auf ein Stück Karton geklebt, auf dem ein roter Stern und gekreuzte Fahnen dargestellt sind. Wer und wann das war und wo es gehängt hat, weiß Großmutter Marie nicht, aber wir sind ihr sehr dankbar dafür, daß sie es aufbewahrt hat.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die sowjetische Presse berichtete, daß die wichtigsten Kampfformationen der Opposition in Afghanistan schon zerschlagen seien. Ich aber glaube eher jenen unserer Zeitungen, die von breiten Kampfhandlungen unter Teilnahme sowjetischer Truppen schreiben. Als Beweis für den Widerstand des Volkes gegen das Regime in Kabul betrachte ich auch die Tatsache, daß Hundertausende Afghaner das Land verlassen und Zuflucht im benachbarten Pakistan suchen mußten.

John WHITNEY
Chicago, USA



Es diskutiert
der Verantwortliche
Sekretär
der „NZ“-Redaktion
Sergej
GOLJAKOW

Es ist gewiß Ihr gutes Recht, sehr geehrter Herr Whitney, zu glauben, wem Sie wollen. Vor kurzem war ich in Afghanistan als NZ-Sonderkorrespondent und möchte Ihnen deshalb meine Meinung darüber sagen, was die westliche Presse zum Thema Afghanistan schreibt.

Vor allem von wem stammen die Nachrichten über Afghanistan, die die USA-Presse veröffentlicht? In Kabul besteht die amtliche Nachrichtenagentur Bakhtar, werden viele Zeitungen und Zeitschriften, darunter in Englisch, herausgegeben. Sie bringen vielfältige Materialien über die Lage im Lande und die Schritte der Volksmacht.

Es gibt also eine umfangreiche Informationsquelle, sie vermittelt Nachrichten aus erster Hand, und auf ihrer Grundlage kann man sich ein objektives Urteil über die Entwicklung in Afghanistan bilden. Aber die westlichen Nachrichtenagenturen und Blätter benutzen diese Quelle grundsätzlich nicht.

Woher kommen also all diese Berichte über „beispiellos breit angelegte Kämpfe“, „massierte Luftangriffe auf friedliche afghanische Dörfer“, „Massenverluste der sowjetischen Truppen“ oder „Hundertausenden afghanischen Flüchtlingen“, die Sie erwähnen? Westliche Journalisten, die in Afghanistan waren, bestätigen in der Regel solche Nachrichten nicht, denn dafür gibt es keine Gründe. Lesen Sie z. B. Afghanistan-Reportagen in der französischen „Hu-

manität“ oder nehmen Sie, wenn Ihnen diese Zeitung nicht paßt, die Londoner „Sunday Times“ vom 27. Juli. Ihr Korrespondent Philip Jacobson, der mehrere Wochen in Afghanistan verbrachte und das Land bereiste, hat keine Spur von einem „Massenwiderstand“ gegen das revolutionäre Regime, auch keine „breit angelegten Kampfhandlungen unter Teilnahme sowjetischer Truppen“ entdeckt. Dafür erzählt er ausführlich, wie solche Erfindungen zustande kommen.

Der britische Journalist schildert u. a. folgende Begebenheit. Anfang Juni erblickten westliche Diplomaten, die in Kabul gerade bei einer Golfpartie waren, Hubschrauber, die in Richtung Pagman in der Nähe der Hauptstadt flogen. Die Diplomaten erzählten das sich dort zeitweilig aufhaltenden Journalisten und waren höchst erstaunt, ein paar Tage später in westlichen Blättern zu lesen, daß sich ein 20 000 Mann starke Gruppierung der Aufständischen im Pagman-Gebirge konzentrierte und zur Belagerung Kabuls rüste.

Jacobson bezeichnet das als „Nonsense“, denn er hatte sich davon überzeugt, daß „die Aufständischen absolut außerstande sind, eine solche Aktion zu unternehmen“.

Ich könnte, Herr Whitney, auch eine Begebenheit schildern, deren Zeuge ich selbst war. Bei Kabul bestehen seit alter Steinbrüche und Tagebaue, in denen Baustoffe gewonnen werden. Von Zeit zu Zeit wird dort gesprengt. Die Bevölkerung Kabuls wird von solchen Sprengarbeiten über Kabuler Zeitungen im voraus in Kenntnis gesetzt. Nichtsdestoweniger hörte ich mit eigenen Ohren Sendungen der „Stimme Amerikas“, in denen solche Explosionen als „Echo der schweren Kämpfe“ hingestellt wurden, die die sowjetischen Truppen ge-

gen die Rebellen im Vorfeld Kabuls führen“.

Heute dürfte schon allgemein bekannt sein, wer solche Falschmeldungen fabriziert. Wie die indische Wochenzeitung „New Wave“ vor kurzem schrieb, stecken hinter den in der Auslands presse ausgiebig zitierten „diplomatischen Quellen“ und „Reisenden“ Mitarbeiter der CIA und des britischen Spionage dienstes MI-5. Beide haben ihren Sitz in den entsprechenden Botschaften in Delhi und Islamabad. Die Wochenzeitung nennt ihre Namen: R. Lessard, Leiter einer CIA-Sondergruppe bei der USA-Botschaft in Islamabad, die Agenten J. Reagan, D. Terman, R. Jackman und L. Dupre. Man könnte noch die „Führer“ der afghanischen Konterrevolutionäre hinzurechnen, Leute, die sich in verschiedenen Ländern etabliert haben und bereit sind, jedes Lügenmärchen zu bestätigen bzw. zu erfinden, wenn es nur das heutige afghanische Regime schmäht.

Zu solchen Lügenmärchen gehören auch die Behauptungen von einem Exodus der „Flüchtlinge“ aus Afghanistan. In jedem Nachschlagewerk über dieses Land können Sie lesen, daß ostafghanische Nomaden traditionell und saison bedingt ihre Herden nach Westpakistan freiben. Die Tradition besteht bis heute. Aber ebenso wie die Explosio nen in den Kabuler Steinbrüchen für das Echo der Kämpfe ausgegeben werden, rechnet man die friedlichen afghanischen Viehzüchter zu jenen Gegnern der neuen Macht, die sich im Ausland vor dem Volkszorn verstecken. Diese „Flüchtlinge“ werden aus dem Mitteln Washingtons, Pekings, Israels und Ägyptens als Söldner für den Kampf gegen die Revolution angeworben. Aber das ist schon eine andere Frage.



Warum heißt die Organisation der amerikanischen Rassisten Ku-Klux-Klan? Welche Ziele setzt sich diese Organisation?

D. SERDOW
Leningrad

Die terroristische Organisation der USA-Rassisten Ku-Klux-Klan wurde 1865 in Pulaski (Tennessee) gegründet, und zwar von einer Gruppe ehemaliger Offiziere aus dem sklavenhalterischen Süden, nachdem dieser im Bürgerkrieg 1861—1865 eine Niederlage erlitten hatte. Auf der ersten Versammlung wurde der Name Ku-Klux vorgeschlagen, aber schon bald wurde er in „Ku-Klux“ umgedeutet, als Lautmale-

rei für das Klicken des Abzugs hahns.

Die Rassisten wollten durch Terror die Herrschaft der Weißen über die Neger auch nach der offiziellen Aufhebung der Sklaverei aufrechterhalten.

Gegenwärtig vergreifen sich die KKK-Leute nicht nur an Negern, sondern auch an „Farbigen“, die aus Lateinamerika kommen, und an den Bürgerrechtskämpfern.

Die fünfte „Modernisierung“

Die „vier Modernisierungen“, die die Grundlage der Innenpolitik Pekings bilden, sind neuerdings durch eine fünfte ergänzt worden. Es ist die „Modernisierung“ von Maos Image. Wie mitgeteilt wird, weichen die Lobeshymnen auf seine „Ideen“ und „Verdienste“ einer Kritik an seinem Nachlaß, bei der auf seine „Fehler“ und „Übergriffe“ hingewiesen wird. Neulich sind auf behördliche Verlassung in zwei Gebäuden auf dem Platz im Pekinger Zentrum — im Haus der Volksversammlungen und im Geschichtsmuseum — die Mao-Bilder entfernt worden. Ebenso die Stände mit Mao-Zitaten und seine Bilder in den Flughäfen mehrerer Großstädte.

Angst und bange



Renee van Hoof, Chefin des Dolmetscherdienstes für die EG-Behörden, sieht schwarz. „Wenn 1981 Griechenland und Spanien und Portugal im Jahr danach Mitglieder werden und das bisherige Prinzip der Gleichheit der Sprachen beibehalten wird, könnte es zu einer Funktionslähmung der EG kommen.“ Bei der EG ist man leider sehr redselig. Voriges Jahr hatte sie 9000 Sitzungen, bei denen 300 geschulte Dolmetscher ihres Amtes walteten (bei den UNO-Organen in New York waren es 4317 Sitzungen mit 190 Dolmetschern). Die Lust am Dis-

kutieren hat die EG 40 Mio D-Mark gekostet. Hinzu kommen viele Millionen für die Übersetzung von 450 000 Schriftstücken. Wie soll das erst werden, wenn zu den 6 Sprachen der EG noch 3 hinzukommen!

Eine „kleine“ Bedingung

Wie „Al-Ahram“ (Kairo) mitteilt, hat der Ministerpräsident von Israel, Begin, in Aussicht gestellt, daß arabische Flaggen bald wieder in Jerusalem wehen werden. Damit das möglich wird, müßten die Araber „nur“ den Staat Israel und ein „geeintes und unteilbares“ Jerusalem als seine Hauptstadt anerkennen. Dann könnten die arabischen Flaggen über den arabischen Botschaften in Jerusalem aufgezogen werden.

Schießsport auf amerikanisch



Man lauert mit einer Pistole hinter einer Straßencke und legt den ersten Passanten, der erscheint, einfach um. Das ist eine Regel beim sogenannten KAOS-Spiel (KAOS ist die Abkürzung für „Killen als organisierter Sport“). Es verbreitet sich an den US-Universitäten immer mehr. Mensch schießt aus Spielzeugpistolen mit Gummikugeln. Zu Semesterbeginn wird

jedem Teilnehmer gesagt, wie viele „Opfer“ er zur Strecke bringen muß. Das hat im Beisein von zwei Zeugen zu geschehen. Am Semesterschluß wird aufgerechnet, wer der Killerkönig ist. Er wird gefeiert und schließt das Spiel mit einem „Selbstmord“ ab.

Schmeichelhaft

Die kürzlichen Rassenunruhen in einem von Schwarzen bewohnten Einwandererviertel Bristols (England) haben die britische Öffentlichkeit in Aufregung versetzt. Es werden Forderungen laut, die Ursache dieses Entrüstungsausbruchs armer Leute zu klären. Die Toryregierung hat jedoch eine Untersuchung verweigert, wozu der Labourpolitiker Ronald Thomas gesagt hat, da hätte man ebenso gut vom Teufel eine Untersuchung der Sünden verlangen können.

Hat alles sein Gutes

Die italienische Post ist so unpünktlich, daß ein Brief, sagen wir aus Rom nach Mailand, wochenlang unterwegs sein kann. Deshalb bedienen sich die Leute gern, als wären wir noch im Mittelalter, privater Boten. Pensionierte Eisenbahnner, die kostenlos reisen dürfen, befördern Briefe und Pakete prompt und gewissenhaft. Die Post verliert durch diese Konkurrenz jährlich ca. 1 Md. Lire.

Der „Beweis“ haut hin



Das „Deutsche Monatsschrift“ der CDU brachte einen Artikel mit der großmäuligen Überschrift „Ruß-

land ist auf Expansion angelegt“. Das wird mit der hier reproduzierten Europa-Karte illustriert, auf der die Schweiz und Österreich zur BRD gerechnet sind. Hitler annexierte auch Österreich und hatte es auf die Schweiz abgesehen. Wer ist denn nun wirklich „auf Expansion angelegt“?

Ein neues Fach

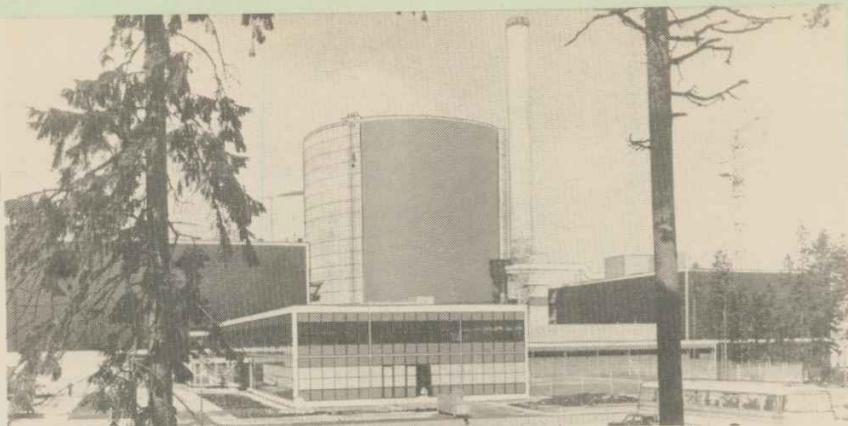


Die Mafia terrorisiert noch immer die Bewohner Siziliens. Morde sind an der Tagesordnung. Auf der Suche nach wirksamen Methoden gegen das soziale Übel sind die Behörden darauf gekommen, in den Oberklassen der Volksschulen sowie in sämtlichen Ober- und Hochschulen als Pflichtfach einen Lehrgang über die Mafia einzuführen, für den Lehrbücher gedruckt und Illustrationen sowie Filme hergestellt werden. Ein Sprecher der Behörden hat erklärt: „Die Mafia will vor allem, daß man nicht von ihr spricht. Wir aber wollen das von vielen Sizilianern freiwillig geübte Schweigen brechen.“

Blitztherapie?

Edwin Robinson aus Maine (USA) war nach einer Automobilkatastrophe fast taub und blind. Neulich traf ihn ein Blitz, und jetzt kann er wieder sehen und hören. Seine Heilung ist ihm von den Ärzten offiziell bescheinigt worden. Am lebhaftesten interessieren sich für den Fall aber die Glatzköpfe, denn Robinsons Glatze bedeckt sich seit dem Blitzschlag mit Haarwuchs.

Zeichnungen:
V. Trintschenko



V/O Atomenergoexport leistet ausländischen Kunden beim Bau von Atomkraftwerken, Kernanlagen und -forschungszentren (einschließlich der notwendigen Apparaturen), von Entsalzungsanlagen für See- und Salzwasser technische Hilfe, besorgt den Ex- und Import von Atomenergie- und Spezialanlagen, Baustoffen, Anlagen und Geräten, u. a. für physikalische Forschungen und zur Lösung praktischer Aufgaben der Kernphysik.

V/O Atomenergoexport liefert Atomenergie- und Spezialanlagen, die den höchsten modernen Anforderungen gerecht werden und eine wirtschaftliche und störungsfreie Arbeit der Stationen und Anlagen unter allen klimatischen und geologischen Bedingungen gewährleisten.

Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit der gelieferten Anlagen werden garantiert.

V/O Atomenergoexport

- führt Arbeiten zur Auswahl des Baugeländes aus;
- übernimmt Projektierungsarbeiten, leistet Engineering Service, führt Projektierungs- und Schürfaufträge sowie Versuchsarbeiten auf Wunsch des Kunden aus;
- liefert Grund-, Hilfs-, Bau- und Montage- sowie Spezialanlagen;
- übernimmt Montage und Inbetriebnahme;
- versorgt Atomkraftwerke mit atomarem Brennstoff;
- stellt Bau- und Montagefacharbeiter bis zur Inbetriebnahme;
- übernimmt die Ausbildung von Spezialisten in der UdSSR wie im Land des Kunden.

In Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen managt V/O Atomenergoexport den Bau von Objekten der Kernenergiewirtschaft in Drittländern.

ATOMENERGOEXPORT

In allen Fragen des Baus von Objekten der Kernenergiewirtschaft und von Spezialanlagen, des Ex- und des Imports von Anlagen und Baustoffen, der technischen und anderer Serviceleistungen wenden Sie sich bitte an

**V/O Atomenergoexport, UdSSR, Moskau, 113324,
Owtschinnikowskaja nab. 18/1**

Telegrammadresse: Moskau Atomenergoexport
Ruf: 220-14-36, 231-80-34
Telex: 7597

Im Objektiv: VR KONG

14159-33 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ

7500-7101

PSF-77

Am 15. August begeht das kongolesische Volk seinen Nationalfeiertag, den Jahrestag der Revolution, der aus Anlaß des Sieges in dem Befreiungskampf eingeführt wurde, durch den das neokolonialistische Regime zum Sturz kam. In der Geschichte dieses Volkes, das über 60 Jahre unter der Kolonialunterdrückung litt, begann eine neue Epoche. Die Kolonie wurde zur Volksrepublik Kongo, die sich in ihrer Entwicklung sozialistisch orientiert hat.

Das Land hat 342 000 km² und 1,5 Millionen Einwohner, die etwa zehn Stammesgruppen angehören. Die Hauptstadt ist Brazzaville.

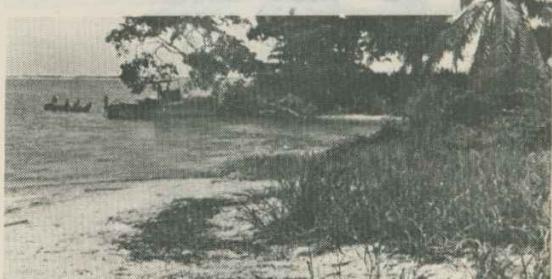
Die Regierungspartei ist die Kongolese Partei der Arbeit, die dieses Jahr ihr 10jähriges Bestehen gefeiert hat. Ihrem Programm zufolge hält sie sich in ihrem Wirken an den Marxismus-Leninismus.

Die Regierung der VR Kongo hat es sich zur Aufgabe gemacht, der aus der Kolonialzeit ererbten wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit Herr zu werden. Sie orientiert sich auf eine Entwicklung des staatlichen Wirtschaftssektors und auf die Kon-

trolle des privaten, in der französische Kapital noch vertreten ist. Bei der Förderung der Landwirtschaft, auf der die Volkswirtschaft noch basiert, bemüht sich die Regierung, sie zu modernisieren und die Überbleibsel der Feudal-, Stammes- und Gentilordnung auszumerzen. Sie fördert nach Kräften die Genossenschaftsbewegung.

Sehr bemüht sie sich auch um das Bildungs- und das Gesundheitswesen. Die Zahl der akademisch gebildeten Fachkräfte steigt mit jedem Jahr.

Außenpolitisch hält die VR Kongo Kurs auf die Nichtpaktgebundenheit und tritt entschieden gegen die Politik des Imperialismus, des Rassismus und der Apartheid auf. Sie steht in freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern und arbeitet mit ihnen in verschiedenen Bereichen zusammen. So ist mit Hilfe der UdSSR in der Republik ein Kombinat für Zinkkonzentrat gebaut worden. Die UdSSR hilft auch bei der Ausbildung von Fachkräften. Gute entwickeln sich die kulturellen Verbindungen. Reges Interesse herrscht für sowjetische Fach-



Die malerische Küste



Sowjetische Bücher in einer Brazzaviller Buchhandlung



Die Pirogen sind wichtige Verkehrsmittel



Die Friedensstraße in Brazzaville



Das Schloß des Präsidenten



schritten. Die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VR Kongo liegt im Interesse beider Länder, sie ist dem sozialen Fortschritt und dem Frieden förderlich.

Kongolesische Holzschnitzerei sind in Afrika berühmt



Ölraffinerie in Pointe-Noire

Fotos: TASS